Die Idee des Föderalismus bei Konstantin Frantz

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der Doktorwürde
der philosophischen Fakultät
der Johann Wolfgang Goethe-Universität
zu Frankfurt am Main

vorgelegt
von

Ernst Richter
aus Frankfurt am Main.

1936

Gatzer & Hahn, Graphische Werkstätten, Schramberg (Schwarzwald)

Referent: Professor Dr. Walter Platzhoff.
Korreferent: Professor Dr. Georg Küntzel.

Tag der mündlichen Prüfung: 17. April 1935.

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

Uebersicht.

	Seite
Einleitung.	1— 6
I. Die philosophische Grundlegung.	7—19
1. Der Generalnenner Föderalismus.	7—10
2. Der Weg der Erkenntnis.	10—13
3. Das Mittelreich der Geschichte.	13—19
II. Die Elemente der politischen Föderation.	20—41
1. Föderalistische Gemeinschaftsauffassung.	20—23
2. Staat und Gesellschaft.	23—35
a) Entstehung und Zweck des Staates.	23—26
b) Das Wesen der Gesellschaft.	26—29
c) Die Verbindung von Staat und Gesellschaft.	29—35
3. Staat und Nation.	35—41
III. Die Theorie der deutschen Frage.	42—68
1. Reichsgedanke und Gegenwart.	44—54
2. Die deutsche Vielfalt.	54—62
3. Deutschland und Europa.	62—68
IV. Die politischen Forderungen zur deutschen Frage.	69—85
1. Die deutsche Föderation.	69—77
a) Die Triasidee 1848—1861	69—72
b) Die „Wiederherstellung Deutschlands“ 1865.	72—77
2. Die mitteleuropäische Föderation.	77—81
3. Kritik am Bismarckreich.	81—85
Verzeichnis der benutzten Quellen.	86

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41547418_0049

Einleitung.

Neben Lagarde und Nietzsche, neben Jakob Burckhardt und Langbehn ist auch Konstantin Frantz ein Abseitsstehender, ein einsamer und ungehörter Rufer seiner Zeit. Mit klarem, oft geradezu seherischem Blick sah er die Schäden seiner Zeit, erkannte er die politischen, wirtschaftlichen und geistig-kulturellen Gefahren, die der Zukunft drohten. Seine ganze Lebensarbeit gilt dem Ziel, Auswege aus diesen Gefahren zu suchen und aufzuzeigen; Wege, die damals nicht begangen, vielfach erst heute gesucht werden.

Konstantin Frantz wurde am 12. September 1817 als Sohn des protestantischen Pfarrers Clamer Wilhelm Frantz zu Börnecke bei Halberstadt geboren. Er entstammt mütterlicherseits einer Hugenottenfamilie. Sein ganzes Leben lang begleitet ihn die zwar äußerlich rationalistisch gefärbte, innerlich aber doch lebendige protestantische Tradition seiner Ahnen. Von 1836—1840 studierte er zunächst in Halle, dann in Berlin Mathematik und Naturwissenschaften. Auch beschäftigte er sich zu dieser Zeit eingehend mit philosophischen Fragen. Wie viele Geister seiner Zeit wurde auch er in den Bann Hegels gezogen. Mehrere philosophische Schriften zu Beginn der 40er Jahre zeigen deutlich diesen Einfluß. Doch als er in den 40er Jahren die Lehre des 1840 nach Berlin berufenen Schelling kennen lernte, wandte er sich von Hegel ab und wurde und blieb sein ganzes Leben hindurch ein begeisterter Schüler Schellings, in dem er den grundlegenden Erneuerer der gesamten Philosophie, den Ueberwinder aller rationalistischen Systeme von Descartes bis Hegel sah. Wenn Frantz aber mit seiner Hinwendung zu Schelling von allem Rationalismus sich abzuwenden glaubte, so hat doch seine eingehende Beschäftigung mit Hegel einen nachhaltigen Einfluß auf sein ganzes Schaffen ausgeübt.

Zu Beginn der 40er Jahre trat Frantz als Referent im Ministerium Eichhorn in den preußischen Staatsdienst. In diesen Jahren studiert er auf Reisen die politische Lage des Balkan und des polnischen Volkes. Deutlich erkannte er schon damals die Gefahr, die Deutschland durch die polnische Frage drohe, wenn sie nicht rechtzeitig in einem für die polnische Nation befriedigenden Sinne gelöst werde. Zwei ungedruckte Betrachtungen über die Polenfrage, die schon vor 1848 verfaßt wurden, sind das Ergebnis dieser Studien [1]). Im Revolutionsjahr 1848 tritt Frantz mit zwei Schriften auf den Plan. In der ersten, in „Oesterreich, Preußen und Deutschland“ [2]) fordert er die Einigung Deutschlands durch politisches Zusammenwirken Preußens und Oesterreichs und durch eine Aktivierung des Deutschen Bundes, während er die Bestrebungen der Paulskirche ablehnt. In einer zweiten kleinen Schrift „Ueber die gegenwärtige Lage des Staa-

[1]) Nach der Frantz-Bibliographie, zusammengestellt von Heldmann, Thür.-Sächs. Zeitschrift. Jahrgang 1917. S. 175.

[2]) Preußische Blätter, Heft 3, Dezember 1848 Berlin.

tes“ [3]) befaßt er sich vor allem mit dem Verhältnis Preußens zum deutschen Volk und zu Rußland sowie mit den preußischen Verfassungsproblemen. In „Polen, Preußen und Deutschland“ [4]) veröffentlicht er seine Forderungen zur Lösung der polnischen Frage: das Ziel preußischer Politik müsse eine Verbindung Preußens mit dem gesamten Gebiet des ehemaligen Polenreiches und mit dem Baltikum zu einem großbaltischen Block sein.

In den Jahren 1849—1851 untersuchte Frantz im Auftrag Manteuffels die politischen Verhältnisse Frankreichs unter der Präsidentschaft Napoleons III. Er warnt Manteuffel vor der Gefahr eines Napoleonischen Kaisertums und vor dem französischen Imperialismus [5]). Um dieselbe Zeit trat er in Verbindung mit Schwarzenberg und dem österreichischen Handelsminister Bruck, deren Pläne des 70 Millionenreichs und der wirtschaftlichen Einigung Mitteleuropas er aufnimmt in seiner Schrift „Von der deutschen Föderation“ (1851). Er wiederholt hier gleichzeitig seine schon 1848 aufgestellten Forderungen zur deutschen Frage, betont aber stärker ihre außen- und wirtschaftspolitische Seite.

Von 1853 bis 1856 wurde Frantz preußischer Konsulatsbeamter in Spanien. Nachdem er 1856 nach Berlin zurückgekehrt war, wandte er sich vom preußischen Staatsdienst ab und widmete sich nur noch wissenschaftlichen Studien und politischer Publizistik. Besonders eingehend beschäftigte er sich immer wieder mit der Frage der deutschen Einigung, die ihm mehr und mehr zum Grundproblem der gesamten europäischen Politik und der Weltpolitik wird. In den „Untersuchungen über das europäische Gleichgewicht“ (1859) fordert er ein neues, stabiles europäischen Gleichgewicht, das nur beruhen kann auf einer starken, in sich ausgewogenen Mitte Europas. Die „Drei und dreißig Sätze vom Deutschen Bunde“ (1861) bringen eine den veränderten politischen Verhältnissen entsprechend äußerlich abgewandelte, aber im Eigentlichen gleiche Wiederholung der schon 1848 vertretenen Gedanken einer Aktivierung des Bundes.

In der „Wiederherstellung Deutschlands“ (1865) dagegen spricht er die Ansicht aus, daß die deutsche Frage durch einen engeren Bund und durch eine lockere Verbindung dieses Bundes mit Preußen und Oesterreich am besten zu lösen sei. Auch nach der Reichsgründung bleibt er bei seinen grundsätzlichen Forderungen stehen; er hat sie in der sofort nach der Reichsgründung erschienenen Schrift über „Das neue Deutschland“ (1871), ferner im „Föderalismus“ (1879) und in der „Weltpolitik“ (1882/83) ausführlich dargestellt, freilich mehr als Zukunftspläne denn als politische Programme.

---

[3]) Preußische Blätter, Heft 1, Oktober 1848, Berlin.
[4]) erschienen 1848.
[5]) Ottomar Schuchardt „Konstantin Frantz. Ein Gedenkblatt.“ Thür.-Sächs. Zeitschr. für Gesch. u. Kunst. Jahrg. 1917 S. 157.

Nach der Reichsgründung zog sich Frantz vom eigentlich politischen Leben und von der politischen Publizistik mehr und mehr zurück. Symptom dafür ist, daß er 1871 von Berlin nach Blasewitz bei Dresden übersiedelte, wo er bis zu seinem Tode 1891 ein recht zurückgezogenes Leben führte.

Die philosophischen und weltanschaulichen Grundlagen seiner politischen Gedanken und Forderungen sucht Frantz vor allem in der Auseinandersetzung mit den herrschenden Ideologien seiner Zeit zu klären und darzustellen. In der „Kritik aller Parteien" (1862) stellt er zum ersten Male die Idee des Föderalismus als das universale und totale Prinzip aller menschlichen Gemeinschaftsordnung und Gestaltung heraus. Die „Religion des Nationalliberalismus" (1872) zeigt, daß er den herrschenden Liberalismus nicht nur nach seiner politisch-sozialen Seite, sondern auch in philosophisch-weltanschaulicher Hinsicht völlig überwunden hatte. Hatte er 1862 vorwiegend eine Kritik an den herrschenden Parteien geübt, so kündigt er 1878 ihren Untergang an und glaubt nur noch an die Zukunft des Föderalismus, der alle Parteistandpunkte in sich aufnehmen und überwinden werde [6]). Die Idee des Föderalismus hat Frantz außerdem ausführlich im „Föderalismus" (1879) und im dritten Bande der „Weltpolitik" (1883) behandelt. Zu ihren philosophischen Grundlagen führt vor allem seine Darstellung von „Schellings positiver Philosophie" (1879).

Seine staatstheoretischen Gedanken hat Frantz in der „Vorschule zur Physiologie der Staaten" (1857) und in der „Naturlehre des Staates" (1868/69 und 1870) niedergelegt; er geht in diesen Schriften aus von der Forderung, daß Grundlage aller Staatslehre und Politik die anatomische und physiologische Untersuchung des Staates, seiner realen Erscheinung, seiner Entstehung und seines Inhalts sein müsse; er kommt hiermit gegenüber der in seiner Zeit vorherrschenden formalistischen Betrachtung des Staates zu einer realistischen. Damit ist Frantz einer der ersten Soziologen auf deutschem Boden.

Außer mit den eigentlich politischen: deutschen, europäischen und weltpolitischen Problemen beschäftigt sich Frantz auch eingehend und wiederholt mit wirtschaftlich-sozialen und religiös-kirchlichen Fragen. Kein Gebiet menschlichen Gemeinschaftslebens übergeht er; alle betrachtet er unter dem „leitenden Prinzip" des Föderalismus. Ueberall geht sein Streben nach Verbindung, nach Ganzheit.

Nur in den ersten Jahren nach 1848 scheint Frantz einige Beachtung gefunden zu haben. Später wurde er entweder totgeschwiegen oder „in einer Art und Weise mißachtet und verunglimpft ... wie nur selten ein Publizist" [7]). Auch heute hat er noch nicht die ihm gebührende Beach-

[6]) „Der Untergang der alten Parteien und die Parteien der Zukunft" 1878 (erschienen schon 1877).

[7]) Ottomar Schuchhardt a. a. O. S. 171.

tung gefunden. Zwar bemühte sich Ottomar Schuchhardt, den man wohl als Schüler von Frantz bezeichnen kann, sein Lebenswerk fortzusetzen und auf ihn aufmerksam zu machen [8]). Doch ihm wurde dasselbe Schicksal zuteil wie seinem Lehrer [9]). Ferner gab Eugen Stamm einen Aufriß von Leben nebst Inhaltsangaben seiner Werke [10]); er geht aber — vor allem im zweiten Band, der den bedeutend wichtigeren Teil des Frantzschen Lebens und Strebens behandelt — auch bei der Darstellung von Frantz Schriften rein chronologisch vor. Infolge der Eigenart des Frantzschen Schaffens hat er uns mit dieser Methode kein klares Bild von ihm zu zeichnen vermocht. Endlich hat Leni Martin die Staatsanschauung von Frantz untersucht [11]); sie hat vor allem seine Gedanken von Romantik und Konservatismus einerseits, von Liberalismus und Rationalismus andererseits abzuleiten und abzugrenzen gesucht; mit dieser Fragestellung verbaute sie sich den Weg zum Verständnis der originalen Frantzschen Gedankenwelt.

Frantz wurde wirklich verstanden, seien Ideen wurden wirklich aufgenommen von den Kreisen des Jungen Konservatismus der Nachkriegszeit. Moeller van den Bruck nennt ihn einen „Zukunftspolitiker", der „in den entsprechenden Wirklichkeitsplanungen zu leben durchaus gewohnt war" [12]). Auch in anderen Kreisen ist Frantz vor allem in den beiden letzten Jahren mehr beachtet worden [13]).

---

[8]) Ottomar Schuchhardt „Konstantin Frantz. Ein Gedenkblatt zu seinem hundertsten Geburtstage". Thür.Sächs. Zeitschrift für Geschichte und Kunst. Jahrg. 1917, S. 153—175.

[9]) Ottomar Schuchhard führte die mitteleuropäischen und weltpolitischen Ideen von Frantz weiter in der „Deutschen Politik der Zukunft" Celle 1899 ff. und im „Mitteleuropäischen Staatenbund" Celle 1913.

[10]) Eugen Stamm „Konstantin Frantz Schriften und Leben". Heidelberg 1907. Ders. „Konstantin Frantz 1857—1866". Stuttgart 1930.

[11]) Leni Martin „K.F. als Verfassungspolitiker und Staatsphilosoph". Diss. Köln 1925.

[12]) Moeller van den Bruck „Der politische Mensch" Breslau 1933. S. 52 f. Moeller van den Bruck ist — vor allem in seinen osteuropäischen Gedanken, aber auch in manch anderen Punkten — von Frantz entscheidend beeinflußt worden. Es müßte aber Aufgabe einer besonderen Untersuchung sein, der Verwandtschaft zwischen Frantz und Moeller nachzugehen. In Moellers großem Werk „Die Deutschen", 8 Bde., 1904—1910. soll Frantz mehrfach erwähnt worden sein.

[13]) Der aus dem Kreise Moellers stammende Historiker Friedrich Schinkel gibt eine positiv kritisierende Darstellung von Frantz' Ideen einer sozialen Monarchie („Preußischer Sozialismus" Breslau 1933. S. 99 ff.) und seiner Forderungen zur Polenfrage („Polen, Preußen, Deutschland" Breslau 1932, S. 83 ff.); Rudolf Craemer hebt Frantz' aus deutscher, völkisch-idealistischer Gesinnung entspringende Kritik am Bismarckschen Staate hervor („Der Kampf um die Volksordnung" Hamburg 1933, S. 185 ff.); Giselher Wirsing knüpft unter ausdrücklicher Bezugnahme auf den „großen Seher Frantz" in seinen Forderungen einer zwischeneuropäischen Föderation an Frantz' mitteleuropäische Ideen an („Zwischeneuropa und die deutsche Zukunft", Jena 1932; Zitat S. 162); Auch in der politisch-weltanschaulichen Zeitschrift „Die Tat" fand Frantz wiederholt ausführliche Erwähnung.

Dennoch hat er die ihm gebührende Würdigung noch nicht gefunden. Dies ist zu einem wesentlichen Teil in seiner Eigenart selbst begründet. Frantz war, wenn auch ein von Leidenschaft für seine Ideen erfüllter Kämpfer, doch keine Kämpfernatur. Es gelang ihm nicht, seine innere Leidenschaft auch in die äußere leidenschaftliche, zündende, mitreißende Form zu bringen. Es war ihm nicht die Macht der überzeugenden Sprache gegeben. Die Form, in der er seine Gedanken vorträgt, ist schwerfällig, abstrakt, lehrhaft. Er war mehr Gelehrter, spann sich, je weniger er gehört wurde, desto mehr in seine Gedanken ein, kleidete seine Ideen und Forderungen oft in lehrhafte Form, die den Leser, statt ihn zu überzeugen, viel eher zum Widerspruch reizt.

Frantz erschwert auch dadurch den Zugang zu seinen Gedanken, daß es ihm nicht gelang, sie umfassend und systematisch darzustellen. Er hat vor allem die Grundlage, den einheitlichen Quellpunkt all seiner politischen, sozialen, geistig-kulturellen und religiösen Forderungen niemals rein herausgestellt, sondern sie immer nur in Verbindung mit diesen Forderungen behandelt. Ja, er hat in vielen Werken jegliche Systematik geradezu auf den Kopf gestellt. Meist bringt er erst am Schluß seiner Schriften eine Darstellung seiner weltanschaulichen und wissenschaftlichen Grundlagen, zeigt hier erst die Prinzipien seines Systems auf. Der Leser muß, am Schluß erst mit diesen Prinzipien vertraut gemacht, mit dem Studium nochmals von vorn beginnen, um den inneren Zusammenhang der Gedanken und Forderungen wirklich zu verstehen.

Denn das Gedankengebäude von Frantz, das Weltbild, das er in sich trägt, die Weltwirklichkeit, die er schaffen will, werden in ihrem inneren Zusammenhang, in ihrer inneren Einheit erst verständlich, wenn man sie zurückführt auf das ihnen zugrundeliegende gemeinsame Grundprinzip, wenn man sie von da aus betrachtet und untersucht. Dieses Grundprinzip, der Gedanke des Föderalismus, vermag nicht nur Auskunft zu geben über die Ziele, zu denen Frantz mit seinen realen Forderungen letztlich hinstrebt; es läßt außerdem deutlich werden die Betrachtungsweise, mit der Frantz an die historische, politische und soziale Wirklichkeit herantritt.

Eine systematische Darstellung auch nur eines Teilgebiets aus dem umfangreichen Komplex der Frantzschen Gedanken und Forderungen muß daher die Idee des Föderalismus an den Anfang und in den Mittelpunkt der Betrachtung stellen. Die Idee des Föderalismus ist das Zentrum dieses Gedankenkomplexes; von hier strahlen seine Forderungen nach allen Richtungen aus; sie beziehen sich alle auf die Gestaltung menschlicher Gemeinschaft in sozialer, in politischer wie auch in geistig-kultureller und in religiöser Hinsicht. Aus diesem Kreis, der ideell die ganze Menschheit in ihrer Totalität und Universalität, in all ihren Beziehungen, Ordnungen und Verbindungen umfaßt, kann in der hier vorliegenden Darstellung nur e i n Sektor herausgeschnitten und betrachtet werden: der Sektor nämlich

der politischen Lebensordnungen und der Forderungen zur politischen Gestaltung dieser Ordnungen.

Es sollen daher, nachdem im ersten Teil (I) der Föderalismus nach seinem Umfang und nach seiner Genesis (1), die philosophische, wissenschaftliche und politische Betrachtungsweise, die er fordert (2), seine philosophische Grundlegung und seine letzte ideale Zielsetzung untersucht worden ist (3),

im zweiten Teil die Elemente der politischen Föderation dargelegt werden. Diese Elemente sind die Staaten, ihr Inhalt das Volk in sozialer und nationaler Hinsicht. Sie sollen allgemein-theoretisch an sich und in ihren Beziehungen untereinander betrachtet werden.

Im dritten Teil wird die allgemeine und abstrakte Betrachtung durch die konkrete abgelöst werden. Die Aufgabe ist hier, darzustellen, welche politischen Ordnungen und Föderationselemente Frantz im deutschen Raum und in der deutschen Geschichte gegeben sah, wie er sie bewertet im Hinblick auf sein Ziel, die föderative Gestaltung Deutschlands. Dieses Ziel ist nicht nur nationalpolitisch, sondern auch universalpolitisch: die deutsche Föderation soll zunächst Beispiel einer innerstaatlichen Föderation überhaupt und dann weiterhin Mittel- und Ausgangspunkt einer europäischen und — das ist das ideale Ziel — einer Weltföderation sein.

Der vierte Teil schließlich bringt eine Darstellung von Frantz' konkreten Vorschlägen zur Schaffung dieser beispielgebenden deutschen und weiter der mitteleuropäischen Föderation.

(I) Die Zahlen beziehen sich auf die einzelnen Abschnitte der Arbeit.

I. Die philosophische Grundlegung.

1. Der Generalnenner Föderalismus.

Der Begriff des Föderalismus ist dem Historiker geläufig aus dem Problem des Verhältnisses von deutschem Reich und deutschen Ländern. Föderalismus bedeutet hier eine Ordnung dieses Verhältnisses, durch die den Ländern dem Reich gegenüber weitgehende Freiheit belassen ist. Der Staatsrechtler versteht unter einem föderalistischen oder Föderativstaat ganz allgemein einen Staat, der sich zusammensetzt aus politischen Einheiten, die in ihrer inneren Verwaltung verhältnismäßig selbständig sind. In der volkswirtschaftlichen Dogmengeschichte bedeutet ökonomischer oder sozialer Föderalismus das Bestreben, eine Gesellschaftsordnung herbeizuführen, in der eine Kooperation von Unternehmer und Arbeiter, von Kapital und Arbeit, ein Ausgleich zwischen Erzeugung und Verbrauch gewährleistet ist. Endlich kennen wir den Begriff des völkerrechtlichen Föderalismus, dessen Ziel ein ewiger Bund der Völker zum Zwecke des ewigen Friedens ist.

All diese Föderationstendenzen sind nur auf e i n e Lebensordnung, die politische oder die soziale, bezogen, also in ihrem Ziele begrenzt. Daraus ergibt sich, daß sie nicht als föderative I d e e n gewertet werden können, sondern als P r o g r a m m e: sie sind aufgestellt, um eine innerstaatliche, überstaatliche oder soziale Ordnung zu erzielen, die dem Ideal einer bestimmten, außerhalb der Idee des Föderalismus liegenden Weltanschauung, meist der naturrechtlich-individualistischen, entspricht. Mit anderen Worten: Die föderative Staats- oder Gesellschaftsordnung wird nicht darum erstreckt, weil sie föderativ ist, sondern weil man glaubt, durch sie das Ideal der individuellen Freiheit oder der sozialen Gerechtigkeit am besten erfüllen zu können, oder auch nur, weil sie politisch am zweckmäßigsten erscheint.

Für Frantz dagegen ist die Idee des Föderalismus die allgemeine Grundlage seiner Weltanschauung, das grundlegende Prinzip aller Weltgestaltung, Vorstellung und Wille zugleich. Föderalismus bedeutet ihm die Weltanschauung, die allein „in einen universalen Zusammenhang der Dinge einführt", allein „das menschliche Leben nach seiner vollen Wirklichkeit betrachtet." [1]). Föderation oder Bundschaft ist ein „durch alle Lebensverhältnisse hindurchgehendes Prinzip" [2]), ein universales Gesetz, zugleich ge-

[1]) Der Föderalismus S. 424.
[2]) Kritik aller Parteien S. 258.

geben und aufgegeben. Der Föderalismus macht den Anspruch, die Synthesis selbst zu sein, sowohl als Grundlage der Weltanschauung wie auch als Weltgestaltungsprinzip. Die föderative Weltanschauung will synthetisch über allen anderen Weltanschauungen stehen, all ihre Gegensätze und Einseitigkeiten in sich ganzheitlich vereinigen und zu höherer Verbindung bringen. Weiterhin will sie alle Verhältnisse und Beziehungen überschauen, in die das menschliche Leben eingebettet ist: „angefangen von der Verbindung mit der Natur, worauf die ökonomische Ordnung beruht, und fortgesetzt durch alle Verbindungen des Menschen mit dem Menschen, wie der Gemeinden, Kreise, Provinzen und Staaten, und dann wieder dieser ganzen weltlichen Ordnung mit der Kirche, um endlich mit dem Bunde zu schließen, den Gott mit den Menschen gemacht, und worin alle anderen Verbindungen erst ihre volle Erklärung wie ihren Abschluß finden.“ [3]).

Die philosophischen Grundlagen seiner Idee des Föderalismus hat Frantz nie systematisch geschlossen dargestellt. Zwar beginnt oder beschließt er fast all seine Werke mit oft recht langatmigen Betrachtungen über den Föderalismus, Diese Betrachtungen gelten aber immer in erster Linie der Begründung der in den einzelnen Werken niedergelegten besonderen Gedanken und Forderungen, sind also immer nach diesen jeweils verschiedenen Zwecken gefärbt. Dennoch ist Frantz' Philosophie nicht pragmatisch, keine Zweckphilosophie, nicht nur herangezogen zur äußeren Begründung seiner realen Forderungen, sondern sie ist das wirkliche Fundament all seiner Forderungen.

Die Aufgabe, die allgemeine Form der philosophischen Ideen von Frantz aus ihren besonderen Abwandlungen herauszuschälen, wird aber dadurch wieder erleichtert, daß seine Anschauungen sich seit seiner Abkehr von Hegel nicht wesentlich gewandelt haben. Sie erhalten zwar ihre letzte Durchbildung erst in den Werken der 70er Jahre; aber es wird bei rückschauender Betrachtung seiner früheren Schriften deutlich, daß seit der „Kritik aller Parteien“ die philosophischen Grundlagen, wenn auch zum Teil nur in Ansätzen, Frantz selbst teilweise noch nicht bewußt, dennoch schon vorhanden sind.

Die geschlossenste und reinste Darstellung hat Frantz gegeben in seinem Werk über „Schellings positive Philosophie“. Sind seine Ideen denn identisch mit denen Schellings? Gewiß ist Frantz seit seiner Abkehr von Hegel entscheidend durch Schelling beeinflußt worden, seine Philosophie gründet sich auf dem System Schellings. Dennoch hat Frantz dieses System nicht einfach als Grundlage übernommen. Er erkannte vielmehr in ihm die seinem Denken und Wesen immanenten Grundlagen, die Schelling ihm gewissermaßen erst bewußt machte. Ferner beruft er sich nur auf die Erkenntnisse Schellings — und auch diese hat er in eigener, freier Aus-

[3]) Kritik aller Parteien S. 258.

deutung übernommen —, während doch sein System nach einer ganz anderen Richtung orientiert ist als das Schellingsche. Frantz scheint gar nicht erkannt zu haben, daß Schellings Haltung wesentlich ästhetisch bestimmt ist, während doch im Mittelpunkt seiner eigenen Philosophie politische und soziale Ziele stehen. So hat er in die Schellingschen Erkenntnisse weitgehend sich selbst, seine Gedanken und Ziele hineinprojiziert, Schellings Philosophie nach seinen in eine ganz andere Richtung weisenden Ideen umgedeutet. Es soll hier nicht aufgezeigt werden, wie weit er im einzelnen mit Schelling übereinstimmt oder von ihm abweicht, wie weit er in seiner Darstellung der Schellingschen Philosophie wirklich diese oder seine eigene darstellt. Zusammenfassend kann gesagt werden, daß Frantz' philosophische Grundlagen von Schelling übernommen, aber doch erworbener Besitz für ihn geworden sind, während dagegen der Mittelpunkt, das Ziel bei ihm auf einer ganz anderen Ebene liegt als bei Schelling.

Die Schellingsche Philosophie vom Mittelreich der Geschichte ist für Frantz zwar die systematische Grundlage der Idee des Föderalismus; aber Frantz kam nicht auf dem systematisch-logischen Wege zu ihrer Konzeption. Hierzu führen ihn vielmehr seine ersten politischen Studien und Forderungen. Zum ersten Mal gebraucht er den Begriff der Föderation in „Polen, Preußen und Deutschland". Er versteht hier unter Föderation eine ewige völkerrechtliche Verbindung mehrerer in sich freier politischer Einheiten. 1851 fordert er die „Deutsche Föderation". Deutsche Föderation bedeutet ihm jetzt schon mehr als bloß völkerrechtliche Verbindung der einzelnen deutschen Staaten: er bezeichnet sie als Verbindung, die ein Mittleres darstellt zwischen völkerrechtlicher und staatsrechtlicher Vereinigung. Ebenso vertritt er hier auch den Gedanken einer föderativen Staatsverfassung im Gegensatz zum Konstitutionalismus, erkennt er den Zusammenhang zwischen äußerer und innerer Föderation. Der Föderalismus ist ihm die Form, in der das Ganze aus der freien Verbindung des Einzelnen hervorgeht, während er im Konstitutionalismus nur Reglementierung von oben sieht [4]). Ferner erkennt er nun, daß das föderative Prinzip das eigentlich deutsche Prinzip ist: es ist „von Anfang an eine föderalistische Tendenz im Deutschtum hervorgetreten"; in Deutschland „ging die Gesamtkraft immer aus dem Sonderleben hervor" [5]). Daß das mittelalterliche Reich Ausdruck einer totalen Föderation nach innen wie nach außen, in politischer, sozialer und geistig-religiöser Hinsicht war, wird Frantz deutlich bei der Arbeit an den „Untersuchungen über das europäische Gleichgewicht" [6]).

Daß zwischen der politischen und der sozialen Ordnung ein untrennbarer Zusammenhang besteht, spricht Frantz erst in der „Kritik aller Parteien" aus. Aber er erkannte doch schon früher, daß zwischen diesen Ordnungen

[4]) Von der deutschen Föderation S. 89.
[5]) Von der deutschen Föderation S. 95.
[6]) Frantz selbst sagte, daß ihm hier „zuerst die Idee des Reichs aufdämmerte". Stamm II, S. 91.

eine enge Wechselwirkung besteht, daß sie beide nur nach einem gemeinsamen Prinzip gestaltet werden können: „Was für die einzelnen Lebensverhältnisse der Sozialismus, das ist im Großen und Ganzen der Föderalismus“ [7]). „Die Periode (des staatlichen Konstitutionalismus und des Individualismus in sozialer Hinsicht) ist vorüber, ... es beginnt die Periode der sozialen und föderativen Ideen.“ [8]). Aber das gemeinsame Prinzip der einheitlichen Gestaltung des politischen und sozialen Lebens findet Frantz erst durch Karl Marlo (Winkelblech), auf den er sich in der „Kritik aller Parteien“ mehrfach beruft: Marlos Verdienst sei es gewesen, „die Idee des Föderalismus in die ökonomische Wissenschaft eingeführt zu haben“ [9]).

In der „Kritik“ ist die Konzeption der Idee des Föderalismus vollendet. Hier ist Föderalismus schon das „leitende Prinzip“ nicht nur aller sozialen, inner- und überstaatlichen, sondern auch aller geistig-religiösen Lebensordnungen. Hier hat Frantz die Idee des Föderalismus auch systematisch mit dem Schellingschen Gedanken des Mittelreiches der Geschichte verknüpft. Hier ist Föderalismus nicht mehr nur, wie in den früheren Schriften, Weltgestaltungs-, sondern auch Weltanschauungsprinzip.

2. Der Weg der Erkenntnis.

Wie kommt Frantz zu dem Anspruch, das universale Prinzip aller Weltanschauung und Weltgestaltung gefunden zu haben? Das Prinzip, das alle Weltanschauungen und philosophischen Systeme zu höherer Verbindung bringen will? Die Grundrichtung seines Erkenntnisstrebens vermag uns darüber schon einige Auskunft zu geben. Frantz hat sie in folgenden Worten deutlich dargestellt: „Es ist dem menschlichen Geist ein unwiderstehlicher Trieb eingepflanzt, angesichts der fast grenzenlosen Vielheit und der bunten Mannigfaltigkeit der Lebenserscheinungen und geschichtlichen Tatsachen nach dem inneren Zusammenhang derselben zu forschen, um das Einzelne und Verschiedene auf ein gemeinsames Grundprinzip zu bringen.“ [10]). In diesen Worten zeigt sich schon Frantz' Streben, die grundlegende Gegensätzlichkeit der Erkenntnistheorie, die Entgegensetzung von Empirismus und Rationalismus zu überwinden. Grundlage jeder Erkenntnis ist für ihn beides zugleich: die Anschauung und Erfahrung des Einzelnen und Verschiedenen, und das außerempirische Bewußtsein eines gemeinsamen Grundprinzips. Außerempirisch ist dieses Bewußtsein: der Begriff „rational“ würde es nur wieder einengen. Denn nicht allein die Ratio ist neben der Empirie das Erkenntnismittel; die Erkenntnis geschieht außer

---

[7]) Polen, Preußen und Deutschland 1848, S. 43.
[8]) Von der deutschen Föderation S. 91 u. 97.
[9]) Kritik aller Parteien S. 71 f.
[10]) Wiederherstellung S. 449.

durch die Erfahrung in einem Prozeß, der Glaube und Wissen, ratio und irratio, Fühlen und Denken verbindet[11]). Frantz kommt zu dem Suchen nach der Verbindung dieser Erkenntnisprozesse aus dem Bewußtsein, daß alle philosophischen Systeme mit einer einseitigen Setzung beginnen; eine solche Setzung aber kann „immer nur ein reines Gedankending sein“[12]); sie kann, auch wenn das Irrationale oder die Erfahrung als alleinige Grundlage gesetzt wird, immer nur durch die ratio geschehen. Jedes mit einer Setzung beginnende System ist ein Vernunftsystem, und „jedes Vernunftsystem kann bestritten werden, ... fordert ausdrücklich den Zweifel heraus“[13]), fordert die Entgegensetzung heraus. Höhepunkt dieser rationalen Philosophie ist Hegel, der in seiner Dialektik die Grundformen, innerhalb deren sich die rationalistische Philosophie bewegt, Setzung und Entgegensetzung, in ein System gebracht und damit die rationale Philosophie zu Ende gedacht hat[14]). Gegen diese Dialektik, gegen den „dürren Formalismus“[15]) Hegels und seiner Schule macht Frantz, nachdem er sich von ihr abgewandt hatte, sein ganzes Leben lang Front; er versucht die Dialektik durch eine Polaritätenlehre zu überwinden. Zwar hat Frantz nie ein philosophisches System aufgestellt noch aufstellen wollen. Auch mag er sich der Tatsache gar nicht bewußt gewesen sein, daß er Ansätze einer Polaritäten- und Ganzheitslehre gegeben hat[16]).

Auch in seiner Begrifflichkeit bleibt Frantz bei Hegel stehen; daher erscheinen all seine philosophischen Erörterungen zwiespältig, nicht eindeutig. Ein Beispiel möge dies veranschaulichen:

Frantz glaubt, daß die gegenwärtige Epoche die Geburtsstunde eines neuen Zeitalters sei, eines Zeitalters, das er als die Synthesis über der mittelalterlichen Thesis, der Einheit und Gebundenheit einerseits, und der neuzeitlichen antithetischen Epoche, des Zeitalters der individuellen Freiheit und Vielfalt (Pluralismus) andererseits kennzeichnet. Diese Doppelheit von Einheit und Vielfalt, von Gebundenheit und Freiheit aber ist keine bloße Verbindung zweier einander dialektisch entgegengesetzter Prinzipien, sondern ihr „Ineins“. Synthetisch wird das neue Zeitalter vielmehr im Sinne der Entwicklung sein, „wonach auf Thesis und Antithesis die Synthesis folgt“[17]). Aber auch hier muß der Begriff der Synthesis eingeschränkt werden. Die Entwicklung zum synthetischen Zeitalter ist keine

---

[11]) Kritik aller Parteien S. 241.
[12]) Kritik aller Parteien S. 243.
[13]) Vorschule S. 270.
[14]) Wiederherstellung S. 384.
[15]) zitiert nach Stamm I, S. 23.
[16]) Diese Ansätze sind auch in sich nicht systematisch geschlossen, es bestehen in ihnen viele Lücken. In der hier vorliegenden Darstellung wird versucht, diese Ansätze weiterzuführen, die Lücken zu schließen und das den Ansätzen immanente System herauszuschälen.
[17]) Föderalismus S. 219.

dialektische Selbstentwicklung eines gesetzten Prinzips, etwa des Geistes oder der Materie im Sinne Hegels oder Marx'. Zwar betont auch Frantz die geistigen und materialen Tatbestände, die zu dieser Entwicklung führen, die sie notwendig machen. Aber er verfolgt doch in seinem ganzen Wirken und Fordern das Ziel, die immanente Notwendigkeit einer neuen universalen Gemeinschaftsgestaltung bewußt zu machen, das Streben nach ihr jedem Menschen als Aufgabe zu setzen. Der Charakter der neuesten Zeit besteht gerade in der bewußten Eingestaltung der neuen politischen und wirtschaftliche-sozialen Wirklichkeit in das ganzheitliche Lebensgefüge. Damit ist die neueste Zeit keine Gabe, die uns in den Schoß fällt, sondern eine Aufgabe, um die wir kämpfen müssen.

Erste Voraussetzung der erfolgreichen Durchführung dieses Kampfes ist, daß der Mensch wieder zum Bewußtsein des Ineins von Geist und Materie gelange. Dieses Bewußtsein ist, so glaubt Frantz, in der Neuzeit, in der analytischen Weltepoche, verlorengegangen. Er macht es seiner Zeit immer wieder zum Vorwurf, daß sie in einem einseitigen Spiritualismus und Rationalismus geistig hinter der Wirklichkeit zurückbleibe, daß sie sich so der Möglichkeit begeben habe, die Wirklichkeit zu erkennen und zu gestalten. Er sieht in diesem immer stärker werdenden Riß zwischen geistiger und materieller Entwicklung die Ursache dafür, daß die politischen und sozialen Zustände einem Chaos entgegenzutreiben drohen. Aus dieser Auffassung ergibt sich, daß Frantz nicht an eine selbsttätig dialektische Entwicklung glaubt.

Daß Frantz kein philosophisches System geschaffen, sondern nur Ansätze dazu gegeben hat, hat seine Ursache darin, daß er, nachdem er sich von der Philosophie zur Politik gewandt hatte, nunmehr wieder von der Politik her zu diesen Versuchen und Forderungen kam. Er erkannte, daß die ungenügenden politischen Ideologien und Prinzipien letztlich in einer rationalistisch-abstrakten, lebensfernen Philosophie begründet seien. Das Leben aber läßt sich nicht in abstrakte Formeln pressen. Die Folge solcher Versuche ist, daß die auf einseitig abstrakten Setzungen beruhenden politischen und sozialen Ordnungen gerade in das Gegenteil des geforderten Ideals umschlagen. So führt der Individualismus zur Zentralisation, da die individuellen Elemente nur „durch das herrische Gesetz wieder verbunden werden können." [18]). Ebenso schlägt die liberalistisch-parlamentarische Ordnung, die die Idee der absoluten Freiheit verwirklichen will, in ihr gerades Gegenteil, in Militär- und Geldherrschaft um [19]). Von dieser Erfahrung her, von der Anschauung des auf Gegensätzen beruhenden, immer lebendigen, immer wechselnden politischen und sozialen Kräftespiels, kommt er zu der Forderung, dieses Kräftespiel auch gedanklich zu durchdringen.

---

[18]) Kritik aller Parteien S. 282.

[19]) Untergang S. 29.

Er fordert, daß die Philosophie, statt sich in lebensfernen Abstraktionen zu ergehen, auf die Ganzheit des Lebens bezogen sein müsse.

Die Ganzheit des Lebens — das ist die Grundansicht seiner Weltanschauung, die oben als Polaritätenlehre gekennzeichnet wurde, — ist eine unendliche Summe von Gegensätzen. Das Leben, die Geschichte, beruht auf Gegensätzen und bewegt sich in Gegensätzen. Im Bezirk der philosophischen Erkenntnis sind es die Gegensätze von Empirismus und Rationalismus, von Glauben und Wissen. Alles lebendige Gemeinschaftsleben, alle Geschichte beruht auf dem Gegensatz von Individuum und Gemeinschaft, von Freiheit und Gebundenheit, von Fortschritts- und Beharrungsstreben. Es sind dies keine einander ausschließenden Entgegensetzungen, sondern Pole des einen Seins. Es sind Grundformen des Lebens, aus denen das Leben sich zusammensetzt, aus denen es ursprünglich zusammengesetzt ist. Man muß beide Pole des Lebens als gleicherweise gegeben anerkennen, sie bei jeder politischen und sozialen Gestaltung beide ins Auge fassen und anerkennen [20]).

Die Summe aller polaren Gegensätzlichkeiten konzentriert sich im Menschen und in der Menschheit. Mensch und Menschheit sind die Brennpunkte der Welt, Mittelpunkte aller Gegensatzpaare [21]). In gleicher Weise stehen auch Mensch und Menschheit in polarem Gegensatz zueinander. Daher sind Individualität und Gemeinschaft die Grundformen des menschlichen Lebens; „und zwar die allerwichtigsten, denn sie betreffen die Wechselwirkung zwischen der menschlichen Persönlichkeit und der menschlichen Gesellschaft, oder des Menschen mit der Menschheit. . . Ist es doch die eigenste Natur des Menschen, daß er ein Mensch unter Menschen ist“ [22]). Erst wenn dieser Gegensatz erkannt und anerkannt wird, wird das menschliche Leben in seiner Totalität, in seiner ganzen Wirklichkeit erfaßt.

3. Das Mittelreich der Geschichte.

Das Verhältnis des Menschen zum Mitmenschen, zur Menschheit macht seine geschichtliche Wesenheit aus. Daher steht im Mittelpunkt von Frantz' Weltbild die Geschichte. Frantz glaubt an eine Dreigliederung des Seins: es besteht aus dem Reich Gottes, dem Reich der Natur und dem Reich der Geschichte. Das Reich Gottes umfaßt alle Beziehungen des Menschen zu Gott, das Reich der Natur sein Verhältnis zur Natur, während das Reich der Geschichte, als das Reich aller Beziehungen der Menschen untereinander, zugleich das Bindeglied zwischen den beiden anderen Reichen darstellt. Es ist das Reich, in dem nicht nur alle Verhältnisse der Menschen, alle Gemeinschaften und Lebensordnungen ihren Raum haben, sondern in

[20]) Kritik aller Parteien S. 241.
[21]) Schellings positive Philosophie Bd. I, S. 208.
[22]) Kritik S. 11.

das auch die beiden andern Reiche hineinlangen. Denn der Mensch steht nicht nur in wechselseitigen Beziehungen zum Mitmenschen, sondern ebenso auch zur Natur und zu Gott. „Gerade wie der Mensch mit den Füßen auf der Erde steht, indessen Arme und Hände, als die Werkzeuge seines Schaffens, sich frei in der Luft bewegen, und die Sinne in die Weite schweifen, das Haupt aber nach oben gerichtet ist, so gehört der Mensch drei Reichen an, mit welchen sein Leben unaufhörlich verbunden ist.... Und das erst macht den Menschen zum Menschen, daß sein Wesen diese drei Seiten hat.“ [23]). Damit steht das Reich der Geschichte im Mittelpunkt der Welt, der Mensch im Mittelpunkt alles Seins. Er selbst hat sich zum Mittelpunkt der Welt gemacht. In der „Urtat“, in dem Abfall von Gott kam er zum Bewußtsein seiner selbst, hat er sich das Reich der Geschichte als das Reich seiner Freiheit, seiner Taten selbst geschaffen. Hierdurch ist die ursprüngliche Einheit der Welt, die Einheit des Menschen mit Gott und Natur zerstört worden, anstelle der Einheit ist die Entzweiung getreten, anstelle des Ruhens des Menschen in der Einheit mit Gott und Natur seine eigenartige Mittelstellung zwischen diesen. Denn der Mensch hat sich zwar durch sein Selbstbewußtsein frei von Gott gemacht, er bleibt aber dennoch durch sein Gewissen an Gottes Gebote gebunden, über die er sich nicht hinwegsetzen kann. Ebenso bleibt er an die natürlichen Lebensbedingungen gebunden. Diese beiden Gegebenheiten, das ethische Sollen und das natürliche Müssen, reichen in das Reich der Geschichte herein, sind mitbestimmend auf den Charakter und die Handlungen der Menschen. Sie bringen in das Menschenleben und in das Reich der Geschichte die Summe und Vielfalt der wechselnden Strebungen, bewirken seine innere Vielgestaltigkeit und Gegensätzlichkeit. Alles geschichtliche Werden wird mitbestimmt durch die Einflüsse, die vom Reich der Natur und vom Reich Gottes auf das Reich der Geschichte ausstrahlen. „Immer wirkt dabei (sc. im geschichtlichen Prozeß) zweierlei zusammen: nämlich einerseits das Zuständliche und die materiellen Grundlagen des Lebens, andererseits der Umschwung im Bewußtsein der Menschen und der Gang der Ideen“ [24]). „Auf den ethischen Ueberzeugungen und auf den Gottesvorstellungen der Menschen, wie auf den materiellen Lebensbedingungen der Gesellschaft beruht der jedesmalige Zustand der Welt.“ [25]).

Trotz dieser außergeschichtlichen Einflüsse, die auf das Reich der Geschichte einwirken, hat es für Frantz doch die zentrale Bedeutung im raum-zeitlichen Kosmos. Denn es ist dennoch das ureigenste

---

[23]) Schellings positive Philosophie Bd. I, S. 231.
[24]) Wiederherstellung S. 66.
[25]) Untergang S. 2. Hier hat Frantz Ansätze gegeben zu einer Synthese von materialistischer und idealistischer Weltanschauung. Noch deutlicher wird das Streben nach dieser Synthese in seiner Kritik und Einstellung zu Sozialismus und Ultramontanismus. Untergang S. 133 ff.

Reich des Menschen. Wie der Mensch selbst in erster Linie ein geschichtliches Wesen ist, so sind auch alle menschlichen Ordnungen, seien sie sozialen oder politischen oder auch geistig-religiösen Charakters, in erster Linie geschichtliche Ordnungen, durch den menschlichen Willen, die menschliche Freiheit geschaffen. „Der Mensch ist ein geschichtliches Wesen. Von der Geschichte abstrahiert, hat man nur das caput mortuum des Menschen vor sich. Wie noch viel mehr gilt das von den menschlichen Gemeinschaften, denen es nicht nur wesentlich ist, sich in Strom einer geschichtlichen Entwicklung zu befinden, sondern die selbst ein Produkt der Geschichte sind, ohne welche sie gar nicht da wären.“ [26]).

Auch durch den geschichtlichen Charakter alles Lebens ist der Mensch in seiner Freiheit eingeschränkt. Denn alles Geschehen, alle Taten der Menschen sind nur möglich auf der Grundlage des geschichtlich Gewordenen, des Bestehenden. Das Moment der Notwendigkeit der geschichtlichen Entwicklung liegt „in den geschichtlichen Antezedenzien, da selbst die Handlungen der Freiheit immer einen Niederschlag hinterlassen, der für die kommenden Geschlechter wie etwas ursprünglich Gegebenes wirkt, und somit ein Element der Notwendigkeit bildet“ [27]). Diese durch die Geschichte gegebenen Lebensgrundlagen w i r k e n nur wie etwas ursprünglich Gegebenes, s i n d aber nicht ursprünglich gegeben. Sie sind vom Menschen geschaffen und von ihm auch wieder zu verändern. Sie bilden nur den Ausgangspunkt, auf dem alle Ordnungen aufbauen, von dem alle Taten ausgehen müssen, den sie aber notwendig verlassen müssen, um das Ziel, die Freiheit zu erreichen. Geschichte ist daher „wesentlich ein Kampf der Freiheit mit der Notwendigkeit, als das sich Emporringen des menschlichen Geistes aus den Banden der Notwendigkeit“ [28]), „jede Tat ... eine Synthesis von Freiheit und Notwendigkeit“ [29]).

Das Reich der Geschichte ist das Reich der menschlichen Freiheit. Diese Freiheit aber ist nach drei Seiten gebunden. Wahre Freiheit liegt für Frantz gerade darin, daß der Mensch alle durch die Natur, durch Gott und durch die Geschichte gegebenen Bindungen freiwillig bejaht und sich ihnen unterordnet. Wirkliche Freiheit kann nur erreicht werden durch Einbau aller Bindungen in die Lebensordnungen, während der „abstrakte“, „willkürliche“, „gesetzte“ Freiheitsgedanke der Aufklärung auch zu willkürlichen, despotischen Bindungen führt [30]), also keine wirkliche Freiheit gewährt. Der Hauptakzent liegt für Frantz aber weniger auf den Bindungen als auf der Freiheit, weniger auf den Lebensordnungen als auf den Menschen, weniger auf den Grundlagen als auf dem Ziel.

---

[26]) Untergang S. 146.
[27]) Untersuchungen S. 192.
[28]) Naturlehre D.V., Jahrgang 1868, Bd. III, S. 103.
[29]) Naturlehre D.V., Jahrgang 1868, Bd. III S. 105.
[30]) Kritik aller Parteien S. 282 f.

Wie der Anfang der Geschichte dadurch entstanden ist, daß der Mensch sich seiner selbst bewußt wurde, so kann auch das Ziel der Geschichte nur durch das Bewußtsein, nur durch den freien Willen der Menschen erreicht werden. Im Anfang bestand die ursprüngliche Einheit des Menschen mit Gott, mit der Natur und ebenso die Einheit aller Menschen untereinander, die Menschheit. Das höchste Ziel der Menschheit kann nur in der Wiedervereinigung dieser auseinandergefallenen Elemente bestehen. Frantz denkt jedoch nicht an ein mystisches Aufgehen des Menschen in Gott und Natur, nicht an pantheistische Einheit. Die ursprüngliche Einheit ist verloren, und es wäre Romantik oder Mystizismus, ihr nachzutrauern oder sie wiederherstellen zu wollen. Das Selbstbewußtsein des Menschen läßt eine solche ursprüngliche Einheit nicht mehr zu. Die neue Einheit kann nur in der Synthese bestehen, in der freien Harmonie aller Elemente. Es soll in ihr nicht die individuelle Freiheit des Menschen eingeschränkt, sondern vielmehr gerade gewährleistet werden. Ist diese universale Harmonie, die jedes Element, jedes Individuum erst zu seiner vollen Auswirkung kommen läßt, erreicht, so ist damit das Ende des geschichtlichen Seins gegeben. Auf dem Boden der Geschichte wird die Geschichte selbst beendet, durch den Kampf und den Gegensatz schließlich der Ausgleich erreicht [31]).

Wir stehen hier vor einer eigenartigen Paradoxie: das Ziel der Welt ist gegeben, und doch kann es nur durch den freien Willen des Menschen erreicht werden. Worin besteht denn die Willensfreiheit des Menschen, wenn ihm das Ziel gesetzt ist? Hat der Mensch nur die Freiheit, den Weg zu diesem Ziel selbst zu suchen? Er wäre doch damit nur Vollstrecker eines Willens, der außerhalb seiner selbst liegt. Aber ist des Menschen Ziel ihm nur von außen gesetzt? Wohl ist es ihm aufgegeben; sein Gewissen, die Natur, die der Erlösung harrt, endlich die Geschichte selbst weist ihr darauf hin. Dennoch kann der Mensch seine Aufgabe nur lösen, wenn er sich in freier Bewußtheit zu ihr bekennt. Darin liegt die Größe des Menschen, daß er die Freiheit der Entscheidung hat, daß von seinem Willen und Bewußtsein das Schicksal der Welt abhängt. Erst wenn der Mensch die gegebene Aufgabe zur seinen macht und sich ihr freiwillig unterzieht, erst dann kann er die Welt aus ihren Antinomien erlösen.

Diese universale Aufhebung aller Antinomien ist das ideale Ziel, aber sie muß jetzt und hier beginnen. Das Reich der Geschichte ist der Raum, innerhalb dessen der Mensch an der Verwirklichung dieses Zieles arbeiten muß.

Auf diese große Aufgabe weist den Menschen sein Verhältnis zu Gott hin, der Bund, den Gott mit den Menschen geschlossen hat unter dem „Zei-

[31]) Hier ist Frantz auch im Inhalt seines Denkens Hegelianer geblieben, nämlich in seiner teleologischen Geschichtsauffassung. Aber er geht einen Schritt über Hegel hinaus. Das Hegelsche Sich-Selbst-Bewußtwerden des menschlichen Geistes ist Voraussetzung der Frantzschen Synthese.

chen des Regenbogens“ [32]), mehr noch aber das Christentum, das sich „in der Idee des Mittlers konzentriert“ [33]). Diese Zentralidee des Christentums kann nach Frantz nur aus dem Gedanken des Mittelreichs der Geschichte verstanden werden. Das Verhältnis zwischen Föderalismus und Christentum besteht darin, daß der Föderalismus mit den Forderungen des Christentum zusammenfällt und ..... überhaupt nichts weiter ist als die weltliche Seite der christlichen Entwicklung überhaupt“ [34]). Der Föderalismus faßt das Christentum von der Seite auf, „wonach es selbst auf die Weltentwicklung einwirkt und einwirken soll“ [35]). Doch leitet Frantz die Idee des Föderalismus nicht etwa aus dem Dogma des Christentums ab, sondern er baut das Christentum vielmehr in sein System ein. Eine universale Föderation ist nur möglich auf dem Boden der „weitreichendsten Gemeinschaft der Ueberzeugungen“, die „nur in der gemeinsamen Autorität des Christentums liegen kann“ [36]).

Ebenso kann man den Gedanken des Föderalismus als die weltliche oder die reale Seite des Deutschen Idealismus bezeichnen. Denn es war der Deutsche Idealismus, durch den „der metaphysische Mittelpunkt der Welt in Mensch und Menschheit gelegt wurde“ [37]), durch den die ideale Aufgabe der Einheit der Welt in die Hand des Menschen gegeben, seinem Willen und Bewußtsein aufgetragen wurde. Wenn auch die deutsche idealistische Philosophie in erster Linie auf menschliche und menschheitliche Ziele ästhetischer, rein-geistiger und humanistischer Art bezogen war, so hat sie doch gegenüber dem Rationalismus und der Aufklärung, die entweder ganz ungeschichtlich dachten oder die Geschichte in ein rationales Thema preßten, wieder das Verständnis für geschichtliches Sein und Werden erweckt. Herder vor allem wies hin auf die Bedeutung des geschichtlichen Werdens und Wesens des Menschengeschlechts und der einzelnen Völker [38]). Hegel gab dem geschichtlichen Sein der Menschheit die teleologische Bestimmtheit und Ausrichtung. Schelling erkannte die Eigenständigkeit des Reichs der Geschichte als des Mittelreichs, das das natür-

---

[32]) Kritik aller Parteien S. 147.

[33]) Der Föderalismus S. 425.

[34]) Der Föderalismus S. 374.

[35]) Untergang S. 190 f.

[36]) Aufruf zur Begründung einer föderativen Partei S. 17; Dieses Verhältnis zwischen Christentum und Föderalismus gilt jedoch nur in systematisch-logischer Hinsicht. Frantz baut nicht auf einem christlichen D o g m a auf; wohl aber sind all seine Ideen und Forderungen aus seiner persönlich-lebendigen Religiosität erwachsen.

[37]) Schellings positive Philosophie Bd. I, S. 208.

[38]) Frantz erwähnt Herder niemals; obwohl seine geschichtlichen und völkerpsychologischen Gedanken dieselbe Richtung aufweisen wie die Herderschen, scheint er ihn nicht näher gekannt zu haben.

lich-leibliche und das metaphysisch-seelische Sein des Menschen miteinander verbindet.

Aber diese Erkenntnisse blieben vorwiegend theoretisch, abstraktgeistig, führten nicht an die Wirklichkeit, an die Gestaltung geschichtlichen Werdens heran. Der Deutsche Idealismus war in erster Linie auf das Ziel, die Bildung des Menschen und der Menschheit gerichtet, sah nicht den geschichtlich-politischen Raum, den Weg zu dieser Bildung. Auch Fichte — obwohl voll zukunftsweisender politischer Gedanken wie voll politischen Eifers — kam dennoch nicht an die Wirklichkeitsgestaltung heran. Auch Schelling, der das besondere Reich eigentlich menschlichen Seins und Werdens erkannte und systematisch abgrenzte, verlor sich dennoch in ästhetische Spekulationen. Bot so der Deutsche Idealismus auch nicht die Handhabe zu praktisch-politischer Gestaltung der Wirklichkeit, so zeigt er doch das Ziel auf, von dem sich solche Wirklichkeitsgestaltung leiten lassen muß.

Frantz macht nun den Versuch, auf Schellings Idee der drei Reiche aufbauend, diese deutlich voneinander abzugrenzen und das Verhältnis der Menschen und Lebensordnungen zu diesem dreigegliederten Sein darzustellen. Er läßt sich hierbei leiten von den Fernzielen des Deutschen Idealismus und sucht den Weg zu diesen Zielen zu finden und zu gestalten. Nur durch Gestaltung der natürlichen und politischen Ordnungen kann das Geistige, die Idee verwirklicht werden. Ihre rechte Gestaltung bedeutet schon ein Stück idealer Verwirklichung. So schließt die rechte deutsche Ordnung, die ausgeht von den historischen Gegebenheiten und sich ausrichtet nach universalen Zielen, die bestimmt wird durch das Bewußtsein, daß Deutschland Glied eines höheren Ganzen ist, auch die Möglichkeit einer universalen Ordnung ein.

Wie Frantz im allgemeinen Ziel und Weg zugleich im Auge behalten will, so sucht er auch die Brücke zu schlagen „von den vaterländischen Angelegenheiten zum politischen Kosmos", die „der klassischen deutschen Epoche völlig fehlte". Er sucht „einen konkreten Idealismus zu erwecken, einen Real-Idealismus, der unmittelbar an die deutschen Aufgaben anknüpft, die ... sich selbst in die Weltpolitik verlaufen" [39]).

Die Bemühungen um diese Aufgabe setzten schon — wie Meinecke gezeigt hat — [40]), in der „klassischen deutschen Epoche" ein; doch letztlich mußten sie immer wieder scheitern, konnten dem unendlichen Ziel der Vermählung des Geistes mit der Macht nur näherkommen. Aber trotz oder gerade wegen seiner Idealität wird es immer wieder erstrebt werden. Das Streben, ihm näherzukommen, ist das eigentümlich deutsche Weltstreben.

---

[39]) Der Föderalismus S. 421.

[40]) Weltbürgertum und Nationalstaat. 7. Aufl. 1928.

In diesem Sinne muß man auch Frantz' Idee des Föderalismus verstehen. Aber auch er konnte diesen ewigen Zwiespalt, an dem er wie so viele große Deutsche litt, nicht überwinden. Denn auch die Föderation, die ihm vorschwebte, ist letztlich nur Idee, nur ethische Forderung, die nur stufenweise und nie vollkommen verwirklicht werden kann.

II. Die Elemente der politischen Föderation.

1. Föderalistische Gemeinschaftsanschauung.

Das Ziel des Föderalismus ist allein auf das Reich der Geschichte gerichtet. Aber in seiner idealen Verwirklichung liegt zugleich das metaphysische Ziel, die Vereinigung des Reichs der Geschichte mit dem Reich der Natur und dem Reich Gottes beschlossen. Das geschichtliche, zugleich reale und ideale Ziel ist, die Menschheit, die in Völker, in Gesellschaftsklassen, in Individuen zerspalten ist, wieder zu vereinen. In dieser alle Menschen umspannenden Vereinigung soll das Individuum nicht geopfert werden, der Gegensatz zwischen dem einzelnen und der Gemeinschaft nicht auf Kosten der Individualität beendet werden. Es soll weder die Individualität des einzelnen noch die der Gemeinschaften jeglicher Art, wie der Nationen, der Kirchen und religiösen Vereinigungen, der beruflich-gesellschaftlichen Verbindungen, zerstört werden. Die föderative Menschheit soll nur der Rahmen sein, innerhalb dessen die innere Freiheit des Individuums und der einzelnen menschlichen Gemeinschaften erst zu ihrer vollen Auswirkung kommt. Sie soll nur die über den Gegensätzen stehende Ordnung sein, all diese Gegensätze, wie soziale Gebundenheit und individuelle Freiheit in sich vereinigen. Frantz will „nicht ein hermaphroditisches Mittelding herstellen, sondern diese Gegensätze ganz ungeschwächt und leibhaftig aufeinander einwirken lassen“ [1]). Ihre gegenseitige Einwirkung soll aber so geschehen, „daß an die Stelle des Antagonismus die Kooperation trete“ [2]). Frantz' Ziel ist nicht die uniformierte, sondern die harmonische Menschheit, nicht Einheit sondern Einklang, universale Harmonie, in der jedes Instrument, jede einzelne Note erst ihren vollen Klang erhält.

Frantz übersetzt Föderation mit „Bundschaft“ [3]); sein Ziel ist ein universales System von Bünden, d. h. von freien, freiwilligen Verbindungen. Der Begriff der Bundschaft geht über den Begriff der Gemeinschaft hinaus [4]): Gemeinschaft beruht in erster Linie auf außerhalb des menschlichen Willens liegenden Gemeinsamkeiten natürlicher oder geschichtlicher Art, bedeutet passives Gebundensein durch diese Gemeinsamkeiten. Beim Begriff der Bundschaft dagegen steht der Gedanke der freiwilligen, bewußten Verbindung im Vordergrund. Gemeinschaft ist das Seiende, Bundschaft das Seinsollende. Es gibt zwar eine universale menschliche Gemeinschaft, da alle Menschen gewisse Eigenschaften miteinander gemein haben, nicht aber

[1]) Kritik aller Parteien S. 7.
[2]) Der Föderalismus S. 140 f.
[3]) Kritik aller Parteien S. 258.
[4]) Diese deutliche Abgrenzung von Bundschaft und Gemeinschaft gibt Frantz nicht; sie ist aber der logische Schluß seiner Gedanken und wird hier vorgenommen, um den schillernden, mißverständlichen Begriff der Gemeinschaft zu klären.

eine menschliche Bundschaft, eine Menschheit durch Bewußtsein und Willen der Menschen. Ebenso gibt es — für Frantz und seine Zeit — wohl eine deutsche Gemeinschaft, die ruht auf den natürlichen und geschichtlichen Gemeinsamkeiten aller Glieder des deutschen Volkes, nicht aber eine deutsche Bundschaft, nicht eine willensmäßige Einheit aller deutschen Menschen, aller deutschen Staaten.

Bundschaft bedeutet Synthese von Individuum und Gemeinschaft. Dadurch, daß der einzelne die Gemeinschaft anerkennt und bejaht, erhöht er die Gemeinschaft zur Bundschaft; gleichzeitig gewinnt er selbst erst hierdurch wahre Individualität. Wahre Individualität ist für Frantz geknüpft an ein höheres Ganze; sie besteht nicht darin, daß der Mensch sich nach außen hin abschließt, sondern daß er das Bewußtsein seiner Besonderheit im Rahmen eines höheren Ganzen hat: „Es gehört zum Wesen des Menschen, daß er nicht für sich selbst, sondern zugleich für andere lebt, wodurch das Leben erst wahrhaft menschlich wird.“ [5]). Individualität ist Voraussetzung der Bundschaft, während Grundlagen der Gemeinschaft nur die gegebenen Gemeinsamkeiten sind. Aber Frantz betont ebenso auch den Wert der Gemeinschaften an sich; sind sie doch ihrerseits wieder Voraussetzung zur Entwicklung von Bundschaften. Auch die Bundschaft muß aus gemeinsamen Gegebenheiten, aus der Gemeinschaft sich entwickeln. Daher bekämpft Frantz die rationalistisch-individualistische Anschauung, die alle gegebenen Ordnungen leugnet und die gemeinschaftsbildende Kraft allein in dem Willen der Menschen sieht: „Man muß endlich begreifen, daß die verschiedenen menschlichen Gemeinschaften, von der Familie angefangen bis zum Staate hinauf, ihr eigenes inneres Lebensprinzip haben, was keineswegs aus der individuellen Freiheit abzuleiten, noch danach zu bemessen ist. Soll hingegen die individuelle Freiheit das alleinige Prinzip sein, so werden die verschiedenen menschlichen Gemeinschaften auch nur als Summen von Individuen erscheinen, des inneren Lebens beraubt“ [6]).

Die menschlichen Gemeinsamkeiten, auf denen die Gemeinschaften ruhen und die Bundschaften aufbauen sollen, sind, entsprechend der Zugehörigkeit des Menschen zu den drei Reichen, dreierlei Art: das leiblich-natürliche Sein, das geistig-geschichtliche Bewußtsein, und das metaphysisch-seelische Empfinden, der Glaube, in Beziehung und Abhängigkeit einer überirdischen Macht gegenüber zu stehen. Diese drei Seiten des Menschenlebens, Leib, Geist und Seele, sind die „partes integrantes“ des Menschenlebens, an sie schließen alle Ordnungen an [7]).

Die Ordnungen, die das Verhältnis des Menschen zur Natur verwirklichen und gestalten, sind entstanden aus der Notwendigkeit der gemeinsamen Sorge für die Lebensbedürfnisse, aus der Arbeitsteilung und Arbeits-

[5]) Naturlehre D.V. Jahrgang 1869, Bd. I, S. 25.
[6]) Naturlehre D.V. Jahrgang 1869, Bd. I, S. 26.
[7]) Untergang S. 134.

vereinigung, mit dem Entstehen der wechselseitigen wirtschaftlichen Verflechtung der Menschen. Zu diesen natürlichen Ordnungen gehören nach Frantz alle wirtschaftlichen und Berufsverbindungen.

Die zweite ursprünglich gemeinschaftsbildende Kraft war der Glaube der Menschen, daß sie gemeinsam einer überirdischen Macht unterworfen seien, daß sie gemeinsam einem metaphysischen Sein zustrebten. Dieser Glaube führte zur Bildung der kultischen und religiösen Gemeinschaften. Frantz rechnet hierzu für die Gegenwart nur die beiden christlich-abendländischen Konfessionen.

Die geschichtlichen Ordnungen gründen sich wohl auf den natürlichen und religiösen Gemeinschaften, sind aber erst dadurch entstanden, daß sich Gruppen von Menschen ihrer inneren Gemeinsamkeit und ihrer Besonderheit gegenüber anderen Menschengruppen bewußt wurden. Die Aufgabe dieser geschichtlich gewordenen Ordnungen, der Staaten und politischen Verbände, ist eine doppelte. Nach innen sollen sie die Beziehungen der Menschen untereinander durch das Recht regulieren, nach außen hin die gemeinsame Besonderheit der in ihnen zusammengeschlossenen Menschen zum Ausdruck bringen, einen besonderen geschichtlichen, d. h. durch das Bewußtsein der Menschen entstandenen Zweck verwirklichen.

Durch das Bewußtwerden der menschlichen Gemeinschaften, die zur Bildung der Staaten und des Rechtes führte, werden auch die natürlichen und religiösen Ordnungen zu geschichtlichen Wesen. Ihre Grundlage und Aufgabe ist zwar außergeschichtlich; sie werden aber dadurch, daß sie getragen werden durch das geschichtlich gewordene Recht, zu geschichtlichen Ordnungen. Umgekehrt ist das Recht, und der Staat als Träger des Rechts, zwar in erster Linie auf das Reich der Geschichte gerichtet, auf die Ordnung aller geschichtlich gewordenen Verbindungen der Menschen untereinander, andererseits ist es aber das Bindeglied zwischen dem natürlichen Müssen und dem ethischen Sollen des Menschen, oder zwischen dem Reich der Natur und dem Reich Gottes [8]).

Keine dieser Ordnungen hat absolute, totale Gültigkeit, denn alle schließen nur an eine Seite menschlicher Gemeinsamkeit an. Das Individuum, das jeder Gemeinschaft nur nach einer Seite seines Wesens verhaftet ist, steht als Ganzes über der Gemeinschaft. Denn es ist doch in all seinem Tun und Lassen, welcher Art es auch immer sei, mit seinem ganzen Wesen beteiligt. Daher darf man die verschiedenen Ordnungen auch nur in der Betrachtung unterscheiden, nicht aber ihren inneren, durch die menschliche Totalität gegebenen Zusammenhang zerreißen. Hiermit würde man das menschliche Sein aufspalten in ein natürliches, ein metaphysisches und ein geschichtliches Sein. Aber die klare Unterscheidung der verschiedenen Seiten des Seins, die Erkenntnis der Besonderheit und Gliedhaftigkeit aller

[8]) Naturlehre D.V. Jahrg. 1868, Bd. III, S. 118.

Gemeinschaften ist Voraussetzung ihres Zusammenwirkens, ihrer Verbindung zu einem höheren Ganzen.

In der Beziehung der menschlichen Gemeinschaften zu dem höchsten Ganzen wiederholt sich dasselbe Verhältnis, das zwischen ihnen und den Individuen besteht. Auch die Gemeinschaften sind nach der einen Seite Individuen; dem Ganzen gegenüber sind sie gleichzeitig Glieder, da alle Gemeinschaften jeweils nur einen Teil der ganzen Menschheit und diesen nur zu einer begrenzten Aufgabe zusammenfassen. Diese doppelte Gliedhaftigkeit bedingt ihre Föderation auch wieder in einer doppelten Beziehung. Frantz erstrebt nicht nur ein rechtes Zusammenwirken der verschiedenartigen Ordnungen, also von Kirche und Staat, von Staat und Gesellschaft, sondern auch eine Verbindung der gleichartigen Ordnungen untereinander, also eine Föderation der Staaten und eine Synthese der beiden christlich-abendländischen Konfessionen.

Die föderative Weltordnung stellt sich somit als ein stufenförmiger Bau dar, der beginnt mit der Verbindung der einzelnen Menschen, und auf dem Wege über die Föderation dieser Verbindungen, durch „Zusammenwirken der einzelnen Elemente bei Erhaltung des individuellen Charakters eines jeden“ [9]), schließlich zur allgemeinen Harmonie führen wird.

2. Staat und Gesellschaft.

Die Aufgabe, durch die Verbindung der verschiedenen Gemeinschaften die Menschheit zu schaffen, bedeutet letztlich Politik. Sie kann nur durch die Staaten gelöst werden. Nur die Staaten können die aktiv das Ganze verbindenden Glieder sein, denn nur sie sind „die handelnden Subjekte in der Geschichte“ [10]). So steht der Staat als Mittler zwischen Mensch und Menschheit für Frantz auch im Mittelpunkt seiner theoretischen Betrachtungen. Die Voraussetzung aller politischen Föderation ist die Kenntnis des Staates als wichtigsten Föderationselementes; die Kenntnis seiner Entstehung, seiner Aufgabe, seines Verhältnisses zu den Elementen, aus denen er sich wiederum zusammensetzt.

a) Entstehung und Zweck des Staates.

Voraussetzung des Staates ist einerseits eine territoriale Grundlage, das Staatsgebiet, andererseits eine auf diesem Staatsgebiet wohnende, zuerst durch wirtschaftliche Notwendigkeiten, wie Arbeitsteilung usw., und kultisch-religiöse Bindungen vereinigte Bevölkerung, die Staatsgesellschaft. Die Grundlage des Staates ist also material und objektiv gegeben. Die Staaten beruhen auf Tatsachen; sie können nur bestehen auf natürlichen Grundlagen [11]). Frantz glaubt diesen Tatbestand besonders betonen zu müs-

[9]) Kritik aller Parteien S. 146.
[10]) Untersuchungen S. 347.
[11]) Wiederherstellung S. 113.

sen. Er wendet sich damit gegen die naturrechtlich-individualistische Auffassung, die glaubt, daß der Staat allein durch das Wollen der Menschen, durch Staatsvertrag entstanden sei. Dabei übersieht er, daß auch das Naturrecht von der Tatsache einer wechselseitigen Abhängigkeit der Menschen ausging. Aber dadurch, daß es glaubt, der Staat sei in erster Linie durch den Willen der Menschen geschaffen, würdigt es den Staat zum reinen Mittel herab. Er habe seine Aufgabe nur durch die Menschen und nur für sie. Für Frantz ist der Staat zwar auch Produkt des menschlichen Willen, aber er ruht doch in erster Linie auf dem gegebenen Müssen und auf dem ihm aufgegebenen Sollen [12]). Er ist eine eigenständige Ordnung, hat seinen Wert und seine Aufgabe aus sich selbst.

Ueber die Entstehung des Staates auf diesen Grundlagen ist Frantz zu klarer Anschauung nicht gekommen. Er sagt nur, daß der Staat beruhe auf natürlichen Grundlagen, ins Leben trete durch natürliche Kräfte, daß sein eigentliches Wesen aber bestehe in dem Bewußtsein seiner selbst. Frantz' Gedankengang enthält hier eine Lücke. Er erklärt sie daraus, daß die primäre Entstehung der Staaten in vorgeschichtlicher Zeit stattgefunden habe, daß also die Geschichte hierfür kein Anschauungsmaterial biete. Aber die Lücke scheint auch dadurch entstanden zu sein, daß Frantz die Entstehung des Staates für ein stark irrationales Geschehen hält, daß es ihm aber nicht gelingt, diese Irrationalität darzustellen. Aber es ist möglich, die Lücke wenigstens andeutungsweise zu schließen.

Wenn das eigentliche Wesen des Staates in dem Bewußtsein seiner selbst besteht, so kann der Staat nur dadurch entstanden sein, daß er sich seiner selbst bewußt wurde. Wie dies geschah? Nicht die Staatsgesellschaft selbst kann sich ihrer Gemeinsamkeit bewußt geworden sein. Denn das Seiner-selbst-Bewußtwerden des Menschen, das bewußte Gestalten der Lebensordnungen, ihre Entwicklung von Gemeinschaft zu Bundschaft ist nach Frantz ein Prozeß, der noch bis in die Gegenwart und Zukunft andauert. Auch Staat ist zunächst nicht Bundschaft, sondern Gemeinschaft. Er kann also zuerst nur im Kopfe eines oder einiger führender Menschen zum Selbstbewußtsein gekommen sein. Er bedarf keiner bewußten Anerkennung durch die Staatsgesellschaft, keines Staatsvertrags. Mit dem Entstehen des Staates ruht seine Souveränität nach außen, seine Autorität nach innen in sich selbst. Souveränität und Autorität können nicht übertragen werden, nur ihre Ausübung [13]).

Worin besteht nun das Wesen des Staates? Sein erstes Charakteristikum ist die Souveränität, die eine und unteilbare Staatsgewalt, die mit der Entstehung des Staates da ist, deren Vernichtung einer Zerstörung des Staates selbst gleichkäme. Kraft dieser Souveränität gibt der Staat bindende Gesetze, verlangt er Unterwerfung unter seinen Willen und Befehl. Er ist

[12]) Naturlehre, In: DV. Jahrg. 1868 Bd. III S. 88.
[13]) Vorschule S. 13 f.

„eine organisierte Herrschaft, eine konzentrierte Gewalt, eine Persönlichkeit“ [14]), „stellt sich dar als die durch sein Gebiet scharf abgegrenzte, in einer Spitze zuasmmenlaufende und mit Befehlsgewalt ausgerüstete Organisation“ [15]).

Jeder Staat hat einen bestimmten politischen Zweck, der gegeben ist durch seine geographische Lage, durch die Eigenart seiner Bevölkerung und durch die Geschichte. Oft ist ein solcher Zweck auch der Anlaß für die Entstehung des Staates. Ein Angriff von außen, Mangel an Land u. a. mögen zuerst zur Staatenbildung geführt haben. Auch die Entwicklung und besondere Form des Staates wird und muß sich ausrichten nach seinem Zweck [16]). So hat Preußen den Zweck, die Verbindung und zugleich den Damm des Abendlandes gegenüber Rußland zu bilden. Daher zeichnet sich Preußen durch besondere militärische und koloniale Staatlichkeit aus.

Frantz will mit dem Begriff Zweck die reale, politische Seite des Staates betonen. Der Staat an sich „ist und bleibt ein Institut dieser Welt, welches nicht in die jenseitige Welt hineinreicht [17]). Daher bekämpft Frantz auch den Gedanken der Staatsidee, d. h. der Verabsolutierung des Staates. In der Ganzheit des menschlichen Lebens hat der Staat nur relative Bedeutung, ist er eine Ordnung neben anderen. Absoluten Wert hat er nur innerhalb der Grenzen seines Zwecks; er hat aber kein geistig-sittliches, kein göttliches Sein. Nur indirekt, durch die Menschen, reicht er über die geschichtlich-politische Sphäre in den göttlichen Bezirk hinein, hat er eine ethische Aufgabe [18]). Diese Aufgabe ist, eine gerechte, sichere und freie wirtschaftlich-soziale Ordnung herzustellen und nach außen eine Föderation der Staaten herbeizuführen. Aber diese Aufgabe, höherstehend als der Staatszweck, geht über die Grenzen des eigentlich Staatlichen hinaus. Der Staatszweck wird durch sie begrenzt. Daher haben sich die Bürger dem Staate wohl zu unterwerfen, aber an den Staat stellt Frantz die ethische Forderung, daß er diese Unterwerfung nur soweit verlange, als es zur Erreichung des Staatszwecks notwendig ist [19]). Der Gesellschaft gegenüber, zur Garantie ihrer Freiheit und Sicherheit, und zur Herstellung einer sozialen Organisation hat der Staat nur funktionale Bedeutung. Ebenso ist er der Gemeinschaft aller Staaten gegenüber nur Glied, und nur Mittel zur Erreichung solcher Gemeinschaft.

Diese Doppelheit des Staates aber ist komplex. Zwischen der individualistisch-liberalen Auffassung, daß der Staat nur Funktion der Gesellschaft sei, und der ebenso einseitigen entgegengesetzten Auffassung vom

---

[14]) Wiederherstellung S. 352.
[15]) Föderalismus S. 56.
[16]) Vorschule S. 171.
[17]) Schellings positive Philosophie Bd. I, S. 239.
[18]) Untergang S. 149.
[19]) Vorschule S. 12.

absoluten oder totalen Staat gibt es keinen Ausgleich, sondern nur die höhere synthetische Auffassung, daß der Staat beides, Funktion und Zweckgestalt, zugleich in untrennbarer Einheit sei. Dieser synthetischen Auffassung bewegt sich auch Frantz zu. Aber er erkennt nicht ihre Komplexheit; daher versucht er immer wieder vergeblich, beide Seiten voneinander abzugrenzen, kommt aber hierbei nicht zu einem festen Blickpunkt. Geht er in seiner Betrachtung vom Staate aus, so betont er oft einseitig den Staatszweck, ist der Ausgangspunkt die Gesellschaft, so überschattet die funktionale Seite die eigentliche Staatlichkeit. Die Doppelheit des Staates läßt sich nur in der Theorie erkennen, nur theoretisch auflösen. Sie kann nicht aufgespalten werden, und noch weniger kann man das wechselseitige Verhältnis beider Seiten allgemeingültig bestimmen. Es ist bei jedem Staat, je nach seinem Charakter und Zweck wie nach der Eigenart des Staatsvolks, verschieden. Frantz erkennt dies da, wo er die politische Wirklichkeit betrachtet, auch an. So sagt er, daß Preußen der „Staat par excellence" sei, daß seine politische Aufgabe, seine Lage, die germanisch-slawische Mischung seiner Bevölkerung die Ausbildung einer besonders starken Staatlichkeit zur Folge gehabt habe. Er betont auch, daß diese straffe staatliche Zentralisation für Preußen berechtigt und notwendig sei [20]). Aber er wendet sich gegen eine Uebertragung dieser Form auf andere Staaten, so gegen die zentralistische Verwaltung und Verfassung der preußischen Westprovinzen, die nicht in den Provinzen selbst begründet ist. Denn die deutschen Mittel- und Kleinstaaten, und mit ihnen die Westprovinzen, haben für sich keine eigentlich politische und kolonisatorische Aufgabe zu erfüllen; ihre Aufgabe liegt mehr darin, die geistige und soziale Entwicklung ihrer Bevölkerung zu fördern und, universalpolitisch, die Elemente einer deutschen und damit einer universalen Föderation zu bilden.

Die Frage nach dem Verhältnis von autonomer Staatlichkeit und Staat als Funktion ist Tatfrage, die in jedem Staat auf besondere Weise gelöst werden muß. Aber auch eine solche Einzellösung ist rational nicht zu fassen und niemals feststehend. Sie ist eine Frage politischer Zweckmäßigkeit und ethischer Anschauung zugleich, eine Frage des rechten Verhältnisses von Politik und Moral. Denn der Staat darf sich nicht leichtfertig aus ideologischen Motiven seiner Machtkonzentration begeben, während andererseits an ihn die Forderung ethischer Selbstbescheidung und idealistischer, auf ethische Fernziele gerichteter Politik gestellt wird.

b) Das Wesen der Gesellschaft.

Was ist für Frantz das Wesen der Gesellschaft, die zugleich Inhalt und Aufgabe, wie auch Gegensatzes des Staates bedeutet? Für Rationalismus und Individualismus gab es zwischen den beiden Polen

[20]) Deutschland und der Föderalismus S. 117.

Mensch und Menschheit keine Gemeinschaft eigenen Wertes und wirklichen Seins. Hier bedeutete z. B. Volk nur die Summe der Individuen, die alle gleichen Rechtes waren, alle in gleicher Weise isoliert dem Staate gegenüberstanden, also ein imaginäres Etwas, woraus dann in der Umkehrung durch den Marxismus eine ungegliederte Masse wurde. Erst Fichte und Stein und in Frankreich die Föderalisten um Proudhon begannen die Gesellschaft als eigenständige Ordnung zu erkennen, sie einerseits vom Individuum, andererseits vom Staat abzugrenzen und ihren Einbau in den Staat zu fordern.

Für Frantz ist Gesellschaft das Mittlere zwischen den staatlichen und privaten Verhältnissen [21]). Sie ist dem Individuum wie auch dem Staat gegenüber die ursprüngliche, frühere Gemeinschaft [22]). Gesellschaft wächst überall da, wo Menschen gemeinsam wohnen; sie bildet sich von selbst auf der Grundlage der allen Menschen gemeinsamen Bedürfnisse, in erster Linie der natürlich-wirtschaftlichen Bedürfnisse. Aus der Notwendigkeit ihrer arbeitsteiligen Befriedigung entsteht der Beruf, neben dem Passiven der Bedürfnisse das gemeinsame Aktive, das alle Menschen verbindet. Daher stellt sich die Gesellschaft dar „als das Ensemble der verschiedenen Berufsarten" [23]). „Der größte Teil aller Verbindungen, welche zusammengenommen das große Netz der bürgerlichen Gesellschaft bilden, schließt sich an den verschiedenen Beruf der Menschen" [24]). Der Beruf ist zwar allen Menschen gemeinsam, aber gleichzeitig sind durch ihn die Menschen verschieden. Mit der Einführung des Berufsprinzips hat Frantz den Gedanken der Gleichheit, der seit 1789 oberstes Prinzip aller politischen und sozialen Gestaltung sein sollte, eindeutig überwunden. Geltung hat dieses Prinzip für ihn nur in der ihm zukommenden Sphäre, im Recht, und in diesem auch nur in formaler Hinsicht. An dem Gedanken der Rechtsgleichheit aller Glieder der Gesellschaft, aller Stände, Korporationen usw. hält Frantz allerdings fest.

Durch den Beruf, den ersten Faktor gesellschaftlicher Gliederung, ist aber gleichzeitig die Notwendigkeit zu anderweitiger Gliederung gegeben. Denn der Beruf grenzt die Sphäre, innerhalb deren der Mensch wirkt und lebt, auch räumlich ab. Der einzelne ist zunächst nur in dem Raum Glied der Gesellschaft, innerhalb dessen er seinen Beruf ausübt [25]). Das gesellschaftliche Leben spielt sich also vornehmlich in den Berufsverbänden und Korporationen wie in den örtlichen Gliederungen, den Gemeinden und Kreisen ab. Gemeinden und Kreise sind vornehmlich von unten her gewachsen. Sie erhalten ihr Leben nicht nur durch die Gemeinsamkeit materieller In-

[21]) Deutschland und der Föderalismus S. 121.
[22]) Unter Individuum wird hier verstanden der Mensch, der zum Bewußtsein seiner selbst gekommen ist, im Gegensatz zum rein gliedhaften Menschen.
[23]) Der Föderalismus S. 57.
[24]) Vorschule S. 303.
[25]) Vorschule S. 305.

teressen, sondern ebenso durch gemeinsame Stammeseigentümlichkeiten, Sitten und Gebräuche. Sie haben nicht in erster Linie ihre Bedeutung als Untergliederungen des Staates, sollen daher auch nicht in staatlichem Zentralismus untergehen. Frantz kommt schon zu dem Begriff der „Landschaften" als autochthoner Einheiten, die auf geographischer Eigenart und auf der stammlichen Besonderheit der Bevölkerung beruhen, im Gegensatz zu Provinzen, die von oben her aus Gründen der Staatsräson geschaffen sind. Berufsverbände, Gemeinden und Kreise sind aber nur kleinere gesellschaftliche Einheiten. Andererseits betont Frantz gerade, daß die Gesellschaft im Gegensatz zum Staate „das sich ins Unbestimmte verbreitende Netz ist" [26]), das alle staatlichen, rechtlichen und räumlichen Grenzen sprengt, das vor allem über den Staat hinausreicht. Frantz bezeichnet die Gesellschaft hier als das Netz aller Verbindungen der Menschen untereinander. Will man dies Bild weiter ausführen, so kann man Berufsverbände und Gemeinden bezeichnen als die Knoten dieses Netzes, von denen die Fäden ausgehen und sich unendlich miteinander verknüpfen. Die Ursache dieser weiten Verflechtung ist vor allem der wirtschaftlich-technische Fortschritt, die Entwicklung von Handel und Verkehr. Hierdurch wird eine Verbindung der Bevölkerung nicht nur verschiedener Länder und Staaten, sondern auch verschiedener Erdteile herbeigeführt.

Da die wirtschaftlich-sozialen Lebensbedingungen in ständiger Bewegung und Veränderung begriffen sind, bildet sich auch die Gesellschaft ständig um. Gesellschaft ist daher wesentlich dynamisches Element, während der Staat in erster Linie die statische Seite menschlichen Gemeinschaftslebens verkörpert.

Diese Gesellschaftsauffassung mag auf den ersten Blick materialistisch erscheinen. Und man mag sie insofern als materialistisch bezeichnen, als sie ausgeht von den natürlich-materiellen Gegebenheiten der Gesellschaft, diese als Grundlage des Lebens kennzeichnet und immer an den Anfang aller Betrachtung stellt. Frantz stellt sich allerdings in bewußten Gegensatz zu der spiritualistischen Auffassung, daß gesellschaftliche Bindung durch rein geistige Gemeinschaft entstehe. Aber er kehrt diesen Satz nun nicht etwa um. Er erkennt Materie und Geist als beiderseits gegeben an. Eine Befreiung des Geistes von der Materie ist aber nur möglich, wenn man diese als Grundlage des Lebens anerkennt, sie in die Lebensganzheit einbaut. Geistige Gemeinschaft bildet sich nicht losgelöst von der Materie, auch nicht als bloßer ideologischer Ueberbau über den sozialen Gegebenheiten ohne eigene Wirklichkeit. Geist soll lebenswirklich sein, d. h. die Wirklichkeit gestalten. Geistige Gemeinschaft muß daher auf den naturgegebenen Ordnungen aufbauen. Aber sie soll die gegebenen Ordnungen nicht nur erhalten, wie es nach der Theorie des Marxismus Aufgabe des „Ueberbaus" ist, oder wie die radikale Interpretation

[26]) Der Föderalismus S.56.

der Rassenlehre es will, sondern von dem Gegebenen ausgehend die Lebensordnungen gestalten nach ethischen Geboten, die ebenso wie die natürlichen Bedürfnisse jedem Menschen eingeboren sind. Ethisch-religiöse Gemeinschaft ist so der zweite Faktor, durch den Gesellschaft sich bildet. Die höchste und einzig gültige Stufe solcher Gemeinschaft ist für Frantz das Christentum. Durch seine weite Verbreitung führt es auch zu einer Verbindung der Gesellschaft über Staats- und Völkergrenzen hinweg.

Die ethisch-religiösen Gebote des Christentums sollen bewußt alle Ordnungen, auch nach ihrer materiellen Seite und nach ihren materiellen Zwekken bestimmen. Erst die gesellschaftlichen Verbindungen, die nach ethisch-religiösen Zielen ausgerichtet sind, sind bewußte oder „conföderierte" Ordnungen, Bundschaften. Sie wertet Frantz höher als den Staat, während Berufsverbände und Gemeinden die vor- und unterstaatliche Seite der Gesellschaft bilden, die „Vorhallen des Staates" darstellen [27]). Aber andererseits ist es doch der Staat, der „den übrigen Gemeinschaften erst Bewußtsein gibt,.. darum als Spitze über den übrigen Gemeinschaften steht" [28]). Erst unter der Voraussetzung einer festen Ordnung, die im Staate gegeben ist, ist eine freie Entwicklung der Gesellschaft, eine Entwicklung von Gemeinschaft zu Bundschaft möglich.

Aber der Staat hat nicht die Aufgabe, in die geistige Entwicklung der Gesellschaft einzugreifen. Er muß in geistiger Hinsicht „das Volk nehmen, wie es ist, und sich dem Geist desselben akkommodieren" [29]). „Der wirkliche Fortschritt der menschlichen Entwicklung wie die reelle Wohlfahrt der Gesellschaft" entspringt allein aus der Gesinnung der Menschen, ihren sittlichen Handlungen und geistigen Strebungen [30]). Der Staat kann die Gesellschaft nicht selbst gestalten, sondern ihre Entwicklung durch Recht und Gesetz nur fördern. Im übrigen kann er nur die äußere Reform der gesellschaftlichen Ordnung, die die geistige und wirtschaftliche Entwicklung notwendig macht, durchführen [31]). Er kann diese Aufgabe aber nur erfüllen, wenn die Gesellschaft als solche im Staate vertreten ist.

c) Die Verbindung von Staat und Gesellschaft.

Da es ein außerhalb der Gesellschaft lebendes Individuum nicht gibt — denn jeder Mensch ist Glied der Gesellschaft —, ist Inhalt und Gegensatz des Staates die Gesellschaft. Der Einzelne steht in Verbindung zum Staate erst auf dem Wege über die Gesellschaft. Recht und Staatsverfassung sollen also nicht so sehr die Beziehungen der Einzelmenschen, son-

---

[27]) Vorschule S. 306.
[28]) Naturlehre. In: D.V. Jahrg. 1869, Bd. I, S. 32.
[29]) Naturlehre, in: D.V. Jahrg. 1869, Bd. I, S. 34.
[30]) Schellings positive Philosophie Bd. I, S. 241.
[31]) Der Föderalismus, S. 56.

dern in erster Linie der gesellschaftlichen Verbindungen untereinander und zum Staate regulieren.

Die erste Aufgabe, die der Staat der Gesellschaft gegenüber hat, ist, durch das Recht die Beziehungen der Menschen untereinander zu ordnen. Es ist dies eine Aufgabe, „die durch alle Zeiten und Völker hindurchgeht“ [32]). Diese Aufgabe erkannte auch die naturrechtliche Staatstheorie dem Staate zu. Aber sie hat — nach Frantz — durch ihren abstrakten, individualistischen Rechtsbegriff den Staat zum reinen Rechtsstaat, zur leeren Form erniedrigt. Für Frantz aber ist das Recht — hier folgt er wieder den Wegen des deutschen Idealismus — nicht das Recht des einzelnen Menschen gegenüber der Gesamtheit, sondern das Recht der Menschheit. Aber auch wieder nicht der einen Menschheit: es ist nicht voraussetzungslos mit der Menschheit entstanden, sondern beruht auf den natürlichen und geschichtlichen Gemeinschaften und Verbindungen als Grundlage. Es gibt daher kein allgemeines, inhaltlich gleiches Menschenrecht. Denn immer muß das Recht, will es wirklich, d. h. wirkend sein, sich dem jeweils durch Geschichte und Natur verschiedenen Charakter der einzelnen Völker, Staaten, Stämme anpassen.

In seinen Grundlagen ist so das Recht jeweils verschieden, nicht aber in seinem Ziel: es soll die zwischenmenschlichen Beziehungen ordnen im Hinblick auf das jedem Menschen eingeborene ethische Sollen. Es hat die doppelte Aufgabe, zu binden und zugleich zu lösen. Es ist das Mittlere zwischen dem natürlichen Müssen und dem ethischen Sollen des Menschen. Indem es die Gesellschaft aus dem Zustand des „bellum omnium contra omnes“ in den „status civilis“ führt, verschafft es den Menschen eine „Sphäre ihrer Freiheit“ [33]). Je bestimmter und sicherer die Gesetze wirken, je autoritativere Geltung sie haben, desto größer ist die Freiheit, die sie der gesellschaftlichen Entwicklung gewähren. Der Mensch hat sich zwar den Gesetzen zu unterwerfen, aber ihre bewußte, freiwillige Anerkennung befreit ihn von dem reinen Müssen. Er soll sich freiwillig unter das Gesetz stellen, sich damit frei machen von seinem an sich äußeren Zwang.

Vom Staate aus gesehen ist die Aufgabe der Rechtssetzung und Rechtsprechung die ideale Aufgabe, die über den Staat hinausreicht, mit dem Staatszweck nichts gemein hat. Da der Staat an sich ein materiales Sein und einen realen Zweck hat, da er nicht auf bloßer Rechts- und Verfassungsreform, sondern auf Macht beruht, muß sein Schwerpunkt nicht in der Gesetzgebung, sondern in der Regierung liegen.

Gesetzgebung und Regierung sind zwei sich widersprechende, einander entgegengesetzte Staatstätigkeiten. Sie werden, solange Staat notwendig ist, einander feindlich entgegenstehen. Dieser Gegensatz kann völlig

[32]) Vorschule, S. 171.
[33]) Untergang S. 76, Vorschule S. 182.

überbrückt werden nur in der Idee, praktisch also nur annähernd. Der Weg hierzu führt über die stufenweise immer ingere Verbindung der Gesellschaft mit dem Staat, die ausgehen muß sowohl von der Gesellschaft wie vom Staat. Aufgabe der Gesellschaft ist es, sich zu konföderieren, sich zur Bundschaft zu entwickeln, sich in den Staat hineinzuintegrieren. Vom Staate fordert Frantz, daß er seine ethische Aufgabe gegenüber Volk und Gesellschaft erkenne und erfülle [34]). Beides, Föderation der Gesellschaft und Versittlichung des Staates, bedingt sich wechselseitig, ist im Grunde nur ein Lebensvorgang: die fortschreitende Selbst- und Gemeinschaftsbewußtwerdung des Menschen. Diese Entwicklung geht innerlich aus von wenigen führenden Menschen, die die Notwendigkeit und den Weg dieser Entwicklung erkennen. Sie wird äußerlich herbeigeführt durch den Staat, der allein die Möglichkeit hat, durch bindendes Gesetz die Gemeinschaft auf diesem Wege mitzuführen [35]).

Die Aufgabe des Staates gegenüber der Gesellschaft beschränkt sich nicht darauf, nur durch Recht und Gesetz das Leben der Gemeinschaft zu ordnen. Denn das Recht wird, einmal gesetzt, trotz seines mehr als formalen Gehalts, zur rein formalen und statischen Bindung. Um aber eine organische Entwicklung der Staatsgesellschaft zu gewährleisten, genügt das vom Staat, von oben zwar nicht gegebene, aber doch garantierte Recht nicht. Es muß sich vielmehr ständig von unten, von der Gesellschaft her, nach ihrem Zustand und Wollen erneuern. Daraus folgt, daß die Gesellschaft in all ihren Gliederungen im Staate Ausdruck finden muß. Ihr diesen Ausdruck und Einfluß zu geben ist ein Parlament nicht in der Lage. Denn der Parlamentarismus beruht vor allem auf der falschen Anschauung, daß der einzelne als losgelöstes Individuum durch das Parlament seinem Willen Ausdruck geben könne [36]). Frantz' Hauptargument gegen den Parlamentarismus ist aber die ihm Grunde liegende Theorie der Willensübertragung. Der Wille ist das Ureigenste des Menschen, dessen er sich nicht entäußern, kann, wenn er sich nicht seines Menschentums selbst begeben will.

---

[34]) Er darf dabei aber weder innen- noch außenpolitisch seinen Machtanspruch aufgeben. Der oben (S. 25 f.) aufgezeigten Doppelheit von Sittlichkeit und Macht im Staate hat Frantz in seinen Vorschlägen zur Verfassungsfrage nicht völlig gerecht zu werden vermocht.

[35]) Frantz hat diesen Gedanken nicht zu Ende gedacht; schließt man die von ihm begonnene Gedankenkette, so stößt man auf das Führerprinzip.

[36]) Mit dem Parlamentarismus hat sich Frantz — neben vielen verstreuten Aeußerungen — vor allem im Föderalismus S. 109 ff. auseinandergesetzt. Mit großem Tiefblick hat er schon alle Schäden des parlamentarischen Systems, die erst in den letzten Jahren vor aller Augen getreten sind, erkannt, mit einer Flut von Spott und Hohn hat er den Parlamentarismus überschüttet. Neben den Parteien war der Parlamentarismus die von ihm am meisten gehaßte und am schärfsten bekämpfte Institution seiner Zeit.

Wie entsteht aber gemeinsamer Wille, der doch Voraussetzung eines volks- und gesellschaftsverbundenen Staates ist? Von einem Führertum im heutigen Sinne, das, vom innersten Vertrauen des Volkes getragen, den Volkswillen verkörpert, hat Frantz noch keine Vorstellung. Er denkt noch zu idealistisch-rationalistisch, um den Führergedanken erfassen zu können. Er erkennt nicht, daß reale Föderation auch eines realen Konzentrationspunktes bedarf, daß die föderative Ordnung von Staat und Gesellschaft sich nicht nach einer reinen Idee ausrichten kann.

Ein gemeinsamer Wille kann — so sagt Frantz — nur durch das Zusammenleben der Menschen, infolge ihrer Verbindung durch gemeinsame Interessen entstehen [37]). Nur dieser gemeinsame Wille kann vertreten werden. Vertretungsfähig sind solche Gemeinschaften, „in welchen durch den persönlichen Verkehr der Glieder, durch die Gemeinschaft der Sitten und Gewohnheiten, wie andererseits der Bedürfnisse und Interessen, sich wirklich auch ein gemeinsames Wollen und Streben erzeugt. Mit einem Worte: Vertretungsfähig sind nur organisierte Körperschaften“ [38]). Als solche organisierte Körperschaften haben wir schon Berufsstände und Korporationen einerseits, Gemeinden und Kreise andererseits kennengelernt. Aus diesen Körperschaften sollen Vertreter in zwei Kammern, eine berufsständische und eine Regionalkammer, delegiert werden [39]). Die Delegierten haben die erste Aufgabe, die Interessen ihrer besondern Körperschaft zu vertreten. Durch die Betonung der Sonderinteressen von Korporationen und Landschaften soll ein Gegengewicht gegen den — an sich notwendigen — Zentralismus der Regierung geschaffen werden, Repräsentation soll dazu dienen, „die Selbständigkeit der einzelnen Glieder zu wahren“ [40]).

Die berufsständische Kammer soll hauptsächlich die sozialen und wirtschaftlichen Probleme in Angriff nehmen, während die Regionalkammer vornehmlich die Interessen der einzelnen Landschaften, Kreise usw. zu vertreten hat. Die Interessen der Gesamtheit, des Staates an sich zu wahren, ist allein Sache der Regierung.

Die Regionalkammer setzt sich zusammen aus den Delegierten der untergeordneten Kammern [41]). Die allgemeine Kammer — Frantz nennt sie auch den Reichstag — entsteht durch Zusammentritt der Vertreter der Landtage, dieser gründet sich auf die Provinzialkammern, und so hinab bis zu den Gemeindevertretungen, sodaß der einzelne und die untersten Gliederungen erst auf dem Wege über die stufenförmig aufeinander aufbauenden Zwischengliederungen Anteil am Staate haben. Damit wirklich

[37]) Naturlehre in: D.V. Jahrg. 1869, Bd. II, S. 86.
[38]) Der Föderalismus S. 118.
[39]) Frantz hat diese Forderungen vor allem im Föderalismus S. 125 ff. niedergelegt.
[40]) Naturlehre in: D.V. Jahrg. 1869, Bd. II, S. 130 f.
[41]) Der Föderalismus S. 130 f.

sachverständige Vertreter in die Kammern, vor allem in die höheren, in Land- und Reichstag kommen, muß jeder Delegierte zunächst die untersten Kammern durchlaufen haben.

In den Händen der Zwischengliederungen, der Gemeinde-, Kreis- und Provinzialkammern, liegt die Verwaltung. Sie muß dezentralisiert sein, nicht nur, damit die Bürger durch Selbstverwaltung in lebendige Verbindung zum Staate treten, nicht nur, damit der Besonderheit der einzelnen Landschaften und Stämme Rechnung getragen werden kann, sondern auch um des Staates, der Regierung selbst willen: damit sie sich umso ausschließlicher der eigentlichen Staatstätigkeit widmen kann. Die Aufgabe der Regierung wünscht Frantz ihrem Inhalt nach zu begrenzen auf die Bestimmung der politischen Richtlinien und der Verwaltungsgründsätze. (Außenpolitik ist allein Sache der Regierung. Denn der eigentliche, nur den Staat an sich angehende Staatszweck ist wesentlich außenpolitischer Natur.) Gerade durch die inhaltliche Beschränkung der Regierungstätigkeit will Frantz die Konzentration der Regierung auf ihre eigentliche Aufgabe, ihre unbedingt autoritäre Stellung gewahrt wissen. Starke Konzentration der Regierung und Dezentralisation der Verwaltung: hierin sieht er die beste Gewähr für einen gesellschafts- und volksverbundenen Staat, die ideale Mitte zwischen schwächender Dezentralisation und alles individuelle Leben abtötendem Zentralismus.

In der Beteiligung des einzelnen an der örtlichen und berufständischen Verwaltung liegt seine politische Freiheit. Sie ist keine Freiheit v o n, sondern eine Freiheit z u etwas. Folgerichtig fordert Frantz nicht nur das R e c h t staatsbürgerlicher politischer Betätigung, sondern er kommt zu der Forderung, daß sie P f l i c h t jedes einzelnen sein müsse[42]).

Durch Kammern und Selbstverwaltung wird die lebendige Verbindung von Staat und Gesellschaft von unten her, durch die Gesellschaft erreicht. Sie muß aber ebenso von oben her, von den konservativen Kräften des Staates gesucht werden. So kommt Frantz aus konservativem wie aus sozialem Empfinden zur Forderung der s o z i a l e n M o n a r c h i e[43]). Aus konservativer Anschauung: er sieht das Amt der Monarchie bedroht. Im konstitutionellem System wird die Monarchie mehr und mehr zur leeren Form, mehr und mehr in den Hinterdrund gedrängt und vom Volke isoliert. Ja, sie steht in Gefahr, völlig unterzugehen. Sie kann sich aber nur erhalten, wenn sie sich eine neue positive Aufgabe stellt, sich einen neuen Inhalt gibt. Ebenso wie im Mittelalter das Kaisertum Spitze der gesellschaftlich-ständischen und der territorial-politischen Ordnung zugleich war, so würde das Königtum auch heute, wenn es die soziale Frage in Angriff nähme, wirklich „an der Spitze des Staates stehen, weil es der Träger der sozialen Ordnung wäre“[44]). In erster Linie ist es diese Erinnerung an

[42]) Vorschule S. 307.
[43]) Vgl. Friedrich Schinkel: „Preußischer Sozialismus“ Breslau 1933. S. 99 f.

die Einheit von politischem und gesellschaftlichem Amt des mittelalterlichen Kaisers, die ihn zu dieser Forderung führt: er will diese Einheit wiederherstellen. Mit dem derzeitigen Landesfürstentum und mit dem preußisch-deutschen Kaisertum verknüpfen ihn keine Bande der Tradition oder konservativer Ehrfurcht. Das 1871 geschaffene preußisch-deutsche Kaisertum will er beseitigt sehen; das Landesfürstentum will er zwar erhalten wissen, aber weniger aus konservativer als vielmehr aus antirevolutionärer Gesinnung. Er sieht in ihm die geschichtlich gegebene Spitze des Staates, die nicht ohne zwingenden Grund beseitigt werden soll. Es kann aber seine Lebensberechtigung weder aus der Tradition noch aus einem charismatischen Auftrag herleiten, sondern nur durch Taten beweisen und erhalten.

Mehr aber als seine konservative Auffassung führt Frantz seine soziale Schau und sein soziales Bewußtsein zu der Forderung der sozialen Monarchie. Er sieht die Ursache der immer bedrohlicher werdenden Mängel und Schäden im Sozialleben darin, daß nicht nur eine soziale Organisation fehlt, sondern daß auch das herrschende konstitutionelle System nicht die Möglichkeit bietet, eine solche Organisation zu schaffen. Sie kann nur in Angriff genommen und erhalten werden von oben her, vom Staate her. Es bedarf dazu „eines festen Stützpunktes, einer Macht, die außerhalb der streitenden Interessen steht, und so hoch gestellt ist, daß sie das ganze Kampffeld übersieht“ [45]). Eine solche Macht sieht Frantz in der Monarchie, vor allem im Landesfürstentum.

Mit dem Gedanken der sozialen Monarchie ist die Verbindung von Konservatismus und Sozialismus hergestellt. Eines Konservatismus, der zurückgeht auf die große Zeit des deutschen Mittelalters; der aber nicht rückwärts schaut, sondern ewige Ordnungen mit neuem Inhalt erfüllen will; und eines Sozialismus, der nicht das „zum Selbstzweck erhobene Ideal der Massen, sondern ... das selbstverständliche Postulat philosophisch-politischen Denkens ist“ [46]). Der Gedanke der Monarchie als Staat und Gesellschaft verbindende Spitze deutet schon auf den Reichsgedanken hin.

Frantz hat all seine Forderungen zur Verfassungspolitik nicht in letzte konkrete Form gebracht. Vor der deutschen Einigung war ihm die Frage der inneren Verfassung der Staaten unwesentlich gegenüber der Frage wie eine Verbindung der deutschen Staaten möglich sei. So behandelt er die Verfassungsfragen wesentlich theoretisch und fast nur in seinen systematisch-theoretischen Schriften, der „Vorschule“ und der „Naturlehre des

[44]) Der Föderalismus S. 146.

[45]) Untergang S. 94. Der „Untergang“ erschien ein Jahr vor dem Beginn der sozialen Gesetzgebung durch Bismarck und Wilhelm I. Ueber die soziale Aufgabe der Monarchie hatte Bismarck ähnliche Gedanken wie Frantz. Vgl. Bismarcks Reichstagsrede vom 9. I. 1882, in: „Bismarck, Deutscher Staat“, (Sammlung: Der Deutsche Staatsgedanke) S. 401 ff.

[46]) Friedrich Schinkel: „Preußischer Sozialismus“ S. 100.

Staates". Nach der Reichsgründung gilt sein Kampf vor allem der „zentralistischen Bismarckschen Verfassung. Aber auch hier bleibt er dabei stehen, allgemeine Richtlinien aufzustellen. Er mag letztlich doch wohl erkannt haben, daß eine Aenderung der Reichsverfassung erst in fernerer Zukunft möglich sei.

Aber Frantz stellte auch mit vollem Bewußtsein kein ausgearbeitetes Verfassungsschema auf. Kämpfte er doch sein ganzes Leben lang gegen politischen und sozialen Schematismus! Sieht er doch gerade in der schematischen Behandlung der politischen und sozialen Probleme die Ursache dafür, daß sie noch keine zureichende Lösung fanden. Es widerspricht seinem ganzen Streben, aus rein theoretischen Erwägungen praktisch-politische Konsequenzen zu ziehen oder zu fordern. „Schematisieren und konstruieren widerspricht der föderativen Idee durchaus, weil sie eine f r e i e Synthesis anstrebt, welche durch kein Verfassungsschema erreicht wird.. Das föderative Prinzip.. ist nichts anderes als ein Entwicklungsprinzip, es ist regulativ, aber nichts konstitutiv...." [47]).

Die konstitutiven Elemente sind die Gegebenheiten des historisch gewordenen Staates, der Gesellschaft in ihren immer wechselnden Strebungen und Wollungen, schließlich des Raumes. Die Aufgabe, diese verschiedenen, in stetiger Veränderung begriffenen Gegebenheiten in rechten Einklang zu bringen, kann nicht theoretisch, nie endgültig, nie ideal gelöst werden. Es gibt daher keine allgemeingültige Idealverfassung, keinen Idealstaat. (Auch das Problem Monarchie-Republik ist für Frantz nicht von grundsätzlicher Bedeutung.) Jeder Staat, jedes Volk muß sich seine ideale Form selbst suchen. Vor allem kann das rechte Verhältnis zwischen individueller bzw. gesellschaftlicher Freiheit und staatlichem Zwang immer nur individuell und praktisch hergestellt werden. Die Ordnung von Staat und Gesellschaft kann ideal nur in dem Sinn sein, daß sie die Möglichkeit einer ständigen organischen Anpassung an die realen Erfordernisse in sich enthält.

3. Staat und Nation.

Liest man Frantz' Aeußerungen über Staat und Nation in seinen theoretischen Schriften, etwa in der „Vorschule" oder in der „Naturlehre" [48]); so kann man den Eindruck gewinnen, daß er nur ein sehr loses Verhältnis zur Nation gehabt habe, daß von einem lebendigen Nationalbewußtsein bei ihm nicht die Rede sein könne. Von allen Gegebenheiten, die Grundlage politischer Ordnungen sind, scheint er die Nation am geringsten einzuschätzen.

Entstehung und Wesen der Nation sind ihm in erster Linie geschichtlich bedingt. Ihre Entstehung erklärt Frantz mit Hilfe des Mythos vom Turmbau

[47]) Kritik aller Parteien S. 261.
[48]) Vorschule S. 77—98, Naturlehre 1870, S. 139—146.

zu Babel: die Völker entstanden „durch eine Krisis in dem religiösen Bewußtsein, wodurch die vordem einheitliche Menschheit sich zerspaltete“ [49]). Nationale Eigenart sieht er also in erster Linie als geschichtlich gewordene Besonderung innerhalb des Rahmens der gesamten Menschheit. Wie er in der kausalen Erklärung der Nationen zurückgeht auf die Menschheit, so betrachtet er auch ihren Sinn und ihre Aufgabe vom universalen Gesichtspunkt aus: er bewertet sie nach der Stellung, „die jede Nation im großen Ganzen der Menschheit einnimmt, und was demnach ihre Bestimmung in diesem Ganzen sein wird“ [50]).

Unter den geschichtlichen Gebilden sind die Nationen „vergleichsweise die dauerhaftesten. Staaten können vollständig untergehen, indessen die Nationalität ihrer Bevölkerung noch lange fortlebt und möglicherweise sogar neue Blüten treibt“ [51]). „Ruht nun überhaupt die Gegenwart immer auf dem Niederschlag der geschichtlichen Vergangenheit“ — so fährt Frantz hier fort — „so enthält eben die Nationalkraft gewissermaßen die geistige Essenz dieses geschichtlichen Niederschlages“. Und an anderer Stelle sagt er: „Ist es doch gerade die Verkettung der Geschlechter, welche eine Nation bildet, und wo liegt die Substanz einer Nation, wenn nicht in ihrer Geschichte?“ [52]). Ist so auch die Nation ein stark konservatives Element, so ist es ihr doch auch gerade wegen ihres geschichtlichen Charakters eigen, daß sie ständig dynamisch bewegt, in stetiger Veränderung begriffen ist. Sie nimmt fremde geistige Einflüsse, rassisch fremde Glieder in sich auf, integriert sie sich ein. Ihr eigentliches Leben besteht in dieser ständigen Umbildung und Neugestaltung. Dennoch bleibt sie in stetigem Wandel doch immer sie selbst. Gerade wie im Verlauf von mehreren Jahren die gesamte physische Substanz des Menschen sich ändert, wie auch seine geistig-seelische Eigenart sich oft völlig verwandelt, das eigentlich individuelle Wesen des Menschen sich aber erhält von der Geburt bis zum Tode, so ist auch die Nation im letzten immer sich gleichbleibend.

Die biologischen Grundlagen des Volkes spielen bei Frantz eine sehr geringe Rolle. Zwar spricht er nach dem Schema des 19. Jahrhunderts von einer romanischen, einer germanischen und einer slawischen Rasse, deren Abgrenzung und Eigenarten sich trotz ihrer geschichtlichen Zerreißung in Staaten und Völker erhalten hätten. Ja, er kommt sogar zu der Forderung einer germanischen Allianz“; er begründet sie zwar auch mit politischen Erwägungen, in erster Linie aber doch mit der rassisch bedingten Gemeinsamkeit des Germanentums [53]). Aber diese Forderung — die Frantz auch später wieder fallen läßt — mutet eigenartig fremd an innerhalb seiner

[49]) Untergang S. 146.
[50]) Untergang S. 147.
[51]) Der Föderalismus S. 192.
[52]) Untersuchungen S. 192.
[53]) Quid faciamus nos? S. 80 ff.

politischen Gedankenwelt. Einmal wegen ihres ideologischen Charakters: bestanden doch zwischen Deutschland und den skandinavischen Ländern nur geringe oder gar keine gemeinsamen Interessen und noch weniger gegenseitige Sympathien. Dann auch wegen ihrer rationalistisch-mechanistischen Begründung durch die Rasse. Verwirft Frantz das Nationalstaatsprinzip als „rationalistisch" und „mechanistisch" [54]), so muß es ihm doch eine Staatenverbindung auf rassischer Grundlage noch mehr sein.

Vor allem aber steht der Gedanke einer germanischen Allianz im Widerspruch mit seinen Ideen über das Verhältnis von Staat, Nation und Rasse überhaupt. Nicht auf rassischer oder nationaler Gemeinsamkeit beruht der Staat in seinem Anfangszustand, sondern im Gegenteil gerade auf Rassenmischung oder auf Mischung der Nationalitäten [55]). Erst durch das gemeinsame Zusammenleben im Staat entsteht nationale Gemeinschaft, die neben der herrschenden Kraft des Staates dann allerdings als „mächige Bindekraft" wirkt [56]). Die Bedeutung der Nationen für die Entwicklung der Staaten sieht Frantz darin, daß sie „das Substrat und das Material der politischen Organisation darstellen" [57]). Die Homogenität der Nation bewirkt die Stetigkeit staatlicher Entwicklung. Infolge ihres geschichtlich-konservativen Charakters sind die Nationen „auf das innere Gefüge und die Haltbarkeit (sc. der Staaten) von unabwendbarem Einfluß", daher „für die Politik zwar nicht von entscheidender, aber doch sehr erheblicher Bedeutung" [58]). Das Verhältnis zwischen der Entwicklung des Staates und der Nation ist wechselseitig. Wo sich innerhalb einer Nationalität ein Staatswesen bildet, wird diese Nationalität den Charakter des Staates bestimmen, wie umgekehrt durch den Staat der Nationalcharakter umgeformt wird. Die Stärke dieser wechselseitigen Einwirkung richtet sich nach dem Charakter des Staates bzw. der Nation. In Preußen hat erst der Staat einen Nationalgeist geschaffen; die romanischen Nationen dagegen besitzen schon an sich in starkem Maße die Fähigkeit zur Form, zur Entwicklung der Staatsform aus sich selbst heraus. Die romanischen Staaten sind daher mehr als die germanischen Produkt des Nationalgeistes.

Nationale Einheit des Staatsvolkes erleichtert die Regierungsaufgabe insofern, als sie ein Gegengewicht gegen die staatliche Zwangsgewalt, gegen den staatlichen Zentralismus bildet. An die Nation „knüpft" ... das Denken und Fühlen der Volksgenossen an, und erhält dadurch eine gewisse Fär-

---

[54]) Wiederherstellung S. 39.

[55]) Untersuchungen S. 319. An anderer Stelle verweist Frantz auf das Beispiel des englischen Staates, der entstand durch Eroberung des Landes durch die Normannen und durch die Herrschaft dieser über die Angelsachsen. Auch Preußen ist entstanden aus der Mischung von slawischer und germanischer Bevölkerung.

[56]) Vorschule S. 88.

[57]) Vorschule S. 89.

[58]) Vorschule S. 88.

bung und Richtung. Unbestreitbar auch, daß das Nationalbewußtsein den Leuten eine gewisse Haltung gibt, und insofern selbst nicht ohne ethischen Wert ist. Vor allem fühlen die Leute sich frei, wenn sie sich ihrer Nationalität gemäß benehmen, in die sie hineingeboren sind ... Darum wirkt die Nationalität nicht wie ein äußeres Zwangsgesetz über sie, ... es ist die natürliche Freiheit" [59]).

Welches ist die Ursache dieser kühlen Haltung zur Nation, die sich, obwohl Frantz hier den Wert des Nationalbewußtseins anerkennt, doch deutlich in den obigen Sätzen ausdrückt? Frantz erkennt und zeigt wohl die Verbindungen, die wechselseitigen Einflüsse von Staat und Nation, aber er betont doch immer wieder das grundsätzlich Verschiedene als das eigentlich entscheidende. Wie kommt Frantz zu dieser Trennung, die er gerade in seiner Auffassung von Staat und Gesellschaft entscheidend überwunden hat?

Frantz lebte und schrieb zu einer Zeit, da der Nationalstaatsgedanke ganz Europa in Unruhe versetzte. Es ist die Zeit des Risorgimento, der deutschen Einigung, die Zeit, da das französische Prestigebedürfnis ganz Europa und vor allem Deutschland bedrohte, da in Polen die Trümmer nationalistischer Erhebung und blutiger Unterdrückung schwelten. So enthüllt sich sein „Antinationalismus" [60]) als Kampf gegen den Nationalstaatsgedanken. Wie ist, so fragt er, eine Befriedung Europas möglich, wenn der Nationalstaatsgedanke sich weiter ausbreitet und verstärkt? Zerstört er doch alles gewordene Recht, droht er doch alle geschichtlich gewordenen Staaten, vor allem Oesterreich und Preußen, zu zerreißen! Frantz sieht schon alle Verwirrungen und Erschütterungen, die eine nationalstaatliche Politik zur Folge haben mußte, deutlich vor Augen: die Zersplitterung Mitteleuropas und des Balkans, den Imperialismus als Mittel zur Verherrlichung der Nation, vor allem aber die Bedrohung des deutschen Nationalgeistes und Nationalbestandes. Gerade aus seinem lebendigen deutschen Nationalgefühl heraus bekämpft Frantz den Nationalstaatsgedanken. Aber sein Nationalbewußtsein ist zu eigentümlich universal deutsch, um in dieser Zeit verstanden zu werden, da das stark auflodernde, allerdings auch rationalistisch aufgepeitschte, schon in der Veräußerlichung begriffenen Nationalgefühl das Nationale ausschließlich im Staat als seiner einzigen Ausdrucksform verwirklicht sehen wollte. Das Bewußtsein, Deutscher zu sein und von diesem deutschen Standpunkt aus Kritik zu üben, war Frantz selbstverständlich. Freilich ist solche unbetonte Selbstverständlichkeit immer

[59]) Föderalismus S. 340 f.

[60]) L. Martin hat Frantz' Nationaldenken völlig mißverstanden: sie erkennt nicht, daß seine abwehrende Haltung der Nation gegenüber im Grunde nur dem Nationalstaatsgedanken gilt. Daher bezeichnet sie ihn als „Antinationalisten", dem es nicht gelungen sei, seinen Universalismus mit Nationalismus zu verbinden (Diss. S. 47); sein deutsches Nationalbewußtsein, das doch hinter all seinen deutschen Forderungen zu spüren ist, scheint ihr seinem „Antinationalismus" zu widersprechen. (S. 103).

dann in Gefahr, als antinational ausgelegt zu werden, wenn dasselbe selbstverständlich ruhige Nationalgefühl noch nicht das ganze Volk beherrscht, wenn das Nationale noch nicht fester Allgemeinbesitz geworden ist oder noch bedroht ist.

Der Weg zu einem gleichzeitig übernationalen Nationalismus mußte führen über den jugendlichen Prozeß der Individualisierung der Nationen, ihrer negativen Abgrenzung und Verherrlichung. Er ist auch heute noch nicht zu Ende gegangen worden. Aber wir haben uns aufgemacht, ihn zu suchen. Er führt über die Intensivierung des Volkstums gegenüber dem extensiven nationalen Imperialismus des 19. Jahrhunderts und über die Ueberwindung des demokratisch-egalitären Nationalismus.

Zu diesen beiden Forderungen kommt auch Frantz.

Durch den nationalen Demokratismus sieht er gerade die deutsche Eigenart bedroht. Besteht doch das eigentliche Wesen deutschen Volkstums in einer solchen Mannigfaltigkeit und widerspruchsvollen Fülle, die in einem demokratischen Einheitsstaat keinen Ausdruck finden könnte. Der Nationalstaatsgedanke erscheint Frantz daher als im tiefsten Sinne undeutsch; er läßt die Vielheit deutschen Wesens nicht zum Ausdruck kommen. Frantz liegt die Eigenart der deutschen Stämme und Landschaften besonders am Herzen. Deutsches Volk ist ihm vielstimmige Harmonie, die Einheit in der Mannigfaltigkeit.

Es kann der einzelne auch nicht verwurzelt sein im deutschen Volkstum, wenn er nicht in seiner Familie, in seinem Stamm, in seiner Landschaft verwurzelt ist. Echtes völkisches Bewußtsein kann nur dann entstehen, wenn der einzelne sich als Glied seiner Gemeinschaft fühlt, die er wirklich kennt, innerhalb deren er lebt. Erst auf diesem Wege ist er auch Glied der Nation. Der demokratische Nationalismus dagegen führt zur Veräußerlichung, zur äußeren Betonung des Nationalen, zur Phrasenhaftigkeit; er kann aber keine geistige Kraft entwickeln. Diese Situation sah Frantz vor sich: den völligen Mangel an eigener Form, sowohl im Politischen wie auch im Geistigen und Künstlerischen; das beziehungslose Nebeneinander von leerem nationalistischem Machtstreben und lebensunwirklicher, im luftleeren Raum schwebender Geistigkeit ohne Verwurzelung im Völkischen.

Aber auch Sein und Bewußtsein des einzelnen ist nicht allein Kriterium seiner Volkszugehörigkeit. Nur der ist „Volksgenosse“ [61]), d. h. berechtigt zur Teilnahme an den geistigen und materiellen Gütern der Nation, der seine Aufgabe der Nation gegenüber erkennt und erfüllt, der teilhat an der Vermehrung nationalen Gutes. Hier ist einer der wenigen frühen Punkte, an dem Nationalismus und Sozialismus sich begegnen und verbinden.

---

[61]) Frantz gebraucht den Begriff „Volksgenosse“ schon zu wiederholten Malen.

Mit diesem Gedanken sagt Frantz aber noch nichts aus über das positive Verhältnis von Staat und Nation, das er erstrebt. Die nationalstaatliche Lösung erscheint ihm auch aus außenpolitischen Gründen für Deutschland nicht gangbar. Denn es ist nicht möglich, das gesamte Deutschtum in einer politisch einheitlichen Form zusammenzufassen, ohne Teile fremder Volkstümer miteinzubeziehen. Die deutschen Staatsgrenzen, wo man sie auch immer künstlich setzen mag, werden immer entweder eigenes oder fremdes Volkstum zerreißen. Aber Frantz bejaht gerade dieses Nebeneinander von Staat und Nation. Es führt über den negativen Nationalindividualismus, der nur die eigene Nation kennt und ihr unter Mißachtung der fremden Nationalitäten äußere Weltgeltung zu schaffen sucht, nicht nur zu einem positiven Nationalismus, der die Eigenart und das Lebensrecht der übrigen Nationen ebenso anerkennt wie das der eigenen Nation [62]). sondern noch darüber hinaus zu der Notwendigkeit, eine Ordnung zu suchen, in der nationale Einheit zugleich mit einer höheren Ordnung verwirklicht ist, in der eigenes mit fremden Volkstum in föderative Verbindung tritt. Mit dieser übernationalen föderativen Verbindung will Frantz die Brücke von der Nation zur Menschheit schlagen. Denn die Menschheit — Frantz's höchstes Ziel — kann nicht kosmopolitisch verwirklicht werden, nicht durch Zerstörung der Staatsgrenzen und nationalen Besonderheiten, sondern erst über ihnen, sie miteinbeziehend. Es scheint ihm durch das Nebeneinanderbestehen des politisch-staatlichen Prinzips und des Nationalprinzips „am besten für die Menschheit gesorgt zu sein". Denn durch die über die Staatsgrenzen hinausführende „Verflechtung der Nationalitäten" wird „der denselben innewohnende Geist der Ausschließlichkeit gebrochen, der Völkerverkehr belebt und die Idee eines allgemeinen Weltbürgerrechts begründet" [63]).

Was vielen als deutsche Not erscheint: daß Deutschland seine nationale Einheit nie völlig herstellen könne; das hält Frantz für die deutsche Tugend. Deutschland muß die Weltaufgabe, die ihm durch die Zerstreuung seines Volkstums über seine engeren Grenzen hinaus aufgegeben ist, in Angriff nehmen; es muß den Anstoß zu einer föderativen Ordnung Europas und der Welt geben.

Stellt man vom ganzheitlichen Standpunkt aus die Frage, ob Frantz mit seinen Forderungen zur Verbindung von Staat und Gesellschaft, von Staat und Volk ihre wirkliche Einheit, ihre wechselseitige Durchdringung

---

[62]) Als Beispiel dieses neuen Nationaldenkens seien hier die Worte Adolf Hitlers angeführt: „Indem wir in grenzenloser Liebe und Treue an unse em eigenen Volkstum hängen, respektieren wir die nationalen Rechte auch der anderen Völker aus dieser selben Gesinnung heraus und möchten aus tiefinnerstem Herzen mit ihnen in Frieden und Freundschaft leben. Wir kennen daher nicht den Begriff des Germanisierens." (Außenpolitische Reichstagsrede vom 17. Mai 1933).

[63]) Vorschule S. 98.

erzielen will, oder bei ihm Volk, Gesellschaft, Staat verschiedene Glieder, verschiedene Ausflüsse einer Ganzheit seien, so ist zunächst zu untersuchen, welches denn die reale Ganzheit (im Gegensatz zur erdachten, ideal zu erstrebenden Ganzheit, der Menschheit) sei, auf die die bisher betrachteten Ordnungen gliedhaft bezogen sind. Diese Frage kann zunächst nur nach ihrer negativen Seite beantwortet werden. Denn es ist deutlich geworden, daß sich bei Frantz Staat, Nation, Gesellschaft nie völlig decken, auch nicht zu völliger Deckung gebracht werden sollen; daß sie vielmehr nur ein System sich schneidender Kreise darstellen. Ihr gemeinsamer Mittelpunkt liegt außerhalb jeder einzelnen Ordnung wie außerhalb ihrer Verbindung.

1. Volk und Gesellschaft sind nicht allein auf den Staat hin bezogen. Sie empfangen ihr Leben nicht vom Staat; auch können und sollen sie sich nicht völlig in den Staat integrieren. Staat ist der Gesellschaft, dem Volke gegenüber Funktion, nicht aber sind Volk und Gesellschaft totaler und einziger Inhalt, totale und einzige Aufgabe des Staates.

2. Die Gesellschaft kann zwar nur in enger Verbindung mit dem Staat bestehen; aber sie reicht sowohl als geistig ausgerichtete Gemeinschaft wie auch räumlich über den Staat hinaus.

3. Volk, Nation, Rasse können und sollen nicht mit dem Staate in Deckung gebracht werden, die durch die göttliche Vorsehung gegebene Aufgabe der Nationen [64]) hat mit dem realen Staatszweck nichts gemein. Außerdem fallen Staatsgrenzen und Nationalgrenzen nie völlig zusammen.

Frantz sucht zwar dieses Nebeneinander weitgehend zu unterwinden; aber er glaubt, daß es unmöglich sei, es innerhalb dieser Ordnungen völlig zu beseitigen. Er begrüßt diese Unmöglichkeit: führt sie doch dazu, nach einer höheren Ordnung zu streben, in der Staat, Volk und Gesellschaft in ihrer Ganzheit, in ihrem ganzen eigenartigen Sein verbunden sind. Diese Ordnung kann nur über den einzelnen Völkern, Gesellschaftsgruppen, Staaten gefunden werden; denn sie soll sie doch alle in sich eingliedern, ohne die Glieder ihrer Eigenart zu berauben. Diese Ordnung sieht Frantz im Reich gegeben.

---

[64]) Vorschule S. 171.

III. Die Theorie der deutschen Frage.

Die Frage nach der deutschen Einigung gilt bei den meisten Zeitgenossen von Frantz nur dem rein innerpolitischen Problem, wie die nationalstaatliche Einheit Deutschlands verfassungsmäßig herzustellen sei, wie die deutschen Länder zu einem Nationalstaat zusammenzuschweißen seien. Ihre Fragestellung geht vor allem um den Gegensatz großdeutsch-kleindeutsch, um die Entscheidung zwischen Zentralismus und Partikularismus, zwischen Bundesstaat und Staatenbund.

Frantz stellt die Frage ganz anders. Er sieht in den vorherrschenden Forderungen zur deutschen Frage Gedankengänge, die nicht von den gegebenen Verhältnissen, nicht von der Ganzheit des Deutschtums ausgehen. Die Paulskirche wollte, indem sie zuerst eine Verfassung ausarbeitete, die deutsche Einigung mit Hilfe von Theorien und abstrakten Ideen verwirklichen. Die Oesterreicher gehen nicht von Deutschland, sondern von einem seiner Glieder, eben von Oesterreich aus. Sie wollen kein Großdeutschland, sondern ein Großösterreich [1]). Ebenso bezeichnet Frantz die Kleindeutschen als Großpreußen: sie wollen kein Deutschland, sondern ein Großpreußen [2]). Jede so gesuchte Lösung scheint Frantz abstrakt, einseitig, im besten Falle ein lahmes Kompromiß. Das Bismarcksche Reich erscheint ihm später als einseitig zentralistische großpreußische Lösung.

Frantz aber betont immer wieder, „daß der Kern der deutschen Frage nicht in einer konstitutionellen, sondern in einer föderativen Aufgabe liegt. Will sagen in der Aufgabe: alle die verschiedenen Bestandteile Deutschlands, die ein inneres Leben besitzen, doch andererseits zu einem lebendigen Zusammenwirken zu verbinden“ [3]). In unserer Sprache lautet das Problem: aus den Gliedern Deutschlands, unter Wahrung ihrer Gliedhaftigkeit und Besonderheit, eine Ganzheit zu schaffen. Nicht die deutsche Einheit will Frantz in erster Linie schaffen, sondern sein Ziel ist, die verschiedenen Glieder Deutschlands zum Zusammenwirken zu bringen [4]).

Doch ist dies nur eine Seite des Problems, die innenpolitische. Sie kann nicht abgetrennt von den anderen Seiten behandelt werden. Mehr als in jedem andern Problem konzentriert sich in der deutschen Frage eine unendliche Summe von Fragestellungen. Denn Deutschland soll nicht nur in sich gegliederte Ganzheit werden. Es soll außerdem Glied und — mehr als das — Ausgangs- und Mittelpunkt einer föderativen Weltordnung werden. Deutsche Gestaltung ist für Frantz gleichbedeutend mit föderativer Gestaltung. So betrachtet er die deutsche Frage nicht nur vom innenpolitischen, sondern auch vom außenpolitischen, besser vom univer-

[1]) Wiederherstellung S. 133.
[2]) Wiederherstellung S. 131.
[3]) Der Föderalismus S. 241.
[4]) Drei und dreißig Sätze vom deutschen Bund S. 9.

salpolitischen Standpunkt aus. Und nicht nur vom politischen, sondern ebenso auch vom wirtschaftlich-sozialen und ethisch-religiösen Gesichtspunkt aus. Der Standpunkt der Fragestellung ist jeweils verschieden, aber Ausgang und Ziel sind immer dieselben. Ausgang ist die gegebene Vielheit, die Polarität, Ziel die Ganzheit, die Föderation.

Es ist der Prüfstein der gesamten Anschauungen von Frantz, seiner Idee des Föderalismus, ob sich aus der Vielheit der Fragestellungen nicht nur theoretisch-abstrakt eine einheitliche Lösung ergibt, sondern ob auch die von ihm gestellten politischen Forderungen wirklich auf eine praktische Lösung hinzielen. Es ist die Frage zu beantworten, wie weit seine Forderungen zur deutschen Frage der Idee des Föderalismus entsprechen, wie weit sie andererseits zu verwirklichen sind oder wie weit ihre Verwirklichung möglich gewesen wäre. Man muß sich hierbei aber immer vor Augen halten, daß Frantz weit in die Zukunft hinein plant, weiter als es ihm oft selbst bewußt ist, daß er Forderungen ausspricht, deren Verwirklichung er in seiner Zeit für möglich hält, die zu lösen aber erst einer späteren Zukunft vorbehalten waren oder noch sind. Daher wirken viele seiner Forderungen wie Utopien; sie müssen ihres aktuellen Gewandes entkleidet werden und von unserer Gegenwart aus betrachtet werden, damit ihr zukunftweisender realer Gehalt offenbar werde. Es sind daher zwei Fragen zu stellen: wie weit seine Forderungen für seine Zeit aktuell waren, und wie weit sie Gültigkeit erst für heute oder gar für unsere Zukunft haben mögen.

Das Problem der deutschen Frage liegt in der Mitte, die einzelnen Fragestellungen sind Glieder dieses Problems. Um darzustellen, mit welchen Voraussetzungen Frantz an die realpolitische Lösung der deutschen Frage herantritt, können nur einige dieser Fragestellungen herausgegriffen werden.

Vom innerpolitischen oder vom innerdeutschen Standpunkt im engeren Sinne lautet die Frage, wie die gegebene Vielheit der deutschen Staaten und Stämme, die Vielheit und Gegensätzlichkeit deutschen Wesens überhaupt in rechten Einklang zu bringen sei. Schon hier zeigt sich die Doppelheit der Fragestellung, die auch eine Doppelheit der Lösung fordert: Vielheit und Einheit.

Ebenso umfassen die von anderen Standpunkten ausgehenden Fragestellungen das Problem in seiner Polarität. Das universal-politische Ziel ist, eine deutsche Ordnung zu schaffen, die national und international zugleich ist, eine deutsche Form zu finden, die zugleich Ausgangs- und Mittelpunkt einer europäischen Einheit werden kann.

Weder revolutionär noch konservativ soll diese Lösung sein. Sie soll die Geschichte und Tradition Deutschlands und des Abendlandes in sich aufnehmen und organisch weiterführen; ebenso sollen aber auch alle Ge-

gebenheiten und Erfordernisse der neuesten Entwicklung in sie eingebaut werden.

Die Antwort, die sich aus allen Fragen ergibt, lautet: Deutsche Föderation. Der Begriff der „deutschen Föderation" ist im Grunde tautologisch: denn deutsches Wesen ist föderativ, die deutsche politische Gestaltung kann nur in der Föderation bestehen [5]). Auch Bund und Reich sind nur Umschreibungen des Begriffes Föderation. Betrachtet Frantz die Ganzheit von ihren Gliedern aus, so nennt er das Ganze einen Bund; geht er vom Ganzen aus, so nennt er es Reich [6]). Gleichzeitig ist ihm das mittelalterliche Reich historisches Vorbild der deutschen Föderation, das Vorbild, an das die neue Ordnung anknüpfen muß. Daher soll mit der Darstellung des Frantzschen Reichsgedankens begonnen werden und zugleich die Frage der Verknüpfung von Tradition und neuzeitlicher Ordnung in den Frantzschen Gedankengängen untersucht werden.

1. Reichsgedanke und Gegenwart.

Man darf die Abhandlungen von Frantz über das mittelalterliche Reich nicht als Versuch objektiver Geschichtsschreibung werten. Frantz gibt bewußt eine politische, wertende Darstellung. Sein Ziel ist, das deutsche Volk zu universalpolitischem Denken, zum Reichsgedanken zu erziehen. Er will, daß das deutsche Volk sich wiederbesinne auf seine Geschichte. Der Gedanke der Volkssouveränität und der auf ihm beruhende Nationalstaatsgedanke habe zwar das deutsche Einheitsstreben gefördert, er verbaue aber andererseits durch seinen rationalistisch-ungeschichtlichen Charakter dem deutschen Volk den Weg zur Erkenntnis seiner Geschichte. Die vorherrschende Geschichtsschreibung sehe entweder das Reich als abgeschlossenen Staat an oder sie betrachte — wie die borussische oder österreichische Geschichtsschreibung — ein Glied des Reiches abgegrenzt vom Ganzen. Hiergegen stellt Frantz die Forderung auf, daß Grundlage einer deutschen Geschichtsschreibung die Erkenntnis des besonderen Charakters des Reiches, Grundlage preußischer oder österreichischer Geschichtsschreibung hingegen das Bewußtsein der Gliedhaftigkeit dieser Staaten sein müsse. Frantz steht mit dieser Auffassung gewiß nicht allein. Ein Arndt, ein Radowitz, ein Lagarde stießen in derselben Richtung vor. Aber es ist Frantz' Tragik, daß er seine Mitstreiter nicht kennt, — wie z. B. Lagarde — oder daß er sie, wenn sie in andern Punkten von ihm abweichen, für Gegner hält. So kommt es, daß er nur Feinde sieht, daß er glaubt, allein um ein wirklich deutsches Geschichtsbild zu kämpfen. In dieser Kampfstellung liegen viele Einseitigkeiten seiner geschichtlichen Anschauungen gegründet.

[5]) Drei und dreißig Sätze vom deutschen Bund S. 126.
[6]) Wiederherstellung S. 357.

Es geht Frantz auch nicht darum, die Wirklichkeiten und Inhalte des alten Reiches darzustellen. Er will in erster Linie seine Idee und Form erkennen. Es interessiert ihn vor allem sein föderativer Charakter, in dem er Vorbild föderativer Gestaltung überhaupt sieht, und seine universale, die ganze abendländische Welt umfassende Idee [7]). Er untersucht weniger die politische Wirklichkeit des Reiches an sich; sie findet seine Beachtung nur insoweit, als sie ihm realer Ausdruck dieser Idee zu sein scheint. Auch diese Absicht führt ihn zu einer einseitig idealisierenden Betrachtung. So erkennt er nicht, daß im Kaisertum schon zu seiner mittelalterlichen Blütezeit neben oder entgegen seiner Idee auch weitgehende machtpolitische Tendenzen bestimmend waren, die das Kaisertum seiner eigentlichen Aufgabe entfremdeten, daß also auch dieses machtpolitische Streben der Kaiser, und nicht allein das — dadurch auch mitbestimmte — Erlöschen des Gemeinschaftsbewußtseins der Glieder zum Untergang des Reiches führte.

Das Reich ist für Frantz zwar weltlich-zeitliche Ordnung, aber doch nur weltlicher, geschichtlicher Ausdruck einer eigentlich überpolitischen Idee: der Idee der abendländischen Christenheit [8]). Das Reich ist Organisationsform, das Kaisertum Beschirmer der Christenheit. Das Kaisertum hat die Aufgabe, nach innen Bewahrer des Reichs, seines Friedens und seiner gegliederten Ganzheit, nach außen Verteidiger und Mehrer des Reichs zu sein. Nur nach außen, den Feinden der Christenheit gegenüber, hat es eine machtpolitische Zielsetzung, nach innen aber Macht nur kraft seiner Idee, kraft der freien Anerkennung durch die Reichsglieder, die diese leisten in dem Bewußtsein, daß sie einer gemeinsamen Idee untergeordnet seien [9]).

Das Reich ist lebendige Verbindung verschiedener, in sich freier Glieder, das Kaisertum Spitze und Konzentrationspunkt föderativer Ganzheit [10]). Es ist Ganzheit verschiedener Glieder in doppelter Hinsicht. Einmal ist für Frantz die mittelalterliche Gesellschaftsordnung schon eine rohe föderative Ordnung: die Stände und Zünfte sind Föderationselemente des gesellschaftlichen Ganzen [11]).

Dann ist diese Gesellschaftsordnung durch das Lehnswesen unmittelbar mit der politisch-territorialen Gliederung verbunden. Der Kaiser ist als oberster Lehnsherr oberste Spitze zugleich der Gemeinschaft der Lehnslande wie der Stände. Hierdurch war das gesellschaftliche und das politische Element „so innig miteinander verbunden und ineinander übergehend, daß man im Einzelnen schwer sagen kann, ob man eine staat-

---

[7]) Der Föderalismus S. 163.
[8]) Naturlehre 1870 S. 383.
[9]) Naturlehre 1870 S. 400.
[10]) Wiederherstellung S. 356.
[11]) Untersuchungen S. 380 f.

liche oder gesellschaftliche Bildung vor sich hat". Damit war das Reich mehr als ein Staat, „so daß der Staat " — neben der Gesellschaft — „nur als ein Element innerhalb des Reichs erschien, und niemals das Ganze beherrschen konnte. Eben darin lag auch die Möglichkeit einer so freien und großartigen Entwicklung der gesellschaftlichen Kräfte" [12]). Diese Verbindung bewirkte, daß durch die gemeinsame Spitze und durch die alle Bildungen durchdringende Idee weder ein Gegeneinander noch ein beziehungsloses Nebeneinander von Staat und Gesellschaft bestand, sondern daß beide Ausflüsse einer Ganzheit waren, aus der sie ihren Sinn und ihre besondere Aufgabe erhielten.

Auch die politische Macht des Reiches, vor allem das Expansions- und Kolonisationsstreben, beruht auf der Tatsache, daß seine politischen Glieder, die Lehnsländer und Stämme, durch ihre innere Verbundenheit die Möglichkeit hatten, ihre Kräfte nach außen zu aktivieren. Die deutsche Ostkolonisation z. B. ist, wenn auch äußerlich-politisch das Werk der östlichen Marken, dennoch eigentlich getragen und ermöglicht erst durch das Reich [13]).

Das Kaisertum war zugleich nationales und internationales, universales Amt. National, da das deutsche Volk sein Träger war, universal in seiner Bestimmung. „Das Kaisertum der Deutschen sollte kein potenziertes Deutschtum sein, und nicht sowohl ein nationales als vielmehr ein internationales Amt, für das ganze Völkersystem der abendländischen Christenheit. Nach dem christlichen Spruche „Ehre sei Gott in der Höhe, Frieden auf Erden" sollte es nicht die Verherrlichung der deutschen Nation, sondern vielmehr der Ehre Gottes bezwecken, auch nicht auf Eroberungen ausgehen" (nicht auf Eroberungen innerhalb der abendländischen Christenheit!), „sondern vielmehr Frieden stiften, und alle Länder in den Frieden des Reiches aufnehmen" [14]).

Das Reich, dessen Wiedererrichtung Frantz fordert, gleicht in seinen Grundformen dem mittelalterlichen Reich. Spricht er doch von einer „Wiederherstellung Deutschlands". Frantz sieht die Tradition des Reiches nie ganz abgerissen. Sie ist zwar abgebrochen im Jahre 1806, wurde aber schon 1815 im Deutschen Bund — wenn auch in mangelhafter Form — wieder aufgenommen. Erst Bismarck hat die deutsche Entwicklung in eine ganz andere Richtung gedrängt, hat aus Deutschland einen nationalen Machtstaat gemacht. Darum glaubt Frantz nicht an den Bestand der Bismarckschen Schöpfung, eben weil sie wider den deutschen Geist und wider die deutsche Tradition geschaffen sei. Frantz sieht in Bismarck den Typus des Politikers, der nur der nächsten Gegenwart lebt, der nur für sie schafft und sichert, der gegen die Vergangenheit wie gegen die Zukunft steht.

---

[12]) Wiederherstellung S. 358 f.
[13]) Naturlehre 1870 S. 384.
[14]) Untersuchungen S. 373.

Kämpft hier Frantz aber nicht als Romantiker gegen die Gegenwart, gegen die Wirklichkeit? Glaubt er nicht eine längst ergangene Wirklichkeit wieder beleben, regenerieren, restaurieren zu können? Ist er allerletzter Epigone Jener, die bis 1806 den Glauben an die Reorganisation des Reiches nicht verloren hatten? Oder gehört er zum Kreise derer, die, wie Novalis, von schwärmerischer Leidenschaft für das Reich besessen waren, die den Reichsgedanken aber gleichzeitig erfüllen mit weltweiten Ideen, die wohl an die Grenzen des Himmels rühren, aber keine wirklichkeitsgestaltende Kraft hatten?

Frantz ist trotz seiner Wertschätzung der großen deutschen Vergangenheit ihr doch nicht verhaftet wie jene Reichsreorganisatoren des 18. Jahrhunderts; er springt auch nicht — wie die Romantiker — von der Vergangenheit zur Zukunft über die Gegenwart hinweg. Man kann ihm zwar vorwerfen, daß er die gegenwärtigen politischen Formen in ihrer Bedeutung unterschätzt. Umso tiefer aber ist die Erkenntnis der lebendigen, drängenden, zukunftsgestaltenden Faktoren: des Sozialismus, der Tendenz zur Weltpolitik und zu internationaler Organisation, und eines neuen geistigen Universalismus. Er glaubt aus diesen Faktoren schließen zu können, daß „ein neuer Welttag angebrochen, oder im Anbruch begriffen sei“ [15]), daß die Neuzeit durch die neueste Zeit abgelöst werde. Dieser Glaube ist nicht leidenschaftlich-revolutionär, nicht chiliastisch. Frantz glaubt nicht den Umsturz aller Dinge, nicht das Endreich heraufgekommen, sondern einen evolutionären Uebergang vom alten zum neuen Zeitalter, Aus den Symptomen der Gegenwart sichtet er das Heraufkommen dieser neuen Zeit. Sie wird einem totalen, alle Lebensgebiete umfassenden Umschwung bringen: „Es kündigt sich ... ein nicht minder tiefgreifender und allgemeiner Umschwung an, als einst mit dem Verfall der antiken Welt durch die Ausbreitung des Christentums begann“ [16]).

Das kommende Zeitalter ist das Zeitalter der Synthesis nach der mittelalterlichen Epoche der Thesis, der Einheit, und der neuzeitlichen antithetischen, analytischen Entwicklung. Es ist synthetisch in dem Sinne, als es die mittelalterliche Einheit und Gebundenheit gleichzeitig mit der Vielfalt und der individuellen Freiheit in sich enthält [17]). Es wird das Zeitalter einer neuen Gebundenheit, neuer Gemeinschaftsordnungen, eines neuen Universalismus: eben das Zeitalter des Föderalismus sein.

Die Anzeichen der neuen Zeit glaubt Frantz vor allem in der wirtschaftlich-sozialen und in der politischen Entwicklung zu sehen. In erster Linie scheint ihm die stürmische Entwicklung des Verkehrs zu ganz neuen

---

[15]) Die Weltpolitik Bd. I, Einleitung S. VIII.
[16]) Untergang S. 2.
[17]) Wiederherstellung S. 440.

Ordnungen zu führen [18]). Diese Entwicklung erlebt Frantz selbst mit; daher wir er besonders von ihr beeindruckt. Während in seiner Jugend noch die Postkutschen fuhren, erlebte er dann das Aufkommen und die rasche Ausbreitung des Eisenbahnverkehrs, und in den 70er Jahren verband schon der Telegraph die alte und die neue Welt. Oft möchte es scheinen, als ob auch Frantz beim Anblick dieser revolutionierenden Erfindungen vom Fortschrittswahn und von kosmopolitischen Menschheitsträumen gepackt werde. Er sieht, wie die Erde zusammengeschrumpft, wie das stählerne Netz der Eisenbahnschienen die einzelnen Länder eng miteinander verbindet, wie die Völker- und Staatengrenzen ihre frühere Bedeutung mehr und mehr verlieren. Die Entwicklung der Wirtschaft, besonders des Handels und des Bankwesens, tut das ihrige hierzu. Wenn Frantz diese Dinge betrachtet, vergißt er oft die föderative Forderung, das Einzelne und Verschiedene in seiner Eigenart zu erhalten. Freilich hat er auch nur ein geringes Bewußtsein der räumlich, völkisch und geschichtlich bedingten Verschiedenheit auch wirtschaftlich-materialer Gegebenheiten. Diese Verschiedenheit beginnt für ihn erst im Bereich des Geschichtlichen. Daher hat die weltwirtschaftliche Organisation, die Frantz fordert, eher uniformen als föderativen Charakter. Er fordert zum Beispiel grundsätzlich Freihandel, und sein Ziel ist die einheitliche arbeitsteilige und, was er besonders betont, arbeitsverbundene Weltwirtschaft [19]).

Andererseits weiß aber Frantz zu sehr um die schweren Probleme, die mit dem wirtschaftlich-technischen Fortschritt aufgegeben wurden, als daß er sich einem rosigen Weltwirtschaftsoptimismus lange hingegeben hätte. Er weiß vor allem um die Notwendigkeit der Organisation von Wirtschaft, Handel und Verkehr im einzelnen wie im großen, und um die Schwierigkeit und die Länge des Weges zu dieser Organisation. Ihre Träger können nur die Staaten sein, die zunächst in einzelnen Fragen der Wirtschaft, des Handels und des Verkehrs zusammenarbeiten sollen. Frantz glaubt, daß durch ein Netz von Kooperationen der Weg auch zur politischen Föderation der Staaten geschaffen werde. „Die Kooperation ist schon eine partielle und rudimentäre Föderation", sie hebt das „indifferente Nebeneinanderbestehen der einzelnen Staaten auf" [20]). Frantz verweist hier auf den eben abgeschlossenen Weltpostverein als Beispiel [21]).

Diese wirtschaftliche Kooperation kann aber nur die Grundlage einer neuen politischen Epoche sein. Frantz ist nach List einer der ersten, die von der Notwendigkeit einer Weltpolitik statt der dem Untergang geweihten europäischen Großmachtspolitik spricht. Weltpolitik ist ihm die Politik der Zukunft. Europa ist nicht mehr für sich bestehende Welt, es

[18]) Von der deutschen Föderation S. 87 f.
[19]) Die Weltpolitik Bd. I, S. 14 ff.
[20]) Weltpolitik Bd. I, S. 3.
[21]) Weltpolitik Bd. I, S. 1.

ist und wird immer mehr Teil einer umfassenderen politischen Welt[22]). Aber es hat die Aufgabe, Mittelpunkt und Gestalter dieser Welt zu sein. Frantz wirft der europäischen Politik immer wieder vor, daß sie diese Entwicklung nicht erkenne, daß sie in den Vorurteilen des europäischen Denkens befangen bleibe, daß sie noch kein gesamtpolitisches System konzipiert habe[23]). Vor allem kämpft er gegen das europäische Großmachtsstreben, das ihm der Vergangenheit anzugehören scheint. Seine „Voraussetzung bestand darin, daß die europäische Politik ein abgeschlossenes Ganze bilde. Offenbar galt das aber nur für so lange, als die anderen Erdteile überhaupt außer aller politischen Verbindung mit Europa blieben“[24]). Heute nun sei diese Voraussetzung gefallen. Auch hier war es die Entwicklung von Handel und Verkehr, die die einzelnen Erdteile nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch einander näherte. Infolge der völligen Durchdringung der neuen Welt durch die alte beginnt „die neue Welt als ein aktiver Faktor aufzutreten ... Darum ist es seitdem vorbei mit den alten politischen wie ökonomischen Systemen, die nur auf die einzelnen europäischen Länder oder höchstens auf Europa berechnet waren, wie das sogenannte Großmachtssystem“[25]).

Ueber den Begriff der Großmacht erhebt sich der Begriff der Weltmacht[26]). Die von zwei entgegengesetzten Seiten Europa bedrängenden Großmächte sind Amerika und Rußland. Die Vereinigten Staaten vor allem sind nicht nur eine ganz junge Staatengründung, sie liegen nicht nur im neuen Erdteil; sondern sie haben auch darum ihre Bedeutung als Vorzeichen der neuesten Zeit, weil in ihnen „die föderative Staatsform sich jetzt als eine eigentümliche Verfassungsart darstellt“[27]).

Die Zukunftsbilder, die Frantz hier entwirft, haben sich, wenn auch in wesentlich anderer Weise, so doch in mancher Hinsicht verwirklicht. Die politische und wirtschaftliche Verflechtung der Welt ist im Lauf einiger Jahrzehnte noch enger geworden, als selbst Frantz es gesehen hatte. Die daraus sich ergebenden politischen, sozialen und wirtschaftlichen Probleme wurden zum großen Teil sich selbst überlassen, nicht organisatorisch erfaßt und gelöst. Die Folge ist die politische und wirtschaftlich-soziale Verwirrung der Welt, die 1914 in ihr akutes Stadium getreten ist.

---

[22]) Schellings positive Philosophie Bd. III, S. 266.
[23]) Weltpolitik Bd. I, S. 122.
[24]) Weltpolitik Bd. I, S. 121.
[25]) Föderalismus S. 400; Frantz hat seine Gedanken über die Weltpolitik auch schon früher ausgesprochen, vor allem in den „Untersuchungen über das europäische Gleichgewicht“ und in der „Politik der Zukunft“ (1858). Er hat sie in den späteren Werken, im „Föderalismus“ und in der „Weltpolitik“, nur deutlicher formuliert und umfassender begründet.
[26]) Schellings positive Philosophie Bd. III, S. 266 f.
[27]) Großmacht und Weltmacht. In: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Jahrg. 1888, S. 686.

Nicht nur die wirtschaftlichen und politischen Gegebenheiten fordern nach Frantz eine die ganze Welt umfassende Politik, sondern ebenso die philosophischen Ideen und die Erkenntnisse der jüngsten Vergangenheit und der Gegenwart. Diese Ideen sind vor allem von Deutschland ausgegangen; Frantz sieht sie in erster Linie im deutschen Idealismus, in seinem Streben nach Universalität des Menschen und der Menschheit. Aber dieses Streben bestehe heute neben der Politik als reine Ideologie, weltabgewandt und die Politik zerstörend. Die Politik hat es nicht aufgenommen, es sich nicht als Leitbild gesetzt. Ihre leitenden Ideen gehören einer vergangenen Zeit an. Politik muß sich aber — so fordert Frantz — ausrichten nach menschheitlichen Ideen, muß diese Ideen mit den ewigen Gedanken des Christentums zu verwirklichen trachten [28]). Auch diese Forderung führt ihn zur Forderung einer Weltpolitik und Weltökonomie, die „erst mit Recht eine christliche Politik und Oekonomie genannt werden kann“ [29]).

Eine solche geistig fundierte Politik ist nicht nur Weltpolitik im extensiven Sinne; überhaupt ist der Begriff des Politischen bei Frantz sehr weit gefaßt. Politik, Weltpolitik ist ihm Streben nach der idealen Aufgabe, die jedem Volk durch die Geschichte und durch die göttliche Vorsehung gestellt ist.

Nach seiner Geschichte und Eigenart hat allein Deutschland den Beruf, die aus dieser Entwicklung sich ergebenden Probleme zu meistern. Die Lösung der sozialen und internationalen Probleme ist sein Beruf, wie sein Reichsberuf im Mittelalter auch diesen Inhalt hatte.

Aber was hat die Weltpolitik, was haben die Aufgaben der Gegenwart: die Schaffung von internationaler Organisation der Wirtschaft und der Gesellschaft mit dem Reich gemein? Die Einzelheiten moderner politischer und sozialer Gestaltung sind gewiß ganz andersartig als die Gegebenheiten und Aufgaben des Reiches. Aber die Tatsache, daß eine politische und soziale Gesamtgestaltung notwendig ist, eine Gestaltung, wie sie in anderer Form schon im mittelalterlichen Reich bestand, diese Tatsache an sich führt schon zum Reichsgedanken hin. In seinen einzelnen Formen und Inhalten wird das Reich nur geringe Aehnlichkeit mit den neu zu schaffenden politischen und sozialen Ordnungen haben [30]).

Reich ist für Frantz zweierlei: Idee und politische Gestalt. Die Idee des Reichs ist das Mittlere zwischen Staat und Gesellschaft einerseits und zwischen Staatsordnung und völkerrechtlicher Verbindung andererseits [31]). Nach Frantz wurden die gesamten Probleme von Staat und Gesellschaft bisher so behandelt, als ob es zwischen Staat und Gesellschaft wie zwischen Innen- und Außenpolitik keinerlei Verbindung gebe [32]). Aber zwischen

[28]) Untergang S. 189.
[29]) Schellings positive Philosophie Bd. III, S. 267.
[30]) Wiederherstellung S. 76.
[31]) Naturlehre 1870, S. 393.
[32]) Deutschland und der Föderalismus S. 121.

den verschiedenen Lebensäußerungen der menschlichen Gemeinschaft kann es keinen Riß geben; es muß daher ein Mittleres zwischen diesen Elementen gefunden werden.

Dieses Mittlere will Frantz im Reich politisch verwirklichen. Nach beiden Richtungen will er weg vom Staat, über den Staat hinaus. Reich als Mittler oder als „Ineins" von Staat und Gesellschaft will den einseitigen Rechtsformalismus und Verwaltungsmechanismus, den Zentralismus des Staates überwinden. Das Reich als Völker und Staaten verbindende Ordnung soll die auf dem Gedanken der Souveränität der Staaten beruhende einseitige Abgrenzung der einzelnen Staaten durchbrechen [33]).

Wie Frantz die Vereinigung von Staat und Gesellschaft verwirklicht denkt, wird nicht ganz deutlich. Er fordert zwar, daß die Organisation des Staates und der Wirtschaft von Staats wegen betrieben werden solle [34]), und stellt hier umfassende und bis in Einzelheiten ausgearbeitete Pläne auf [35]). Die wirtschaftliche Organisation soll in einem Ausgleich von Industrie und Landwirtschaft, in einer planwirtschaftlich organisierten internationalen Arbeitsteilung bestehen. Die soziale Frage will Frantz lösen durch genossenschaftliche Beteiligung des Arbeiters am Gewinn seiner Arbeit. Die Gesellschaft soll aufgebaut werden nach Berufsständen. Hier folgt Frantz wesentlich der Analogie der mittelalterlichen Gesellschaftsordnung. Aber er sieht auch deutlich die Verschiedenheit der mittelalterlichen von der zu erstrebenden Ordnung: „Wünscht man auch für unsere Zeit wieder eine soziale Organisation, so kann dieselbe nicht etwa in einer Restauration oder Nachahmung des Mittelalters bestehen, sondern sie wird aus unseren modernen Verhältnissen hervorgehen müssen, und wenn das wirklich einmal geschehen sollte, so wird das Resultat aller Wahrscheinlichkeit nach nur sehr geringe Aehnlichkeit mit dem Mittelalter haben" [36]). Der Hauptunterschied ist der, daß in der neuen Ordnung alle Korporationen, Innungen, Stände gleichen Rechtes sein müssen. Die neue Ordnung soll sich darstellen als ein Neben- und Miteinander der einzelnen Elemente, nicht aber wie im Mittelalter als wechselseitige Ueber- und Unterordnung [37]). Das Prinzip der Geburt, des Blutes wird abgelöst durch das Prinzip des Berufs, den sich der Einzelne (wenigstens ideal) in freier Selbstbestimmung wählt.

Diese soziale und wirtschaftliche Organisation muß zwar vom Staate geschaffen und von ihm als dem Träger des Rechts geschützt werden, aber der Staat soll nicht selbst ihr Träger sein. Ebenso sollen die Staaten eine internationale wirtschaftliche Kooperation wohl in ihren äußeren Formen herbeiführen, sollen aber die tatsächliche wirtschaftliche Verbindung

---

[33]) Naturlehre 1870, S. 393.
[34]) Soziale Steuerreform S. 43.
[35]) Der Föderalismus S. 30 f.
[36]) Untersuchungen S. 360.
[37]) Untergang S. 98.

den gesellschaftlichen Kräften überlassen. Denn Frantz sieht ja das Verhältnis von Staat und Gesellschaft nicht als wechselseitige funktionale Beziehung, sondern als ein Nebeneinander zweier selbständiger, wesentlich verschiedener Ordnungen; aus diesem Nebeneinander soll das Miteinander, die freie Verbindung zum höheren Dritten, zum Mittleren, zum Reich geschaffen werden.

Die Verbindung von Staat und Gesellschaft innerhalb des einzelnen Staates, der im wesentlichen die konkreten Forderungen von Frantz gelten, ist noch nicht Reich, sondern erst seine Vorstufe. Ebenso ist nur Vorstufe die internationale Kooperation wie die politische Verbindung der Staaten. Reich ist erst der gesamte untrennbare Komplex dieser Verbindungen. Denn nur darum kann das Reich Mittleres zwischen Staat und Gesellschaft genannt werden, nur darum als Höheres diesen Ordnungen gegenüber betrachtet werden, weil es mehr ist als ihre wechselseitige Verbindung innerhalb der einzelnen Staaten. Und nur darum ist es nach seiner Völker und Staaten verbindenden Seite mehr als bloß völkerrechtliche Verbindung, weil in ihm die internationale gesellschaftliche Verbindung enthalten ist.

Hier, als Völker und Staaten verbindende Ordnung, gewinnt das Reich erst konkrete Gestalt. Hier ist auch die Anknüpfung an das Mittelalter am deutlichsten. Die Gestaltung eines Reiches kann, wie im Mittelalter, so auch heute nur von Deutschland ausgehen. Anfang hierzu ist, daß zunächst Deutschland sich als Reich gestalte, zu einer Ordnung finde, in der die deutschen Einzelstaaten ihre Eigenart behalten und doch zu einer Einheit verbunden sind. Sie sollen in solch innerer Freiheit verbunden sein, daß sich dieser Verbindung auch andere, nichtdeutsche Staaten anschließen können, ohne ihre innere Freiheit und nationale Eigenart zu verlieren [38]). Das deutsche Reich als Anfang und Zentrum eines universalen Reiches soll so organisiert sein, daß es von selbst in allmählichem Uebergang, ohne gewaltsamen Bruch, in eine Organisation übergehen kann, die national und international zugleich ist [39]). Nur so kann Deutschland seine Aufgabe, die es um seiner selbst und um Europas willen hat, erfüllen: „die in sich selbst ruhende Mitte ... Europas zu sein“ [40]).

Deutschland übt damit nicht nur eine politische Anziehungskraft auf die umliegenden Länder aus, sondern gewinnt gleichzeitig seine frühere geistige Bedeutung und Macht wieder. Denn das deutsche Reich soll etwas ganz anderes als Staat, nicht bloß wie dieser machtpolitische, zentralisierende Organisation sein. Es soll, wie im Mittelalter, so auch heute gleichzeitig geistige Idee sein. Ein deutsches Reich kann daher nicht nur auf die ihm politisch eingeordneten Länder Einfluß ausüben, sondern es hat

[38]) Wiederherstellung S. 460.
[39]) Untergang S. 118.
[40]) Wiederherstellung S. 130.

darüber hinaus auch die Möglichkeit, in die Ordnung der gesamten Welt einzugreifen, „Wächter des Völkerrechts" zu sein [41]). Es hat diese Möglichkeit, ebenso wie seine realpolitische Anziehungskraft, nicht aufgrund äußerer Macht, sondern aufgrund innerer Stärke, die beruht auf der Kraft seiner Idee und auf seiner föderativen Gestalt.

Dies ist die auffallendste Analogie zum mittelalterlichen Reich, daß, wie im Mittelalter, Deutschland der Träger des Reichs sein soll. Deutschland hatte nicht nur im Mittelalter die Aufgabe der sozialen und internationalen Organisation zu erfüllen; sie ist ihm auch heute noch aufgegeben nach seiner geschichtlichen und ewig gegenwärtigen Eigenart [42]). Erst heute wieder — so sagt Frantz — kann diese Eigenart sich erfüllen, erst heute wieder, mit dem Aufgang der neuesten Zeit, hat das deutsche Volk die Möglichkeit, eine geistig begründete und politisch gesicherte Weltgeltung zu erlangen. Das deutsche Volk, das heute zur politischen Einheit strebt, muß aber nicht nur zum Bewußtsein seiner Gemeinsamkeit, sondern auch zur Erkenntnis dieser seiner Besonderheit und seiner universalen Aufgabe gelangen. Es kann dies aber nur, wenn es an seine Geschichte, an seine Tradition, an das Reich anknüpft. Die eine Ursache der deutschen Bewegung ist zwar „die in der Nation nie ganz erloschene und jetzt wieder erwachende Erinnerung an ihre ehemalige Einheit, an Kaiser und Reich, mit allen Bildern ehemaliger Herrlichkeit und Größe" [43]). Aber diese Erinnerungen sieht Frantz überwuchert durch die modernen westlichen Ideen des Konstitutionalismus und Nationalstaatsgedankens, durch „die Stimme, welche aus dem allerneuesten Zeitungsartikel erschallt" [44]). Frantz will die alte Reichserinnerung wieder ins Bewußtsein heben, das deutsche Volk zur Erkenntnis seiner großen Geschichte und Tradition erziehen.

Aber tritt die Erinnerung an die alte Reichsherrlichkeit bei Frantz auch sehr stark hervor, verlangt er auch eine deutsche Ordnung, die sich an die mittelalterlichen Traditionen anschließt, so wehrt er sich doch immer wieder gegen eine völlige Restauration des Reiches. In dem Aufkommen der deutschen Bewegung sieht er gerade „eine unvermeidliche Folge aller der Entwicklungselemente", die den Charakter der neuesten Zeit bestimmen. „Die deutsche Bewegung bekämpfen, heißt darum nichts Geringeres, als den ganzen Fortschritt der Zeit bekämpfen" [45]). Denn da das neue Zeitalter das Zeitalter des Föderalismus, das deutsche Prinzip aber das föderative Prinzip ist, so kann man das neue Zeitalter auch als das Zeitalter des Deutschtums, der geistigen Vorherrschaft Deutschlands bezeichnen.

---

[41]) Deutschland und der Föderalismus S. 123.
[42]) Untersuchungen S. 357.
[43]) Wiederherstellung S. 66 f.
[44]) Untersuchungen S. 304.
[45]) Wiederherstellung S. 55.

Aber die Erkenntnis seiner Eigenart und der Aufgaben, die ihm gestellt sind, genügt nicht, das deutsche Volk auch zu ihrer Lösung zu befähigen. Nur aus einem Bewußtsein, das Wissen und Glauben verbindet, kann es die Kraft hierzu gewinnen. „Man kann den Nationalberuf wohl erkennen, aber man muß an ihn glauben.“ [46]). Erst wenn man an die göttliche Vorsehung glaubt, welche letztlich den einzelnen Nationen ihre Aufgaben gestellt hat, wird die Geschichte zu einem Reich der sittlichen Mächte und die Nationalaufgabe zu einer ethisch-idealen Aufgabe. Nicht das bloße Wissen, nicht die rationale Erkenntnis allein kann Hingabe und Begeisterung für ein hohes Ziel erwecken, sondern erst der Glaube erzeugt das unendliche Streben, das letzter Maßstab ist für die Größe der Nationen [47]).

2. Die deutsche Vielfalt.

Wie fast alle großen Deutschen, so sieht auch Frantz den besonderen Charakter der Deutschen in ihrer Universalität, sieht er die deutsche Aufgabe als universale Aufgabe. Sein Nationaldenken ist besonders beeinflußt von Fichte, dessen Worte, daß nur der Deutsche das Wissen um den Zweck und das Ziel der Menschheit habe, daß daher nur er im Zwecke für seine Nation die gesamte Menschheit umfassen könne [48]) als Leitsatz über Frantz' nationalpolitischem Denken und Streben stehen könnten. Frantz sieht in der Universalität der Deutschen ihren „unverlierbaren Charakter“ [49]); das deutsche Volk ist für ihn das Weltvolk, dessen Adel darin liegt, „daß es sich an so große Probleme wagte, wie die des Papsttums, des Kaisertums und der Kirchenreformation, und daß es dann auch die Kraft hatte, die daraus entspringenden Kämpfe zu bestehen“ [50]).

Mit einer universalen Tat, der Zerstörung des römischen Weltreiches, traten die Germanen schon in die Geschichte. Die abendländische und damit auch die deutsche Geschichte begann damit, „daß die deutschen Völker das römische Reich stürzten, und dadurch das ganze neue Staatensystem des abendländischen Europas gegründet wurde“ [51]). So ist die deutsche Geschichte seit ihrem Beginn enger als die Geschichte der anderen abendländischen Nationen mit der abendländischen Geschichte verknüpft. Während des ganzen Mittelalters war Deutschland Mitte der damaligen Welt, das deutsche Kaisertum Spitze der weltlichen Ordnung der Christenheit. Von Kaisertum und Reich ging alles Recht aus, das darin gipfelte, der Welt den Frieden zu bringen [52]). Von Kaisertum und Reich ging der Kampf

[46]) Untersuchungen S. 354.
[47]) Untersuchungen S. 375.
[48]) J. G. Fichte „Die Patrioten“ Nachgelassene Werke, Berlin 1846 Bd. III, S. 234.
[49]) Untersuchungen S. 400.
[50]) Untersuchungen S. 303.
[51]) Untersuchungen S. 403.
[52]) Untersuchungen S. 110.

aus um Erhaltung und Ausbreitung des Christentums, seit den Maurenkriegen Karl Martells bis hin zu den Türkenkriegen des 17. Jahrhunderts. Auch nach dem Zerfall der mittelalterlichen Reichsherrlichkeit blieb Deutschland Mittelpunkt der damaligen Welt. Es nahm die große Aufgabe der Reformation in Angriff, es hatte in geistiger Beziehung seinen universalen Charakter nie so völlig verloren wie die übrigen europäischen Völker. Und in der Philosophie des Deutschen Idealismus konzipierte Deutschland als erstes wieder universale, menschheitliche Ideen. Selbst im Politischen blieb es, wenn auch zu aktiver Politik nicht mehr fähig, wenn auch zerrissen und zerstückelt, dennoch in negativer und passiver Weise die Mitte Europas. Deutschlands Ohnmacht war es, die den Zersetzungsprozeß und das Chaos der europäischen Staatenverhältnisse verursachte. Der Mangel eines festen gestalteten Mittelpunktes war es, der zum völligen Zerfall Europas führte [53]). Dennoch wurden alle großen europäischen Probleme zwar nicht aktiv, so doch passiv durch Deutschland entschieden. Auf deutschem Boden wurde der dreißigjährige Krieg ausgetragen, und der Deutsche Bund wurde auf dem Wiener Kongreß ausdrücklich gestiftet zur Wahrung der Ruhe und des Gleichgewichts Europas [54]).

Die deutsche Universalität ist weder rein geistig noch rein machtpolitisch ausgerichtet, sondern beides zugleich, auch darin universal, daß beides, das Geistige und das Realpolitische in ihr vereint ist. Auch das mittelalterliche Reich hatte seine besondere Bedeutung durch diese Doppelheit. Als die Idee der abendländischen Christenheit ihre allgemeine Geltung verlor, zerfiel auch die äußere Gestalt des Reiches. Erst seit dieser Zeit ist das deutsche Volk das Volk der reinen Geistigkeit, das Volk der Dichter und Denker geworden, erst durch den Zerfall des Reiches verlor es seine politische Wirklichkeit. Es war immer noch universal in seinem Denken und Streben, fand aber nicht die Kraft, sich eine universale politische Aufgabe neu zu stellen, noch sich selbst eine politische Form zu geben. Frantz beklagt diesen Mangel der Deutschen an politischem Formsinn, ihre „Unfähigkeit... zur Entwicklung politischer Formen" insoweit, als sie zu dem Zerfall und zur Zersplitterung Deutschlands führte, oder die Uebernahme fremder Formen, wie des römischen Rechts und der Staatsformen des Westens zur Folge hatte. Er sieht darin die Schattenseite der „Idealität des deutschen Charakters, die sich so leicht ins Ueberschwengliche verliert, und so schwer dazu kommt, sich eine bestimmte Aufgabe zu formulieren und dieselbe dann beharrlich durchzuführen" [55]).

Diese Kehrseite der deutschen Universalität und Geistigkeit ist die deutsche Vielfalt und Gegensätzlichkeit, die ursprünglich im deutschen Volkscharakter begründet ist. Es ist das Schicksal des deutschen Volkes, daß in seinem Wesen die gesamte Gegen-

[53]) Naturlehre 1870, S. 401 ff.
[54]) Wiederherstellung S. 417.
[55]) Vorschule S. 93.

sätzlichkeit von Mensch und Menschheit sich widerspiegelt, daß in Deutschland „die Totalität menschlicher Entwicklung zusammenfließt“ [56]). Durch diese Totalität ist Deutschlands Schicksal und Geschichte bestimmt worden, aus ihr ergibt sich auch heute noch die deutsche Aufgabe. Es ist die Aufgabe, die gesamte menschheitliche Problematik nicht nur im Reich des Gedankens, in der Philosophie, sondern auch in der politischen Wirklichkeit auszutragen und zu lösen. Das deutsche Volk muß, wie Moeller van den Bruck es formuliert hat, „die Kraft haben, in Gegensätzen zu leben“ [57]), d. h. die Gegensätze, in die es hineingestellt ist, zu einer höheren Einheit zusammenzufassen.

Durch sein geschichtliches Schicksal und durch seine geographische Lage wurde diese Eigentümlichkeit Deutschlands noch gefördert.

Schon die Germanen traten auf die Bühne der Geschichte als ein Volk von Völkern. Im Mittelalter konnte die deutsche Nation ihre universale Aufgabe nur erfüllen, „weil sie in sich eine Totalität von Volksstämmen enthielt, in welchen sich die Totalität der abendländischen Völker abspiegelte“. Sie gewann „durch ihre Stammgliederung eine viel zähere Lebenskraft .. als die zentralisierten Reiche, welche fallen, wenn man ihr Zentrum zerstört“ [58]). Innerhalb der deutschen Stammesgemeinschaft hatte jeder Stamm seine besondere Eigenart und Aufgabe, aber alle fühlten sich gleichzeitig als Glieder der Reichsgemeinschaft. Erst als dieses Gemeinschaftsgefühl schwand, wirkte sich die Vielheit der Stämme verhängnisvoll aus: das Reich, das Deutschtum zerfiel.

Dazu kam die Reformation, die nicht nur Deutschland, sondern das ganze Abendland in zwei entgegengesetzte Lager aufspaltete. Daß die konfessionelle Spaltung von Deutschland ausging, zeigt am deutlichsten das Individualitätsstreben und andererseits die Universalität des deutschen Menschen. Kein anderes Volk — sagt Frantz — konnte die Weltaufgabe der kirchlichen Reformation lösen, kein anderes die daraus entspringenden Kämpfe auf sich nehmen, die es bis an den Rand des Untergangs führten [59]). Kein anderes Volk als das deutsche kann auch — und darin besteht seine letzte und höchste Aufgabe — den konfessionellen Gegensatz wieder lösen, dadurch, daß es beide Konfessionen, die jetzt einander feindlich gegenüberstehen, als Glieder eines Ganzen betrachtet und sie wieder eingliedert in das urgegebene Ganze des Christentums [60]).

Auch diese konfessionelle Doppelheit befähigt Deutschland zu seiner universalpolitischen Aufgabe. Denn die konfessionelle Verschiedenheit der europäischen Staaten scheint Frantz eines der größten Hindernisse ihrer

[56]) Untersuchungen S. 323.
[57]) Das Dritte Reich S. 235.
[58]) Untersuchungen S. 303.
[59]) Untersuchungen S. 303.
[60]) Kritik aller Parteien S. 219 ff.

Föderation zu sein. Deutschland aber ist sowohl mit den protestantischen wie mit den katholischen Ländern konfessionell verbunden. Schafft es sich also im Inneren eine Ordnung, in der beide Konfessionen Raum haben, in der keine unterdrückt wird, so kann es auch Ausgangspunkt einer Föderation von Staaten verschiedener Konfession werden [61]).

Die geistige Eigenart des deutschen Volkes, seine Universalität, sein Trieb zur Individualisierung und zur Expansion, hat auch sein politisches Gesicht bestimmt, hat zu der Vielfalt der Staatenbildungen geführt, deren Summe erst Deutschland ist. Alle heutigen deutschen Staaten sind nur Glieder Deutschlands; sie sind aus der geistigen und politischen Entwicklung Deutschlands entstanden und empfangen auch heute noch von Deutschland ihr eigentliches Sein und Wesen. Es sind „sämtliche deutschen Staaten nur Bruchstücke eines großen Ganzen, welches einst ein lebendiger Körper war, dessen Glieder aber im Laufe der Zeit auseinandergefallen. Diese auseinandergefallenen Glieder können nie ein inneres Leben gewinnen oder doch nur ein bloß vegetatives, polypenartiges, denn es fehlt die Beseelung und die Begeistung, die nirgends zu finden ist, außer in dem innersten Kern des deutschen Volkstums, dem eigentlichen Sitz des schlummernden Kaisers, von welchem die Sage spricht“ [61a]).

Frantz geht bei seiner Darstellung der deutschen Staatenbildung zurück auf die Zeit von 950—1176, die Zeit der höchsten Blüte des Reiches, der schönsten Harmonie der deutschen Stämme, des großen Expansionsstrebens deutschen Volkstums [62]). Es war die Zeit, da die Grundlage aller deutschen Staaten gelegt wurde, da sich schon die Unterschiede zwischen dem Osten und Westen Deutschlands in ihren Anfängen zeigten.

Den Ursprung der deutschen Staaten sieht Frantz in der Gemeinschaft der deutschen Stämme, in dem Vierklang der Sachsen, Franken, Baiern, Schwaben. Aus diesem Zusammenklang, solange er harmonisch war, gewann Deutschland seine universale Kraft. Das Kaisertum nach seiner nationalen Seite war Repräsentant der Stammesgemeinschaft [63]). Jeder Stamm war abwechselnd Träger des Kaisertums; keiner gewann eine dauernde Vorherrschaft, jeder hatte eine zeitlich und räumlich begrenzte Aufgabe innnerhalb des Ganzen.

Mit dem Ausgang des Hochmittelalters begann die Harmonie der Stämme sich aufzulösen, begann die Stammesgemeinschaft sich in Stammespartikularismus zu verwandeln. Die einzelnen Stämme suchten ihre Macht auszudehnen sowohl in gegenseitigem Kampf wie auch dem Kaisertum gegenüber. Symbol des beginnenden Gegensatzes zwischen Partikularis-

[61]) Untersuchungen S. 403.
[61a]) Wiederherstellung S. 32.
[62]) Die hier gegebene Darstellung schließt sich im wesentlichen an die „Untersuchungen“ S. 187—317 und an „Gleichgewicht“ S. 65—95 an.
[63]) Untersuchungen S. 259.

mus und Universalismus ist für Frantz der Kampf zwischen den Welfen und Staufern [64]). Durch seinen Sieg über die Welfen bereitete das universalistische staufische Prinzip selbst seinen Untergang vor. Denn beide Prinzipien sind innerhalb des deutschen Wesens nicht Entgegensetzungen, sondern Pole eines Ganzen. Aus dieser Polarität ergibt sich eine Spannung, deren Ausgleich nicht darin bestehen kann, daß das eine Prinzip das andere zerstört; eine Spannung, die bejaht werden muß. Nur die Bejahung überwindet die feindlich-zerstörende Entgegensetzung [65]).

Es zerfiel dann nicht nur die Stammesgemeinschaft, sondern die Stammesherzogtümer zersplitterten auch in sich. Durch den Verfall des Kaisertums ging das Bewußtsein, daß das Herzogtum ein Amt sei, verloren. Die Herzogtümer wurden dynastische Patrimonialstaaten. Die aufkommenden Städte und geistlichen Territorien trugen das Ihre zur Zersplitterung bei [66]).

Durch die Entstehung der Territorialstaaten verlor der Westen nicht nur seiner überragende Bedeutung innerhalb Deutschlands, sondern auch seine universale Konzentrationskraft. Die Schweiz und die Niederlande lösten sich aus dem Reichsverbande; das Reich wurde politisch ohnmächtig und den Invasionen Frankreichs ausgesetzt.

Dennoch blieb der Westen das Kerngebiet des Deutschtums. Hier blieb die Erinnerung an das mittelalterliche Reich am stärksten lebendig. Immer war der Westen der geistige Mittelpunkt Deutschlands geblieben; er war trotz oder gerade wegen seiner Zersplitterung der konzentrierte Ausdruck der politischen Situation des gesamten Deutschlands. Auch heute erscheint Frantz der Westen als Mittelpunkt Deutschlands; daher kann nur von hier die deutsche Föderation ausgehen [67]).

Wenn sich das politische Schwergewicht Deutschlands seit dem 13. Jahrhundert nach dem Osten verschob, so ist dies eine unnatürliche Bildung, veranlaßt durch die westliche Zersplitterung [68]). Denn die östlichen Staaten, Oesterreich und Preußen, waren ursprünglich Marken, Grenzgebiete des Deutschtums. In ihrem Markencharakter, der auch jetzt noch ihre Eigenart bestimmt, sieht Frantz ihren wesentlichen Unterschied den westlichen Staaten gegenüber, die sich in direkter Umbildung der Stammesherzögtümer entwickelt haben. Die deutschen Oststaaten dagegen entstanden ursprünglich durch Herausbau aus dem Reich. Sie sind nicht ursprünglich deutsch, wie das Gebiet der alten Stämme, sondern wur-

[64]) Untersuchungen S. 255 ff.
[65]) Auch Moeller van den Bruck sieht in dem Gegensatz von Partikularismus = Welfentum und Universalismus = Ghibellinentum eine ursprünglich deutsche Polarität (Das Dritte Reich S. 236). Heute allerdings glauben manche im Welfentum allein das deutsche Prinzip zu sehen.
[66]) Untersuchungen S. 269 ff.
[67]) Untersuchungen S. 309.
[68]) Untersuchungen S. 261.

den erst durch diese, in gemeinsamem Expansionsstreben, durch gemeinsame Kolonisation dem Deutschtum gewonnen [69]). Von Kaiser und Reich hatten die Marken den Auftrag, das Deutschtum und das christliche Abendland gegen den Osten zu schützen und Mittler und Verbreiter der christlichen Idee zu sein. Dieser Markencharakter bestimmt auch heute noch die Eigenart Preußens und Oesterreichs, ist Ursache ihrer zugleich deutschen und europäischen Aufgabe.

In der Betrachtung der Geschichte Oesterreichs und Preußens legt Frantz das Hauptgewicht auf ihre Entstehung aus dem Expansions- und Kolonisationstrieb der deutschen Stammesgemeinschaft. Die Ostkolonisation bedeutet für Frantz eine Tat deutschen Gemeinschaftswillens [70]). Der eigentlich politischen Staatenbildung aber mißt er eine wesentlich geringere Bedeutung zu. Sie begann erst, als der Westen sich in seiner Expansionskraft erschöpft hatte, als er durch den beginnenden Partikularismus mehr und mehr an Bedeutung verlor. Die Staatenbildung im Osten bestand nur darin, daß sich auch die Marken vom Reich lösten, daß der wirkliche Zustand, der durch die deutsche Nationalkraft geschaffen war, organisatorisch-staatlich sanktioniert wurde [71]).

Brandenburg-Preußens eigentliche Gründer waren Otto der Große und sein Beauftragter, der Markgraf Gero [72]). Das Charakteristische der späteren brandenburgisch-preußischen Politik bereits seit dem Ausgang des Mittelalters sieht Frantz darin, daß Preußen sich vom Ganzen loszureißen suchte, daß es nicht eine deutsche, sondern eine preußische Politik führte. Es bewegte sich aber dabei in den Bahnen, die schon in der mittelalterlichen Politik vorgezeichnet waren. Vor allem die Politik Brandenburg-Preußens seit dem Großen Kurfürsten besteht nicht darin, daß es Neuerwerbungen machte, sondern vielmehr darin, daß es die ursprünglichen Verhältnisse des Mittelalters wiederherstellte [73]). Alle Gebiete, die Preußen erwarb, waren ursprünglich deutsch, schon im Mittelalter für das Deutschtum gewonnen worden. Diese Wiederherstellung geschah aufgrund der Kabinettspolitik, ohne oder gar gegen den aus der Zeit des Markgrafentums etwa noch bestehenden Nationalgeist. Preußen ist trotz seiner Sonderentwicklung „weder geographisch noch nach Sitte und geschichtlicher Tradition, sozialen Zuständen und praktischen Bedürfnissen der Bevölkerung, noch auch in politischer Hinsicht ein lebendiges Ganzes“ [74]); es ist in allen diesen Punkten nur Glied Deutschlands. Es ist zum Untergang verurteilt, wenn es sich nicht dieser Gliedhaftigkeit bewußt wird. Diese Gliedhaftigkeit ist nicht nur räumlich begründet, sondern auch durch die

[69]) Wiederherstellung S. 91.
[70]) Untersuchungen S. 195.
[71]) Untersuchungen S. 249.
[72]) Untersuchungen S. 198.
[73]) Untersuchungen S. 193 ff.
[74]) Der Föderalismus S. 299.

Eigenart des preußischen Staatswesens und der preußischen Bevölkerung. Frantz betont sehr stark den einseitigen „Politismus" Preußens[75]): das Fehlen jeder ursprünglichen inneren Gemeinschaft in dem aus so verschiedenartigen Gebieten und Volksstämmen zusammengesetzten Staat führte dazu, daß das Ganze umso schärfer durch organisatorisch-mechanistische Maßnahmen zusammengehalten werden mußte. In Wechselwirkung war dann das Vorwalten des mechanistisch-bürokratischen Elemente die Ursache dafür, daß individuelle Freiheit, geistige Gemeinschaft, kulturelles Leben, wo sie sich etwa noch fanden, allmählich untergingen. Preußen entwickelt sich mehr und mehr zur geistlosen leeren Verwaltungsmaschinerie. Es kann organisches Leben und Inhalt nur gewinnen durch Beseelung aus dem deutschen Geist: „Preußen kann überhaupt nichts Großes unternehmen, weder im Innern noch nach außen hin, wenn es seinen Blick nicht über Preußen erhebt und seine Aufgabe als deutsche erkennt"[76]).

Aehnlich liegen die Dinge in Oesterreich[77]). Es ist ebenso aus dem deutschen Expansionstrieb, aus den deutschen Marken hervorgegangen. Die Bildung der südöstlichen Marken aber ist älter als die der Nordmarken. Daher fand in Oesterreich mehr als in Preußen die alte Reichstradition Eingang, wurde hier mehr als in Preußen gewahrt, obwohl das Herzogtum Oesterreich schon früh bedeutende Privilegien vom Kaiser erhielt, die ihm eine freie Eigenentwicklung gestatteten. Auch als Träger des Kaisertums fühlten sich die Habsburger, und mit ihnen das ganze Land, stärker dem Reich verbunden. Hierdurch wurde Oesterreich Träger der äußeren Kontinuität der deutschen und europäischen Geschichte.

Aus diesen Tatsachen leitet Oesterreich den Anspruch her, Träger des ganzen Deutschtums zu sein. Denselben Anspruch erhebt Preußen mit der Begründung, seit dem großen Kurfürsten deutsche Politik getrieben zu haben. Frantz bekämpft diesen Anspruch, indem er nachzuweisen sucht, daß sowohl Preußen wie Oesterreich nur Glieder Deutschlands sind, politisch zwar bedeutender als die westlichen Staaten, aber nicht in dem Maße wie diese Träger deutschen Volkstums, deutschen Geistes, deutscher Kultur.

Doch will Frantz mit diesem Urteil die beiden Oststaaten nicht den westlichen Staaten gegenüber herabsetzen. Er tut dies zwar, wo er im Kampf gegen die preußische und österreichische Geschichtsschreibung, gegen die Tendenzen einer Verpreußung oder Verösterreicherung Deutschlands, später gegen Bismarck und sein Werk steht. Seine Urteile sind hier oft sehr scharf, besonders über die mangelnde Geistigkeit Preußens. Einseitig, wiederum in der Reaktion gegen die borussische Geschichtsschrei-

---

[75]) Unter Politismus versteht Frantz das Vorherrschen des mechanistisch-verwaltungsmäßigen Elements im Staat (Von der deutschen Föderation) S. 95 ff.

[76]) Wiederherstellung S. 29.

[77]) Untersuchungen S .219 ff.

bung, ist auch seine Betrachtung der preußischen Geschichte. Es ist gewiß ein Verdienst von Frantz, daß er als einer der ersten gegen die borussische Geschichtsschreibung Front gemacht hat, daß er versuchte, deutsche Geschichte auch vom deutschen Standpunkt zu betrachten. Aber er unterschätzt hierbei die Bedeutung der brandenburgisch-preußischen Politik. Er sieht nicht, daß die Eroberung Pommerns, Ost- und Westpreußens, wenn auch nicht als solche gewollt, doch eine deutsche Tat war. Er verkennt, daß diese Gebiete, auch wenn sie schon im Mittelalter dem Deutschtum verbunden waren, ohne die Wiedererwerbung durch Preußen dem Deutschtum dauernd verloren gegangen wären. Frantz mißversteht überhaupt die borussische wie die österreichische Geschichtsschreibung und die kleindeutschen wie großdeutschen Tendenzen, wenn er sagt, daß es ihnen nur darum gegangen wäre, ein Großpreußen oder ein Großösterreich zu schaffen [78]).

Aber grundsätzlich bejaht doch Frantz die Aufgabe und Eigenart Preußens und Oesterreichs ebenso wie die der westlichen Staaten. Alle deutschen Staaten erscheinen ihm wegen ihrer stark ausgeprägten Besonderheiten, auch wegen ihrer geographischen Lage, ergänzungsbedürftig. In allen deutschen Staaten besteht „eine innere Mangelhaftigkeit . ., deren Folgen in den Einzelstaaten selbst gar nicht zu beseitigen, noch zu überwältigen sind . ., welche durch die fortschreitende Entwicklung der Einzelstaaten nur umso mehr hervortritt, und wodurch alle Staaten über sich selbst hinausgeführt werden“ [79]). Gerade in ihrer Gegensätzlichkeit sind alle deutschen Staaten zusammen erst Ausdruck deutschen Wesens; erst durch sie ist die Möglichkeit lebendiger gegenseitiger Ergänzung gegeben. Sie ist wesentliche Ursache der Lebendigkeit und Vielfalt deutschen Wesens.

Eine Verbindung der deutschen Staaten zu einer Einheit muß ausgehen von dieser Gegensätzlichkeit zwischen dem Westen und dem Osten Deutschlands. Es müssen die westlichen Staaten in ihrer Besonderheit erhalten werden. Denn in ihnen lebt der alte Stammesgeist, die Ursache der deutschen Größe im Mittelalter, noch immer [80]). Ebenso liegt in der Erhaltung Preußens und Oesterreichs die beste Lösung für diese Länder selbst wie für Deutschland.

Die Aufgabe der deutschen Einigung besteht dann darin: „einerseits die deutschen Machtgebiete, welche durch die Nordmark und Ostmark begründet sind, zu erhalten, andererseits dem in Ohnmacht versunkenen und zerstückelten alten Reichsgebiet ein neues politisches Leben zu geben, und dann endlich die beiden Seiten in ein angemessenes Verhältnis zueinander zu bringen“ [81]). Dies ist allerdings nur die Fragestellung des

[78]) Kritik aller Parteien S. 296.
[79]) Wiederherstellung S. 76.
[80]) Untersuchungen S. 269.
[81]) Wiederherstellung S. 206.

Jahres 1865; früher und nach der Reichsgründung hat sie Frantz erweitert. Er erstrebt nicht nur ein „angemessenes Verhältnis", sondern eine wirkliche Verbindung und Ergänzung zwischen West und Ost.

Auch in einer andern Beziehung deutet diese Formulierung eine Erweiterung der Aufgabe an; wenn Frantz von den „Deutschen Machtgebieten" im Osten spricht, so unterstreicht er damit die europäische Seite der Aufgabe Preußens und Oesterreichs. Denn Frantz spricht Preußen und Oesterreich, wenn er sie als Glieder Deutschlands bezeichnet, damit nicht ihren Charakter als europäische Mächte ab. Sie sind beides zugleich: Glieder Deutschlands und europäische Mächte. Diese Doppelstellung ist eine der Hauptursachen für die Schwierigkeit der deutschen Einigung [82]). Sie ist die Ursache dafür, daß in die deutsche Frage die gesamten europäischen Probleme hineinspielen, daß die deutsche Neuordnung nur im Hinblick auf eine Neuordnung des gesamten europäischen Staatensystems möglich ist.

3. Deutschland und Europa.

„Europa ist durch Deutschland gefallen, durch Deutschland muß es wieder auferstehen." Dieses Wort, das Gentz einst ausgesprochen hatte, stellt Frantz den „Untersuchungen über das europäische Gleichgewicht" voran; wiederholt klingt es in seinen späteren Werken auf.

Frantz führt nicht nur die politische Situation Deutschlands, sondern auch die Europas seit dem Ausgang des Mittelalters zurück auf das Versagen der universalistischen Idee des Reiches: infolge des Aufkommens der partikularistischen Tendenzen in Europa verlor die Idee des Reiches ihre Konzentrationskraft den Ländern gegenüber, die zwar dem Reich nicht politisch eingeordnet waren, die sich aber doch seiner Idee unterworfen hatten. Frankreich und England fühlten sich nun nicht mehr als Glieder der abendländischen Völkerfamilie, sondern begannen sich als autonome, souveräne Staaten zu konstituieren. Europa war nicht mehr Einheit, sondern nur mehr räumlicher Begriff, Gruppe einer Summe autonomer, sich selbst verabsolutierender Staaten, deren Politik allein durch ihre Interessen, durch die Staatsräson bestimmt wurde. Die einzigen Grenzen, die dem durch ethische Hemmungen unbeeinflußten Machttrieb der einzelnen Staaten entgegenstanden, waren die Interessen der anderen Staaten. Alle Staaten standen einander im Grunde feindlich gegenüber [83]). Nur zufällig gemeinsame Interessen, gemeinsame Furcht vor einem zu stark werdenden Gegner führten zu ebenso zufälligen Allianzen. Daraus entstand das ständige Streben nach einem europäischen Gleichgewicht. Es wurde aber jeweils nur ein Gleichgewichtssystem geschaffen, das weder einen politischen Schwer-

[82]) Wiederherstellung S. 412.
[83]) Untersuchungen S. 22 f.

punkt hatte noch durch die Achse einer gemeinsamen Idee gehalten wurde. Es geriet bei jeder Verschiebung der Machtkonstellation ins Wanken und mußte nach den Kriegen, die aus solcher Gleichgewichtsstörung folgten, jeweils wieder neu ausgewogen werden.

Einen entscheidenden Stoß erhielt der Gedanke und die Politik des europäischen Gleichgewichts durch Napoleon I. Sein Versuch, ganz Europa zu unterwerfen, ein zentralistisches, von Paris aus beherrschtes Europa zu schaffen, hatte nicht nur eine Interessenverbindung der übrigen Staaten gegen ihn zur Folge, sondern löste auch wieder ein erstes europäisches Gemeinschaftsbewußtsein aus [84]). Napoleon wurde niedergeworfen; als die Gefahr beseitigt schien, zerfiel bald wieder das in den Anfängen begriffene Gemeinschaftsbewußtsein, das seinen Ausdruck auf dem Wiener Kongreß und in der Aachener Konvention gefunden hatte [85]). Napoleon wurde niedergeworfen; aber der Napoleonismus, vertreten durch Napoleon III., bedroht Europa von neuem [86]). Im Napoleonismus sieht Frantz das einzige gesamteuropäische Prinzip, während alle anderen Prinzipien keine politische Kraft mehr haben [87]). Sie haben nicht die Kraft, die zu einer gemeinsamen Allianz gegen die Gefahr einer zweiten Unterwerfung Europas durch Frankreich führen könnte. Noch weniger ist es möglich, daß aufgrund der die politische Oberfläche beherrschenden Ideen wieder ein europäisches Gemeinschaftsbewußtsein erwacht.

Dazu drohen Europa nicht nur von innen Gefahren, sondern auch von außen, durch die neuen Weltmächte, vor allem durch Rußland. Rußland hat sich zwar als europäische Macht konstituiert und wurde, indem es in das europäische Gleichgewichtssystem aufgenommen wurde, auch als solche anerkannt, dies war aber nur möglich, weil das europäische Gemeinschaftsgefühl erloschen war. Denn Rußland ist keine europäische Macht, hat in keiner Hinsicht mit Europa etwas gemein [88]). Sein oströmischer — für Frantz unchristlicher — Glaube, seine Bevölkerung kennzeichnen es als asiatische Macht, seine ungeheure Ausdehnung, seine riesigen Machtmittel als Weltmacht. Es macht, solange es am europäischen Konzert beteiligt ist, eine europäische Gemeinschaftspolitik unmöglich und stellt eine schwere Bedrohung Europas dar. Denn es ist schon weit nach Europa vorgedrungen; es strebt — ebenso wie Frankreich — danach, Europa zu unterwerfen, es despotisch-zentralistisch zu beherrschen. So droht Europa von zwei Seiten her der Untergang, die Unifizierung und Zentralisierung, die Zerstörung alles individuellen Lebens, aller Kultur. Seit den Kriegen Napoleons I. und der russischen Allianzpolitik im 19. Jahrhundert ist vor allem

[84]) Wiederherstellung S. 439.
[85]) Weltpolitik Bd. I, S. 118 f.
[86]) Untersuchungen S. 390 f.
[87]) Untersuchungen S. 425.
[88]) Weltpolitik Bd. I, S. 105 f.

Mitteleuropa einem doppelten Druck ausgesetzt, der es zu zermalmen droht [89]). Von einem Gleichgewicht kann nicht mehr die Rede sein, da die beiden mächtigsten Staaten von der Peripherie aus das Ganze beherrschen wollen [90]).

Ein neuer Gegner ist Europa in den Vereinigten Staaten entstanden. Sie können ihm zwar nicht unmittelbar gefährlich werden; aber sie verfügen über ungeheure wirtschaftlich-materielle Kraftreserven, sodaß sie Europa bald wirtschaftlich überflügeln und eine Kolonialpolitik der europäischen Staaten unmöglich machen werden [91]).

Dazu droht das im Gefolge der französischen Revolution aufgetretene Nationalstaatsprinzip, Europa noch mehr in Kampf und Zersplitterung zu reißen. Fühlten sich vorher die einzelnen Staaten noch an einige — freilich nur formale — völkerrechtliche Grundgesetze gebunden, bestand noch eine gewisse Achtung vor den geschichtlich gewordenen und rechtlich sanktionierten Staatenverhältnissen, so setzt sich die revolutionäre Lehre vom absoluten Recht der Völker grundsätzlich über jedes andere Recht hinweg [92]). Das Nationalstaatsprinzip ist vor allem dazu angetan, Mitteleuropa und den Balkan noch weiter zu zersplittern. Die enge Verflechtung der Nationen in diesen Räumen muß zu niemals endenden Kämpfen führen.

Um diese Gefahren zu überwinden, ist eine völlige Neuordnung Europas notwendig; eine Neuordnung, die zu einer stabilen Organisation führen muß, ohne das innere Leben der einzelnen Nationen und Staaten, den Quell der europäischen Kultur, zu zerstören. Eine Organisation, die die Europa zersplitternden Gedanken der Souveränität des Staates oder der Nation ebenso überwindet wie die Gefahr einer von Frankreich oder Rußland ausgehenden kulturzerstörenden Zentralisation.

In den „Untersuchungen" formuliert Frantz diese Aufgabe dahin, daß ein neues, stabiles Gleichgewicht geschaffen werden müsse. Stabil könne es nur sein, wenn sein Schwerpunkt in der Mitte liege, wenn es außerdem durch das Gemeinschaftsbewußtsein der europäischen Staaten geistigen Halt gewinne [93]). Kann man eine solche Organisation noch ein Gleichgewichtssystem nennen? Ein Gleichgewicht kann doch nur da bestehen, wo verschiedene Kräfte in wechselseitigem Kampf und in wechselseitiger Verbindung einander auswiegen. Widerspricht der Gedanke des Gleichgewichts nicht auch der Idee des Föderalismus, der nur ein Ausstrahlen der in der Ganzheit vereinigten Macht, aber keine gegeneinanderwirkenden Kräfte kennt? Auch diesen Gedanken eines Gegeneinanderwirkens ver-

[89]) Weltpolitik Bd. I, S. 120.
[90]) Untersuchungen S. 151.
[91]) Weltpolitik Bd. I, S. 90.
[92]) Untersuchungen S. 319.
[93]) Untersuchungen S. 378 ff.

schiedener Kräfte hat Frantz in den „Untersuchungen“ und in der ein Jahr vorher erschienenen Schrift „Quid faciamus nos?“ noch nicht völlig überwunden, ein Zeichen, daß ihm der Gedanke des Föderalismus hier noch nicht in seiner Totalität klar war. Ebenso finden sich in diesen Schriften noch Rudimente eines deutschen oder germanischen Autarkismus [94]). Erst nach dem Beginn der 60er Jahre, nach der völligen Konzeption des Föderalismusgedankens, überwindet Frantz diese Ideen, die freilich auch früher nur in Andeutungen vorhanden waren. Von jetzt an ist sein Ziel nicht mehr, die europäischen Gegensätze auf dem Wege des Kompromisses und gegenseitiger Allianzen auszugleichen; er will die europäischen Mächte völlig zur Kooperation bringen, zu einer europäischen Gesamtpolitik verbinden. So läßt er auch den Begriff des stabilen Gleichgewichts fallen, und spricht nur noch von einer europäischen oder mitteleuropäischen Föderation.

Die Aufgabe einer Neuorganisation Europas kann nur von Deutschland gelöst werden. Sie richtet sich primär nur auf Mitteleuropa, auf das Gebiet zwischen Frankreich und Rußland. Deutschland, die geistige und geographische Mitte Europas, muß sich auch als politisch aktive, „in sich selbst ruhende Mitte Europas“ gestalten [95]), muß eine Macht bilden, die dem von Rußland und Frankreich auf Mitteleuropa ausgeübten Druck gewachsen ist. Macht hat für Frantz nur da Bestand, wo sie sich gründet auf eine universale ethische Idee, und wo sie entsteht durch Verbindung lebendiger und in sich freier individueller Kräfte. Diese beiden Voraussetzungen sind in Deutschland gegeben, wenn es seine Einigung gemäß seinen ureigenen Lebenstrieben, gemäß seiner Eigenart findet. Die deutsche Föderation ist nicht nur Vorbild einer mitteleuropäischen Föderation, nicht nur ihre Voraussetzung, sondern sie enthält die mitteleuropäische Föderation schon in sich. Die deutsche Frage kann nur gelöst werden, wenn die mitteleuropäische Frage zugleich mit ihr gelöst wird. Wenn das Problem der deutschen Einigung darin liegt, zunächst die westdeutschen Staaten und Stämme zum Zusammenwirken zu bringen, so bedeutet dies schon im engen Bezirk die Ueberwindung des Nationalstaats- und Staatssouveränitätsgedankens. Denn innerhalb Deutschlands wirken die Stämme wie Nationen, und die Staaten waren, wenn auch nicht de jure, so doch de facto souverän [96]).

Wenn diese westliche Föderation mit Preußen und Oesterreich für alle Zeiten verbunden wird, so ist damit die Verbindung zweier europäischer

[94]) Vor allem der Gedanke einer germanischen Allianz in „Quid faciamus nos?“ Frantz fordert hier, daß die germanischen Staaten sich von den übrigen europäischen Staaten möglichst abschließen sollen. Doch ist dieser Gedanke nur Episode geblieben.

[95]) Wiederherstellung S. 130.

[96]) Deutschland und der Föderalismus S. 125.

Mächte hergestellt. Denn Preußen und Oesterreich sind wohl auf der einen Seite Glieder Deutschlands, auf der anderen Seite aber auch europäische Mächte. Sie sind außerdem nationenverbindende Mächte[97]). Sie können die Aufgabe, die außerdeutschen Nationen an sich zu binden, aber nur erfüllen, wenn sie sich als Glieder Deutschlands, als Beauftragte der föderativen Idee fühlen.

Vorbedingung einer solchen deutsch-föderativen Politik Preußens und Oesterreichs ist, daß sie den Großmachtsgedanken aufgeben, daß sie die Pentarchie verlassen. Die Abkehr von der Pentarchie erscheint Frantz nur als ein Akt politischen Weitblicks; denn ihre Bedeutung verschwindet mehr und mehr den aufkommenden Weltmachtstendenzen gegenüber. Sie ist dazu für Preußen und Oesterreich nur ein Hindernis ihrer Entwicklung. Denn beide Staaten sind die schwächsten Glieder der Pentarchie, beide sind nur passive Elemente im europäischen Gegenspiel[98]). Sie befinden sich entweder in der Gefahr, von Rußland und Frankreich erdrückt zu werden, oder sie müssen sich an eines dieser Länder anlehnen, und diese werden eine deutsche Politik immer zu verhindern suchen[99]). Sie werden Oesterreich und Preußen gegeneinander ausspielen. So werden beide Länder durch den Zwang, ihre Großmachtsstellung zu erhalten, in eine Kampfstellung zueinander gebracht.

Erste Vorbedingung, die die deutsche Frage der Lösung näher bringt, ist, daß Oesterreich und Preußen nicht mehr zueinander in Gegensatz stehen, sondern gemeinsame Politik treiben. Sie müssen „den Ausgangspunkt ihrer Politik in Deutschland nehmen, und dieser gemeinsame Ausgang wird dann auch das Zusammenwirken zwischen Preußen und Oesterreich befördern. Soll ihre Politik hingegen nur von ihrer europäischen Stellung ausgehen, und erst hinterher auf Deutschland Bezug nehmen, so ist der Zwiespalt fast unvermeidlich, und das deutsche Interesse fast immer gefährdet. Darum in Zukunft keine preußisch-deutsche und keine österreichisch-deutsche Politik mehr, wie sie bisher nach den herrschenden Großmachtsideen geübt wurde, sondern eine deutsch-preußische und deutsch-österreichische“[100]). In seiner Schrift „Von der deutschen Föderation“[101]) stellt Frantz ein Schema solcher Politik auf: gemeinsamer Ausgangspunkt ist das westliche Deutschland. Oesterreich soll sich in den südwestdeutschen, Preußen in den nordwestdeutschen Staaten einen politischen Rückhalt suchen. Die gemeinsame Richtung ihrer Politik ist der Osten. Oesterreichs besondere Aufgabe liegt im südöstlichen und südlichen Raum, im Balkan, in Istrien und Nord-

[98]) Untersuchungen S. 60 f.
[99]) Untersuchungen S. 60.
[100]) Wiederherstellung S. 100.
[101]) S. 39 ff.
[97]) Untersuchungen S. 236.

italien [102]). Preußen muß seine Aufgabe suchen in der Erschließung des nordöstlichen Raumes, in der Föderation mit dem Baltikum und mit Polen. Sie sollen diese fremden Nationen aber nicht sich selbst staatlich-zentralistisch unterwerfen, — wie dies vor allem in Oesterreich geschehen ist —, sondern ihre Aufgabe darin sehen, Mittler der Verbindung zwischen Deutschland und dem abendländischen Osten zu sein. Hierdurch entgehen Preußen und vor allem Oesterreich nicht nur der Gefahr, durch innere Nationalitätenkämpfe geschwächt und zerrissen zu werden [103]), sondern sie können ihre Macht noch weiter ausdehnen, Oesterreich nach dem Balkan, Preußen bis zum Baltikum.

Auch die übrigen nichtdeutschen Staaten, die früher zum Reichsverband gehört hatten, die Schweiz, Holland, Luxemburg und Belgien, selbst die nordischen Staaten werden sich — so glaubt Frantz — freiwillig einer solchen Föderation anschließen in dem Bewußtsein, daß in einer solchen Verbindung ihre innere und äußere Freiheit und Sicherheit am besten gewährleistet sei [104]). Erst ein solcher Bund wird mächtig genug sein, um Rußland und Frankreich gegenüber bestehen zu können.

Die mitteleuropäische Föderation soll keine aggressiven Tendenzen verkörpern [105]). Frantz glaubt überhaupt, daß in einer föderativen Verbindung aggressive Tendenzen unmöglich seien, daß nur ein zentralistischer Körper aggressive und imperialistische Politik treiben könne. Der mitteleuropäische Bund sei daher der beste Schutz gegen Frankreich, ohne daß Frankreich von ihm Gefahr drohe. Nach Osten hat der Bund die Aufgabe, Rußland nach Asien zurückzuweisen. Aber ist das nicht aggressive Politik? Ein möglicher Krieg gegen Rußland ist für Frantz kein Aggressivkrieg, denn er dient der Rückerwerbung ehemals dem Abendland zugehöriger Gebiete, erscheint Frantz daher auch vom christlichen Standpunkt aus als gerechtfertigt.

Das europäische Endziel, das Frantz mit seinen mitteleuropäischen Plänen verfolgt, ist ein gemeinsames Zusammenwirken der europäischen Staaten in der Orient- und Balkanpolitik, die Okkupation und Regeneration des Orients. Frantz sieht hier nicht so sehr eine machtpolitische, sondern eine geistig-kulturelle und christliche Aufgabe des Abendlandes [106]). Um dieser Orientpolitik und um des gemeinsamen Kampfes gegen Rußland willen muß sich auch England dem mitteleuropäischen Bund anschließen [107]).

[102]) Die spätere Einigung Italiens zerstört diese Pläne; Frantz sah darin den augenfälligsten Beweis für das Versagen des Deutschen Bundes. („Drei und dreißig Sätze ..." S. 82 ff.).

[103]) Untersuchungen S. 136.

[104]) Weltpolitik Bd. I, S. 160.

[105]) Der Föderalismus S. 336.

[106]) Der Föderalismus S. 404.

[107]) Die Forderung einer Verbindung Deutschlands mit England zwecks gemeinsamer Orientpolitik hatte schon Friedrich List aufgestellt („Ueber den Wert und die Bedingungen einer Allianz mit England", 1846 in: Friedr. List. Sämtl. Werke, ed. Fr.-List-Gesellschaft, Berlin 1931, Bd. VII, S. 267 ff.)

Frantz glaubt, daß die europäischen Mächte durch das Zusammenwirken auf außereuropäischem Gebiet nicht nur wieder zu einem Gemeinschaftsbewußtsein gelangen, sondern daß sie sich schließlich auch zu einer gesamteuropäischen Föderation zusammenschließen werden. Aber das ist für ihn nur ein Fernziel.

Ist das Bild, das Frantz hier zeichnet, nicht doch nur ein verlockendes unerfüllbares Wunschbild? Ist es nicht reine Ideologie, vergleichbar den Paneuropaideen Coudenhove-Briandscher Prägung, nur mit deutschem statt mit französischem Vorzeichen? Es mag uns dies heute so scheinen, wenn wir zurückblicken auf die Nationalisierung und die daraus folgende Zersplitterung im mitteleuropäischen Raum. Uns will scheinen, daß diese Zersplitterung unabwendbar kommen mußte; zu Frantz' Zeit aber stand sie erst in ihren Anfängen. Ja, der Reichstag zu Kremsier hatte sogar einen Tag vor seiner Auflösung gezeigt, daß der Gedanke einer Föderation im mitteleuropäischen Raum auf regionalistischer Grundlage (regionalistisch ist auch der Weg, den Frantz einschlagen will) nicht so fern lag, wie wir allgemein glauben. Und heute wird die Anschauung vertreten, daß die Nationalisierung Zwischeneuropas künstlich entstanden sei, daß sie nur von einer Oberschicht getragen werde [108]).

Eine mitteleuropäische Föderation hätte gewiß nicht alle schwierigen Probleme der europäischen Politik mit einem Schlage gelöst. Gewiß hätte die Schaffung dieser Föderation großer Anstrengungen bedurft. Aber es kann und muß doch gesagt werden, daß sie möglich gewesen wäre, am ehsten wohl in den Jahren zwischen 1848 und 1861. Auch das kann gesagt werden, daß sie uns manchen schweren Umweg, der heute noch nicht zu Ende gegangen ist, erspart hätte.

Soviel Licht aber Frantz auf das Bild der mitteleuropäischen Föderation fallen läßt, mit so vielen schweren Schatten zeichnet er auch die Gefahren, die Europa drohen, wenn es den von ihm gewiesenen Weg nicht geht. Die mitteleuropäische Föderation ist ihm nicht einfach ideale Forderung, die Europa in Schönheit und Würde erstrahlen läßt, sondern die einzig mögliche und unbedingt notwendige Forderung, deren Verwirklichung allein es in den Stand setzt, den ungeheuren Gefahren, die ihm von innen wie von außen drohen, zu begegnen; Gefahren, die nicht nur im Augenblick bestehen, sondern immer größer und bedrohlicher anwachsen; Gefahren, die auch nicht von heute auf morgen gebannt werden können. Frantz täuscht sich trotz des weiten Fluges seiner Gedanken nicht darüber hinweg, wie schwer sie zu verwirklichen sind. Viele Etappen, viele Hindernisse hat dieser Weg, auch wenn oder gerade weil er zu einem idealen Ziele führen soll.

---

[108]) Vgl. Giselher Wirsing: „Zwischeneuropa..." Jena 1931, S. 308.

IV. Die politischen Forderungen zur deutschen Frage.

1. Die deutsche Föderation.

Frantz' praktisch-politische Forderungen waren — wie sein ganzes Gedankengebäude überhaupt — sein ganzes Leben und Schaffen hindurch nur sehr geringen Wandlungen ausgesetzt. Sie unterscheiden sich wesentlich nur dadurch, daß sie nach der jeweils herrschenden politischen Konstellation — und auch dies nur in geringem Maße — abgewandelt wurden. Doch diese geringen Unterschiede sind für die geistesgeschichtliche Fragestellung nicht von entscheidender Bedeutung. Nur 1865 scheinen Frantz' Forderungen gegenüber den früheren Bestrebungen wesentlich verändert zu sein. Aber auch hier besteht mehr ein Unterschied in den Mitteln, die zur Erreichung des Zieles angewandt werden sollen, weniger aber im Ziel selbst. Das Ziel steht Frantz unverrückbar vor Augen, nicht nur 1865, sondern auch noch nach der Reichsgründung. Auf dieses Ziel hin: die Verwirklichung der Föderation, sollen Frantz' Forderungen vor allem untersucht werden.

a) Die Triasidee 1848—1861.

Frantz' oberster Grundsatz in der deutschen Frage ist, daß die deutsche Einigung sich aus den bestehenden Verhältnissen organisch entwickelt. Er hält sich vor allem in den ersten Jahren seiner politischen Publizistik sehr eng an diesen Grundsatz. Er glaubt, daß die deutsche Einheit nur aus dem Deutschen Bunde hervorgehen könne. Zwar ist der Bund politisch ohnmächtig, zu aktiver Politik nicht mehr fähig. Aber er setzt als einzige Institution, wenn auch schwach und unvollkommen, die Tradition des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation fort [1]). Er ist, wenn auch ohne wirkliches Leben, ohne politische Aktivität, doch Grundlage einer föderativen Ordnung. Frantz wirft zwar dem Bund seine Passivität und Schwäche vor, glaubt aber bis in die 60er Jahre, daß seine Regeneration, seine Aktivierung möglich sei. Erst später, in der „Wiederherstellung", sieht er die Lösung der deutschen Frage nicht mehr in der Weiterentwicklung des Bundes; aber er will ihn doch erhalten wissen, solange eine neue deutsche Form noch nicht besteht. Lange bewahrte Frantz den Glauben an den Bund, an seine Aufgabe als Träger deutscher Tradition. Erst nachdem er endgültig versagt hatte, nachdem die Entwicklung über ihn hinweggeschritten war, wird ihm klar, daß er nur ein Institut zur Erhaltung alter Partikularismen und Traditionalismen gewesen war [2]).

Frantz will den Bund so reaktivieren und reorganisieren, daß aus ihm ein wirklicher, d. h. politisch wirksamer, aktiver Bund wird, daß er —

[1]) Wiederherstellung S. 136 f.
[2]) Aufruf zur Begründung einer föderativen Partei S. 7.

wie es die Wiener Schlußakte forderte — sich repräsentiert als „eine in politischer Hinsicht verbundene Gesamtmacht“ [3]).

Der Bund selbst ist keine solche Gesamtmacht, sondern — wenn auch für ewige Zeiten gestiftet — nur eine völkerrechtliche Verbindung. Im Bundestag sieht Frantz nichts anderes als die Versammlung von Diplomaten souveräner Staaten. Er habe weder selbst die Möglichkeit der Exekutive, noch könne er die Durchführung seiner Beschlüsse in den Einzelstaaten überwachen und gegebenenfalls erzwingen. Er habe vor allem Oesterreich und Preußen, den beiden größten Bundesgliedern gegenüber keine Macht [4]).

Notwendig sei daher vor allem die Schaffung einer Exekutive, die die Macht habe, die Beschlüsse des Bundes durchzuführen. Diese Macht könne nicht formalrechtlich durch Beschluß des Bundestages geschaffen werden; die Exekutive muß d e n Gliedern des Bundes übertragen werden, die schon ein Höchstmaß an tatsächlicher Macht besitzen. Es müssen also in erster Linie Preußen und Oesterreich in dem Exekutivorgan, dem „B u n d e s v o r s t a n d“ vertreten sein [5]). Zu diesen beiden Staaten soll noch ein westdeutscher Mittelstaat kommen. Um ein Mindestmaß an Organisation und ein Höchstmaß an wirklicher Macht zu erreichen, können Mitglieder des Bundesvorstands nur die Souveräne selbst sein [6]). Nur so ist der Bundesvorstand wirklich den Souveränen der einzelnen Länder übergeordnet.

Für uns ist vor allem von Interesse, nach welchem Grundsatz Frantz den dritten Bundesherrn, den Vertreter Westdeutschlands im Bunde bestimmt wissen will. Frantz sucht hier nämlich eine territoriale Aufgliederung Westdeutschlands zu erreichen, die den landesherrlichen Territorialismus weitgehend überwindet. Allerdings können nur die Einzelstaaten sich miteinander verbinden und so die Einheit herstellen. Aber diese Verbindung muß so geschehen, daß nicht so sehr den landesherrlichen Interessen und dem formalen Souveränitätsprinzip Genüge getan wird, sondern daß, soweit die bestehende Staatengliederung es zuläßt, die alte Stammeseinteilung und Verbindung wiederhergestellt wird. Es soll also keiner der bestehenden Staaten zerrissen, keine Landesgrenze geändert werden. Aber es soll der Partikularismus vor allem der kleinsten deutschen Staaten dadurch überwunden und politisch unwirksam gemacht werden, daß diese auf eine aktive Politik, auf eine direkte politische Vertretung in der Bundesherrschaft verzichten und sich den Mittelstaaten anschließen. Den Kleinstaaten in Deutschland bleibt dann die Aufgabe, innerhalb Deutschlands die kulturelle und geistige Führung zu übernehmen und innerhalb ihres Landesgebietes die soziale Frage beispielgebend zu lösen. So sollen sich alle deutschen Staa-

[3]) Drei und dreißig Sätze S. 14.
[4]) Drei und dreißig Sätze S. 33.
[5]) Von der deutschen Föderation S. 65 f.
[6]) Von der deutschen Föderation S. 67.

ten, die Kleinstaaten, die Mittelstaaten und die Großmächte gegenseitig ergänzen [7]). Die Kleinstaaten sind nicht Träger geschichtlicher Tradition, da sie nur aus „Bruchstücken von Stämmen" bestehen, während in den Mittelstaaten — Frantz rechnet hierzu Bayern, Baden, Württemberg, die beiden Hessen, Sachsen, Hannover und Mecklenburg — sich „eine Stammeseigentümlichkeit ausdrückt" [8]). Ihre Aufgabe besteht darin, das gesamte westliche Deutschland politisch zu vertreten. Ihre Landesherren sollen sich dazu zu einem Kongreß zusammenschließen und einen aus ihrer Mitte in den Bundesvorstand delegieren [9]).

Der Bundesvorstand hat einmal die Aufgabe, die Ausführung der Bundesbeschlüsse zu überwachen. Da er sich aus den Bundesherren der größten Länder zusammensetzt, ist dies ohne Schaffung besonderer Organisationen — wie Bundespolizei usw. — möglich. Gleichzeitig wird der Bundesvorstand ein Hemmschuh gegen allzu viele Eingriffe des Bundestags in die inneren Verhältnisse der einzelnen Länder sein. Durch die Personalunion Landesherr-Bundesvorstand wird am ersten der rechte Ausgleich zwischen den Interessen der einzelnen Staaten und denen des Ganzen erreicht werden, Freiheit und Einheit zugleich verwirklicht werden.

Auch die Außenpolitik liegt in den Händen des Bundesvorstands. Er allein hat den Bund nach außen zu repräsentieren. Bisher bestand keine wirkliche Repräsentation des Bundes nach außen. Sie muß geschaffen werden durch Einrichtung von Bundesgesandtschaften bei den auswärtigen Regierungen [10]).

Da die Bundesherrn zugleich oberste Kriegsherrn in ihren Ländern sind, wird eine Reorganisation der Bundeskriegsverfassung sich von selbst ergeben und ein gemeinsames militärisches Auftreten erleichtert [11]).

Neben dem neuen Bundesvorstand soll der Bundestag erhalten bleiben als Versammlung von Abgesandten aller Bundesländer. Frantz nennt ihn den „Bundesrat" [12]); in ihm sollen auch die Kleinstaaten zu Worte kommen. Daneben fordert er 1851 eine „Versammlung aus Deputierten der Partikularstände zusammengesetzt, welche in Zukunft zu allen organischen Bundeseinrichtungen und allgemeinen Gesetzen ihre Zustimmung zu geben, auch das Recht der Petition und Beschwerde haben wird" [13]). Diese Ver-

[7]) Quid faciamus nos? S. 76 f.
[8]) Von der deutschen Föderation S. 22 f.
[9]) Von der deutschen Föderation S. 70.
[10]) Drei und dreißig Sätze S. 66 f.
[11]) Mit der Bundeskriegsverfassung beschäftigt sich Frantz vor allem in den „Drei und dreißig Sätzen", S. 89 ff., als nach dem italienischen Krieg die Forderung nach ihrer Reorganisation laut wurde. Die Schuld an dem unglücklichen Ausgang des Krieges schiebt Frantz nicht — wie die meisten Publizisten es taten — Oesterreich oder Preußen, sondern vor allem dem Versagen des Bundes zu.
[12]) Von der deutschen Föderation S. 71.
[13]) Von der deutschen Föderation S. 71.

sammlung soll vor allem Ausdruck der deutschen Einheit sein, sie wird auch vom Volke als solche empfunden werden. Hier, in dieser Forderung, hat Frantz wohl eher dem Zeitgeist Rechnung tragen wollen. Später, 1861, läßt er sie wieder fallen.

Frantz hält an diesen Zielen fest von 1848 bis 1861; einige geringe Abwandlungen sind durch die politische Lage bedingt. Seine Forderungen sind durchweg sehr allgemein gehalten, überlassen alle Einzelheiten der zukünftigen Entwicklung. Nur 1848 stellt er einige Pläne einer westdeutschen Verbindung auf [14]), während später diese Verbindung nur angedeutet wird. Aber gerade im Jahre der Revolution, da man die deutsche Einigung von den Paulskirche erhoffte, mag Frantz schwerlich ein Echo gefunden haben. 1851 dagegen, als seine Schrift „Von der deutschen Föderation" erschien, war die Möglichkeit zur Verwirklichung seiner Forderungen eher gegeben. Frantz mag sie vielleicht — sie erschienen anonym — im Hinblick auf die Dresdener Konferenzen geschrieben haben. Aber er kommt hier zu revolutuonäreren Lösungen als die Beratungen der Dresdener Konferenzen, auf denen man sich um eine neun- oder siebenköpfige Exekutive stritt. Revolutionärer ist Frantz vor allem in dem Bestreben, die westdeutschen Staaten — wenn auch in loser Form — unter sich zu verbinden. Frantz wiederholt diese Forderungen 1861 in den „Drei und dreißig Sätzen vom deutschen Bund". Die Notwendigkeit, endlich zu einer Einigung zu gelangen, wurde in diesen Jahren stärker als je empfunden; aber auch die Aussicht, sie durch eine Reorganisation des Bundes und eine trialistische Lösung zu erreichen, war geringer als je geworden.

b) Die „Wiederherstellung Deutschlands" 1865.

Es ist daher in den politischen Verhältnissen begründet, wenn Frantz in der „Wiederherstellung Deutschlands" grundsätzlich mit der Auffassung bricht, daß der reformierte Deutsche Bund Repräsentant eines einigen Deutschland werden könne. Andererseits bedeutet aber die Lösung, die er jetzt sucht, eher einen Rückschritt als einen Fortschritt. Frantz fordert jetzt einen engeren Bund, mit dem sich dann Preußen und Oesterreich in lockerer Form verbinden sollen. Zu dieser Forderung mag ihn vor allem die Enttäuschung darüber veranlaßt haben, daß der Gegensatz zwischen Oesterreich und Preußen, statt allmählich überwunden zu werden, sich immer mehr verschärfte. Andererseits traten die Ostaufgaben Oesterreichs und Preußens mehr in den Vordergrund seines Interesses. Frantz mag wohl der Ansicht gewesen sein, daß Oesterreich und Preußen, je lockerer ihre Verbindung mit dem Westen sei, sich desto besser mit den östlichen Staaten verbinden könnten.

[14]) „Oesterreich, Preußen und Deutschland" und „Polen, Preußen und Deutschland", S. 37 ff.

1. Der Engere Bund.

In seinen ersten Plänen zur Schaffung eines Engeren Bundes knüpft Frantz an die Denkschrift an, die Stein und Hardenberg für den Wiener Kongreß aufgestellt hatten [15]). Die Abgrenzung des Engeren Bundes entspricht fast durchweg den Stein-Hardenbergschen Plänen. Im Engeren Bund sollen alle deutschen Klein- und Mittelstaaten und von Preußen und Oesterreich diejenigen Gebiete, die den westlichen Staaten verwandt sind, zusammengeschlossen werden. Von Oesterreich sollen nur Salzburg und Vorarlberg mit Tirol in den Engeren Bund aufgenommen werden. Nicht aber das Herzogtum Oesterreich, das sich selbst viel mehr österreichisch als deutsch fühlt und das politische Zentrum des österreichischen Bundesstaates ist. Für die europäische Macht Oesterreich sind Vorarlberg, Tirol und Salzburg nur Nebenländer. Nebenländer der europäischen Macht Preußens sind alle seine Provinzen westlich der Elbe; auch die gesamte Provinz Sachsen mit seinen ostelbischen Teilen soll zum Westen geschlagen werden.

Die eigentliche Problematik dieser Forderungen liegt — um zunächst von der Frage abzusehen, ob die politische Konstellation ihre Verwirklichung zugelassen hätte — in der Frage des Verhältnisses der preußischen und österreichischen Gebiete, die dem engeren Bunde angeschlossen werden sollen, zu ihren Kernstaaten. Frantz unterschätzt diese Schwierigkeiten. Daß er nicht an eine Machtminderung Oesterreichs und Preußens durch den Verlust dieser Gebiete glaubt, geht aus seinen Anschauungen über ihre politischen Aufgaben hervor. Ueber die organisatorische Trennung und Verbindung aber macht er nur geringe Andeutungen. Preußen soll seinen linkselbischen Provinzen eine selbständige Provinzialverfassung geben und sie durch Statthalter regieren lassen [16]). Auch Oesterreich muß seine Nebenländer absondern und für sie die Gesamtstaatsverfassung von 1861 aufheben [17]). Preußen und Oesterreich sollen also mit ihren westdeutschen Gebieten nur in sehr lockerer Verbindung stehen. Alle Gebiete, die zu dem Engeren Bunde gehören, sollen „in jeder Hinsicht der Bundesgewalt unterworfen sein“ [18]). Das bedeutet doch, daß Preußen und Oesterreich ihre westlichen Gebiete so gut wie aufgeben müssen, daß sie sich hier allen politischen Einflusses begeben müssen. Andererseits aber will Frantz doch, daß Preußen und Oesterreich diese Gebiete behalten sollen. Aber er kann keine Lösung dieses Zwiespaltes angeben, ebenso wenig wie sie auf dem Wiener Kongreß gefunden wurde. Alle Versuche, in dieser Richtung die deutsche Frage zu lösen, scheiterten an diesen Schwierigkeiten schon in den Anfängen.

---

[15]) Pertz: Steins Leben Bd. IV, S. 43 ff.
[16]) Wiederherstellung S. 253.
[17]) Wiederherstellung S. 232.
[18]) Wiederherstellung S. 233.

Innerhalb des Engeren Bundes sollen die Glieder eine weitreichende Autonomie besitzen, über alle inneren Angelegenheiten selbst bestimmen. Der Bund soll in das innere Leben der Glieder so wenig wie möglich eingreifen, soll aber doch für alle Angelegenheiten, die den Bund selbst, die Gesamtheit seiner Glieder, angehen, mit höchster Machtbefugnis ausgestattet sein. Diese doppelseitige Aufgabe kann nur dadurch gelöst werden, „daß die Glieder der höchsten Gewalt in den Einzelstaaten persönlich zusammentreten, und dadurch ein Kollegium bilden, in welchem die Kollektivsouveränität ruht. Das ist dann das Zentralorgan und die Zentralgewalt des Bundes“ [19]). Frantz wiederholt hier die Forderung, daß nur die Fürsten Träger der deutschen Einheit sein sollten; nur begründet er sie noch eingehender: wenn die Fürsten selbst zum Bunde zusammentreten, so wird hierdurch nicht allein die Freiheit der einzelnen Glieder bei größter Machtkonzentration des Bundes gewahrt. Diese Lösung ist auch die einzige, die konsequent evolutionär ist. Die Lösung, die das deutsche Fürstentum nicht nur zu erhalten, sondern ihm neue Lebensimpulse zu geben vermag. Denn im Bunde sind dem Fürstentum neue Aufgaben gestellt, während ihre Stellung innerhalb der einzelnen konstitutionellen Staaten ihnen nur die Aufgabe einer leeren, formalen Repräsentation überläßt. In dem Bunde werden die Fürsten nicht nur Repräsentanten, sondern die aktiv das Ganze verbindenden Glieder sein. Sie können hierdurch wieder einen Stand, d. h. ein Glied des Ganzen mit einer gliedhaften Funktion neben anderen Gliedern bilden, sich wieder in das Volksganze einordnen [20]).

Ausfluß dieser obersten Bundesgewalt muß ein durch Wahl oder nach einem Turnus gebildetes Direktorium mit ebenfalls gewähltem oder wechselndem Vorsitz sein. Dieses Direktorium übernimmt die eigentlichen Regierungsaufgaben. Neben dem nur von Zeit zu Zeit zusammentretenden Fürstentag und dem regierenden Direktorium ist ein zweites permanentes Direktorium zu bilden, das sich aus den Vertretern der einzelnen Fürsten zusammensetzt. Preußen und Oesterreich sind in der Bundesregierung nur für ihre dem Bunde angehörenden Länder durch deren Statthalter vertreten [21]).

Unter den Aufgaben des Bundes steht die Außenpolitik voran. Eine Außenpolitik der einzelnen Bundesglieder soll ausgeschlossen sein. Zwecks gemeinsamer Kriegsführung muß eine Bundesarmee geschaffen werden, die, um jederzeit schlagkräftig zu sein, auch in Friedenszeiten einer gemeinsamen Oberleitung unterstellt sein muß. Die Kontingente der einzelnen Staaten zu dieser Armee müssen in erster Linie dem Bunde verpflichtet werden. Von Preußen und Oesterreich sollen die Truppen ihrer Bundes-

[19]) Wiederherstellung S. 307.
[20]) Wiederherstellung S. 316 f.
[21]) Wiederherstellung S. 311.

länder aus der preußischen und österreichischen Armee ausgeschieden und allein dem Bund unterstellt werden [22]).

2. Der Weitere Bund.

Während Frantz eingehend darlegt, wie er sich die Organisation des Engeren Bundes denkt, stellt er zur Verbindung des Bundes mit Oesterreich und Preußen nur allgemeine programmatische Forderungen auf. Nicht darum, weil ihm diese Verbindung weniger wichtig wäre als die westdeutsche Föderation. Aber Frantz glaubt, daß sie nicht so sehr organisatorisch geschaffen werden könne, daß sie vielmehr sich ergeben müsse, wenn erst der Engere Bund ins Leben getreten sei. Der Weitere Bund ist ihm weniger eine Frage der Organisation als vielmehr der geistigen und politischen Einstellung Preußens und Oesterreichs gegenüber Westdeutschland.

Das Gebiet des Weiteren Bundes soll über die Grenzen des Deutschtums so wenig wie möglich hinausreichen. Es soll das ganze Westdeutschland, Gesamtpreußen (einschließlich seiner polnischen Volksteile [23]) und das cisleithanische Oesterreich außer Böhmen und Galizien umfassen.

Die Form der Verbindung Westdeutschlands mit Preußen und Oesterreich ist schon angedeutet durch den Titel „Wiederherstellung Deutschlands". Frantz will eine Verbindung des westlichen Kerndeutschland mit seinen beiden großen Marken nach Art des mittelalterlichen Reiches herstellen, ein Mittleres zwischen staatsrechtlicher und völkerrechtlicher Verbindung schaffen; einen ewigen Bund, der darin intensiver, enger ist als eine bloß völkerrechtliche Verbindung, daß er nicht nur auf gemeinsamen äußeren Interessen beruht, sondern auch auf geistiger und geschichtlich-nationaler Gemeinschaft. Einen Bund nicht zur Verfolgung machtpolitischer Ziele, sondern zur Erfüllung einer gemeinsamen universalen Aufgabe.

Konkret organisatorisch kommt Frantz aber nur in zwei Punkten zu einer mehr als völkerrechtlichen Verbindung. Er will, daß das gesamte Deutschland zu einem einheitlichen Wirtschaftsgebilde werde. Notwendig sei daher ein Handelsbund. Nachdem Frantz bis 1861 an eine Erweiterung des Zollvereins auf Oesterreich gedacht hatte, fordert er jetzt einen engeren Zoll- und Handelsbund mit festen Institutionen, der das Gebiet des Engeren Bundes umfaßt, und einen weiteren, lockerer geknüpften Handelsbund, der nicht nur Preußen und Oesterreich, sondern das gesamte Mitteleuropa zwischen der französischen und russischen Grenze umfassen soll.

Ebenso wünscht Frantz eine einheitliche militärische Organisation des Weiteren Bundes. Diese Forderung ist die Konsequenz des Gedankens, daß Preußen, Oesterreich und der Engere Bund nicht zufällige, zeitlich begrenzte

---

[22]) Wiederherstellung S. 221 ff.

[23]) Frantz empfindet die polnische Bevölkerung Preußens sehr stark als nationalen Fremdkörper; auch ihretwegen muß eine übernationale Lösung gesucht werden.

Interessen, sondern eine gemeinsame ewige Aufgabe haben. Aber seine Forderung nimmt keine konkrete Gestalt an, bleibt programmatisch. Frantz hat noch nicht einmal eine gemeinsame militärische Oberleitung bestimmt.

Auch in diesen Gedanken des Engeren und Weiteren Bundes — sie wurden ein Jahr vor der Lösung der deutschen Frage durch „Blut und Eisen" aufgestellt — zielt Frantz an der Wirklichkeit vorbei. Denn das Uebergewicht Oesterreichs und Preußens innerhalb Deutschlands, das vor allem seit Ende der 50er Jahre sich immer deutlicher herausgestellt hatte, ließ eine Lösung nicht zu, die das Hauptgewicht auf den Westen legte.

Man würde Frantz Unrecht tun, wollte man seine Zielsetzungen formal staatsrechtlich zu definieren suchen. Denn Frantz vermeidet bewußt alle staats- oder völkerrechtlichen Begriffe wie Staatenbund oder Bundesstaat; sie scheinen ihm alle zu eng, scheinen ihm das eigentliche Problem zu verdecken, das darin besteht, einen Komplex verschiedener unter sich differenzierter Staaten so miteinander zu verbinden, daß ihre Verschiedenheit und Eigenart gewahrt bleibt, daß aber dennoch eine Einheit geschaffen wird. Damit dieses Ziel erreicht werde, muß Deutschland sich eine Form sui generis suchen. Der deutsche Staatenkörper darf nicht in eine von außen an ihn herangetragene Form gepreßt werden. Ein „Deutschland ohne Beiwort" will Frantz schaffen. Dennoch müssen dem von ihm ersehnten Deutschland, um es näher zu bestimmen, einige Beiworte zugefügt werden. Zwar nicht die Schlagworte der damals herrschenden Parteien: weder konservativ noch fortschrittlich im damaligen Sinn der Begriffe sind seine Forderungen. Er sucht weder eine kleindeutsche noch eine großdeutsche, weder eine staatsrechtliche noch eine völkerrechtliche Lösung. Frantz will, daß die deutsche Einheit aus den Gliedern Deutschlands von selbst hervorgehe; die von ihm geforderten politischen Maßnahmen dienen nur dazu, dieses Wachstum zu fördern. Er will echte organische Gestaltung und Entwicklung. Deutschland soll nicht nur geschaffen werden durch politisch-organisatorische Maßnahmen, es soll sich außerdem entwickeln durch das freie Zusammentreten der wirtschaftlich-sozialen und geistig-kulturellen Institute.

Es ist echte föderative Gestaltung, die Frantz sucht. Denn er will doch beides verwirklichen: die Individualität der deutschen Stämme und Staaten und ihre Verbindung; ihre Freiheit nach innen und ihre Einheit nach außen; höchste machtpolitische Konzentration in außenpolitischer Hinsicht und ein Höchstmaß an einzelstaatlicher Dezentralisation.

Mit dieser Doppelheit ist auch die Analogie dieser Forderungen mit dem mittelalterlichen Reiche gegeben. Frantz erstrebt die Mitte zwischen staatsrechtlicher und völkerrechtlicher Ordnung. Nach außen sollen der Engere und der Weitere Bund auftreten als staatsrechtlich verbundene Einheiten, nach innen den Stämmen und Staaten nationale und poli-

tische Freiheit gewähren. Auch darin soll das „wiederhergestellte Deutschland" dem Reiche ähnlich sein, daß es verschiedene Formen der Verbindung in sich enthält: eine enge Verbindung der westdeutschen Staaten, und ein lockeres Bündnis dieser Staatenverbindung mit den deutschen Großstaaten, und — das ist Frantz' weiteres Ziel — die Verbindung dieses Staatenkomplexes mit seinen außerdeutschen Nachbarn.

2. Die mitteleuropäische Föderation.

Den Gedanken einer mitteleuropäischen Föderation, d. h. einer Verbindung aller Länder und Staaten zwischen Frankreich und Rußland hat Frantz sein ganzes Leben hindurch am konsequentesten verfolgt. Schon 1848 hatte er eine Verbindung Preußens mit Kongreßpolen und dem Baltikum und eine Föderation Oesterreichs gefordert. In all seinen Schriften zur deutschen Frage behandelt er die mitteleuropäischen Probleme ausführlich. Sie sind ihm ein wesentlicher Bestandteil der deutschen Frage, können nur in Verbindung mit ihr gelöst werden. Nach 1871 glaubt Frantz, daß durch eine mitteleuropäische Föderationspolitik die Fehler der Bismarckschen Lösung korrigiert, die Gefahren, die dem neuen Reich drohen, beseitigt werden können; durch sie könne die nationalstaatliche Abschließung Deutschlands überwunden und der doppelte von Frankreich und Rußland ausgehende Flankendruck gelöst werden.

Darüber hinaus liegt für ihn in der mitteleuropäischen Föderation nicht nur ein realpolitisches Ziel von höchster zukunftweisender Bedeutung, sondern zugleich ein ideales Ziel: sie soll der erste Schritt sein auf dem Wege zur universalen Völkerversöhnung und Völkerverbindung.

Die Unterschiede zwischen der organisatorisch-politischen Gestaltung des Weiteren Bundes und der des mitteleuropäischen Bundes hat Frantz eindeutig nicht festgelegt. In den „Untersuchungen" spricht er von verschiedenen Stufen der Verbindung, die nach außen, nach den Grenzländern Mitteleuropas hin, immer lockerer werden; von einem allgemeinen Uebergang vom Engeren Bund über Großdeutschland zur mitteleuropäischen Föderation. Dann, im „Föderalismus", grenzt er scharf die „confoederatio arcta" von der „confoederatio latior" und der „confoederatio latissima" ab. Aber auch hier kommt er über diese theoretische Trennung nicht hinaus. Territorial soll die confoederatio latissima sich zusammensetzen aus dem Weiteren Bund, dem sich im Westen die Schweiz, Luxemburg, Belgien und Holland, und im Osten das gesamte Gebiet bis zur Düna und zum Dnjestr anschließen sollen.

Die Verbindung Deutschlands mit dem europäischen Osten herzustellen, ist Aufgabe Preußens und Oesterreichs. Nicht auf geradem Wege sollen die osteuropäischen Gebiete an Deutschland angeschlossen werden, sondern dadurch, daß sie mit Oesterreich und Preußen in föderative Ver-

bindung treten. Frantz fordert hier eine regionalistische Lösung: zwei Kreise, ein großpreußischer und ein großösterreichischer, sollen entstehen, die beide wiederum den großdeutschen Bund überschneiden. Für Oesterreich besteht die Aufgabe darin, seine nichtdeutschen Gebiete fester an das Deutschtum zu ketten und darüber hinaus deutschem Einfluß den Weg nach dem Balkan zu öffnen. Oesterreich soll aber nicht — wie es vor allem durch die Gesamtstaatsverfassung von 1861 geschah — die ihm eingegliederten Nationalitäten von Wien aus zentralistisch beherrschen. Notwendig ist dieser Zentralismus nur darum, weil Oesterreich sich nicht als Glied Deutschlands fühlt, weil ihm daher die innere Kraft fehlt, die Freiheit der Nationalitäten zu gewährleisten und sie doch an sich zu binden[24]). Wenn es diese Kraft gewinnen will, so muß es sich als Beauftragter, als Mark Deutschlands fühlen, muß sich einen Rückhalt in Deutschland suchen: „Je lebendiger aber die Verbindung Oesterreichs mit Deutschland erhalten wird, je kräftiger dieselbe von deutschem Leben umströmt wird, umso eher kann sie auch den anderen Nationalitäten ihre eigene Entwicklung gewähren, und es dem natürlichen Lauf der Dinge überlassen, wieviel dieselben von deutscher Bildung in sich aufnehmen können oder wollen“ [25]).

Für Oesterreich liegt die eigentliche Aufgabe in der Verbindung mit Westdeutschland. Denn die Verbindung zwischen Deutschösterreich und den nichtdeutschen Gebieten des europäischen Südosten besteht schon, sie muß nur ausgebaut werden in regionalistisch-föderativer Richtung. Die einzelnen Länder Oesterreichs müssen aus der österreichischen Zentralisation entlassen und als selbständige Fürstentümer Fürsten deutschen Geblüts unterstellt werden. Diese Fürstentümer sollen unter der Oberherrschaft des österreichischen Kaisertums stehen. Frantz glaubt, daß, wenn Oesterreich sein Nationalitätenproblem auf diese Weise gelöst habe, es auch die Möglichkeit habe, seinen Einfluß auch auf die Gebiete der unteren Donau auszudehnen, sie dem russischen Joche zu entreißen.

Im Nordosten ist das Ziel dasselbe, aber der Weg muß anders sein. Während ein Großösterreich schon besteht, muß hier ein Großpreußen erst geschaffen werden durch Befreiung der polnischen Gebiete von der russischen Herrschaft und ihre Angliederung an Preußen. In der Befreiung Polens vom russischen Joch sieht Frantz eine europäische und zugleich eine christlich-abendländische Missionsaufgabe, eine Lebensfrage Europas, für die er mit heißem Herzen von Beginn seines politischen Wirkens an kämpft. Kein anderes europäisches Problem erscheint ihm so wichtig wie dieses. Die Forderung der Befreiung Polens nennt er selbst sein „ceterum censeo“, sehnlich wünscht er, daß sie noch zu seinen Lebzeiten erfolge[26]).

---

[24]) Kritik aller Parteien S. 256 f.

[25]) Untersuchungen S. 70.

[26]) Weltpolitik Bd. II, S. 59.

Es ist die Schuld Deutschlands, vor allem Oesterreichs und Preußens, daß Rußland so weit nach dem Westen vorgedrungen ist und das gesamte östliche Polen unter seiner Knute hält; eine Schuld, die Preußen und Oesterreich auch wieder gutmachen müssen. Sie müssen Rußland in seine Grenzen zurückweisen, „die es schon so weit überschritten hat zum größten Schaden für Deutschland und bedrohlich für die ganze abendländische Zivilisation“ [27]). Rußland muß zurückgeworfen werden bis zum Dnjestr und Peipussee [28]). Hierzu müssen Oesterreich und Preußen zusammenwirken. Sie hätten schon im Krimkrieg Rußland gemeinsam hinter Dnjestr und Düna zurückwerfen müssen [29]).

Das russische Polen soll in drei Herzogtümer — Kleinpolen, Masuren (Masovien) und Litauen — aufgeteilt werden. Die Herzogswürde Kleinpolens mit der Hauptstadt Krakau soll ein Prinz habsburgischen Geblüts annehmen und das Herzogtum Kleinpolen an Oesterreich angegliedert werden [30]). Außerdem muß Oesterreich Bessarabien von Rußland befreien und sich hier seinen Einfluß sichern. Litauen und Masuren sollen Preußen angegliedert werden. In seiner ersten Schrift über die Polenfrage, in „Polen, Preußen und Deutschland“, will Frantz diese Gebiete mit Preußen und dem Baltikum zu einem „Großbaltischen Block“ verbinden. In der „Weltpolitik“ [31]) will er Preußen außer Litauen das gesamte Kongreßpolen überlassen. Kongreßpolen soll als Königreich Polen von einem Fürsten aus der katholischen Linie des Hauses Hohenzollern regiert werden, während Litauen Herzogtum werden soll. Das Königreich Polen, das Herzogtum Litauen und schließlich noch das Baltikum sollen zusammen mit Preußen unter der gemeinsamen Oberhoheit des preußischen Kaisertums stehen, das geschaffen werden soll als Gegenstück zum österreichischen Kaisertum. Hier, nicht in Deutschland, liege die Aufgabe eines preußischen Kaisertums.

Hiermit und mit dem Anschluß der zwischen Frankreich und Deutschland gelegenen Staaten sieht Frantz die mitteleuropäische Föderation vollendet. Sie ist mehr noch als die großdeutsche Föderation eine völkerrechtliche Verbindung, wiederum mit dem Unterschied, daß sie getragen wird

---

[27]) Der Föderalismus S. 326.

[28]) Die Grenze zwischen Rußland und Mitteleuropa, zwischen Asien und Europa, die Frantz fordert, entspricht im wesentlichen der in der zweiten polnischen Teilung 1793 zwischen Polen und Rußland festgesetzten Grenze. Aehnlich verläuft die Grenze wieder seit 1919. Die Zurückweisung Rußlands bis an diese Grenze hat auch Ulrich Noack (Bismarcks Friedenspolitik und das Problem des deutschen Machtverfalls. 1828, S. 478) als notwendiges Ziel Bismarckscher Politik hingestellt.

[29]) Wiederherstellung S. 431 ff.

[30]) Unter Kleinpolen versteht Frantz außer dem Gebiet, das bei der dritten polnischen Teilung an Oesterreich gefallen war, wahrscheinlich auch den westlichen Teil Wolhyniens.

[31]) Bd. II, S. 63 ff.

durch eine gemeinsame Idee, und daß sie auf ewige Zeiten geschaffen werden soll. Frantz läßt aber die Möglichkeit einer organisatorisch engeren Verbindung offen. Das Einzige, das er für die Gegenwart fordert, ist ein einheitliches mitteleuropäisches Handels- und Wirtschaftsgebiet [32]). Frantz erkennt schon die Gefahr einer Ueberindustrialisierung Deutschlands, die, da sie aus seiner Uebervölkerung folgt, nicht zu verhindern ist. Notwendig ist es daher, feste Absatzgebiete für die deutschen Industrieerzeugnisse und gleichzeitig Agrargebiete, die Nahrung und Rohstoffe liefern, dem übervölkernden Westen anzugliedern. Solche Gebiete, „Deutschlands wahre Kolonien", liegen im östlichen Mitteleuropa. Gleichzeitig muß Deutschland durch Anschluß Hollands freieren Zugang zur See erhalten.

Diese mitteleuropäischen Pläne zeigen am deutlichsten den großen Weitblick Frantz'. Alle Gefahren, die er befürchtete, wenn seine Lösung nicht gesucht werde, sind eingetroffen. Die polnische Frage bringt, wenn auch in anderer Weise, noch immer Europa in Unruhe. Oesterreich ist an den Nationalitätenkämpfen zugrunde gegangen. Andererseits aber ist Frantz' Forderung, daß Rußland bis zum Peipussee, bis zum Dnjestr und zur Düna zurückgewiesen werden müsse, erfüllt worden. Zwar hat sich das zwischeneuropäische Gebiet, das Gebiet zwischen Deutschland und Rußland, nicht zu einer Föderation zusammengeschlossen, sondern sich unter vorwiegend französischem Einfluß in Nationalstaaten gegliedert und dadurch zum Teil zersplittert. Erst heute sind Ansätze vorhanden, daß sich diese Staaten, freilich nur unter sich, zu Gruppen zusammenschließen. Eine mitteleuropäische Föderation unter geistiger Führung Deutschlands kann heute zwar nur ein deutsches Hochziel sein. Aber eine engere wirtschaftliche Verbindung liegt schon eher im Bereiche der schon gegenwärtigen Möglichkeit, da sie heute durch die wirtschaftlichen Verhältnisse zwingend gefordert wird.

Frantz' Forderungen einer mitteleuropäischen Föderation blieben außer geringen Abwandlungen bei ihm im wesentlichen dieselben. Sie werden im Laufe der Zeit immer eindringlicher, vor allem nach der Reichsgründung, als die Möglichkeit einer deutschen Föderation, die doch Voraussetzung eines mitteleuropäischen Bundes ist, für lange Zeit geschwunden war. Seine mitteleuropäischen Forderungen stießen daher ins Leere. Erst im Weltkrieg wurden sie unter veränderten politischen Verhältnissen und mit anderer ideologischer Zielsetzung von Friedrich Naumann und Hermann Oncken wieder aufgenommen [33]).

Vor der Reichsgründung, besonders in den ersten Jahren nach 1848 wäre eine Mitteleuropa, wie Frantz es wollte, vielleicht am ehsten möglich gewesen. Dies zeigte nicht nur der Reichstag von Kremsier [34]), sondern

[32]) Deutschland und der Föderalismus S. 146 ff.

[33]) Friedrich Naumann „Mitteleuropa" 1915. Hermann Oncken „Das alte und das neue Mitteleuropa" 1917.

[34]) Siehe oben S. 68.

auch die Mitteleuropapläne Schwarzenbergs und Brucks, mit denen Frantz zu dieser Zeit in Verbindung stand.

3. Kritik am Bismarckreich.

Die Beendigung des Dualismus durch Oesterreichs Ausschließung aus dem Reich und die Reichsgründung im Jahre 1871 ließen Frantz' Pläne und Forderungen zur deutschen Einigung gegenstandslos werden. Die deutsche Frage wurde auf eine Weise gelöst, die zu seinen Forderungen in entschiedenem Widerspruch stand.

Frantz hatte trotz seiner ganz andersartigen Zielsetzung in den letzten Jahren vor 1866 immer deutlicher erkannt, daß die kleindeutsche Lösung drohend vor der Tür stehe. So warnte er eindringlich vor ihren Gefahren; seine Warnungen richten sich vor allem an die Kleindeutschen: „welche neue Kraft würde dann der Gegensatz zwischen Preußen und Oesterreich gewinnen, den man so leichtsinnig heraufbeschwört“ [35]); „sollte es in Deutschland noch einmal zu einer gewaltsamen Erschütterung kommen, — es würden die bedenklichsten Folgen für Oesterreich daraus entspringen, wohl Schlimmeres noch, als die Gothaer beabsichtigten“ [36]).

Doch diese Warnungen verhallten ungehört. Durch die Entwicklung von 1866 und 1870/71 wurden Frantz' Pläne und Forderungen, für die er seit zwanzig Jahren ununterbrochen gekämpft hatte, beiseitegeschoben; seiner Hoffnung, seiner Sehnsucht nach dem Reich blieb die Erfüllung versagt. Was hätte näher gelegen, als daß er resigniert und sich zurückgezogen hätte? Doch er war zwar nicht der Mann, der sich geschlagen gab; seine Ideen waren so sehr Teil seiner selbst geworden, daß er mit ihnen sich selbst aufgegeben hätte. Andererseits stand er hoch über den Ereignissen der Tagespolitik, ja, der Politik von Jahrzehnten. Sein Blick reichte zu tief in die Vergangenheit und zu weit in die Zukunft, als daß er die Hoffnung auf die — wenn auch in ferner Zukunft erst mögliche — Verwirklichung seiner Ideen ganz aufgegeben hätte.

Er lehnt es ab, den „Tatsachen Rechnung zu tragen“ [37]). Der äußere Erfolg ist ihm nicht Beweis für die Richtigkeit der preußischen Einigungspolitik. Denn was bedeutet dieser äußere Erfolg, der in zwei gewonnenen Kriegen besteht, gegenüber der „tausendjährigen deutschen Geschichte mit all ihren Erinnerungen, Bestrebungen und Ahnungen?“ [38]). Wie kann das neue deutsche Reich Bestand gewinnen, das doch diese schwerwiegenden Traditionen ganz außer Acht läßt, das auf keinen anderen konstitutiven Faktoren beruht als auf dem preußischen Militärwesen und dem Zollver-

[35]) Wiederherstellung S. 182.
[36]) Wiederherstellung S. 234.
[37]) Das neue Deutschland S. 10.
[38]) Schellings positive Philosophie Bd. III, S. 298.

ein [39]); das „sich überhaupt nicht wie die Verkörperung einer höheren Idee darstellt, sondern nur wie ein Machtklumpen aussieht, zusammengeballt durch einen ebenso energischen als andererseits blinden Willen“ [40]). Bismarck — so sagt Frantz — habe kein Großdeutschland, sondern ein Großpreußen geschaffen. Er habe kein deutsches Reich, sondern einen zentralistisch-bürokratisch regierten Staat geschaffen. Das neue Reich könne auch nicht den Anspruch machen, ein Nationalstaat zu sein [41]). Denn einerseits sind aus ihm die acht (heute zehn) Millionen österreichischer Deutscher ausgeschlossen, während andererseits drei Millionen Slawen innerhalb seiner Grenzen wohnen [42]). Als ein „unnatürliches Verhältnis“ sieht Frantz es an, „daß das alte westliche Deutschland .. mit seinen Kernstämmen .. von seiner Mark aus beherrscht wird“ [43]). Wie kann — so fragt er — dies Reich von Dauer sein? Wie kann Deutschland, dem das launische Kriegsglück Pate stand, seinen Bestand sichern, wenn nicht durch eine bedeutende Militärmacht? Eine solche Militärmacht aber widerspricht doch gerade der deutschen Aufgabe, Achse und Mittelpunkt des europäischen Friedenssystems zu sein. Gerade um dieser Aufgabe willen ist ein innerlich gefestigtes Deutschland notwendig, ein Deutschland, das fest und sicher ruht auf dem Fundament seiner Geschichte, auf dem Bewußtsein seiner inneren Gemeinschaft und seiner großen Aufgabe. Das Bismarcksche Deutschland aber beruht auf den Bajonetten, wird daher immer ein Unruheherd Europas sein [44]). Es muß die ihm fehlende innere Kraft ersetzen durch äußere Macht. Es muß daher zentralistisch regiert werden, d. h. sich nach außen schroff abschließen und nach innen die aus einer individuell gegliederten Gemeinschaft erwachsenden Kräfte niederhalten. Beides, die Zentralisierung nach außen wie die Egalisierung im Innern, steht im Widerspruch zur deutschen Tradition und Aufgabe, läßt die deutsche Eigenart und Nationalkraft nicht zur Geltung kommen.

Dann drohen dem Reich auch außenpolitische Gefahren: als zentralistischer Machtstaat wird es immer den Widerspruch Frankreichs und Rußlands herausfordern, wird es immer in der Gefahr stehen, von ihnen gemeinsam erdrückt zu werden. Nur als föderativer Körper, als eine mitteleuropäische Gesamtmacht, kann es diesen Gefahren begegnen.

Im Inneren sind wegen des protestantischen und norddeutschen Kaisertums Gegensätze zwischen Protestantismus und Katholizismus wie zwischen Nord- und Süddeutschland zu erwarten. Aus allen diesen Gründen

[39]) Die Religion des Nationalliberalismus S. 45.
[40]) Schellings positive Philosophie Bd. III, S. 298.
[41]) Allerdings nimmt auch Bismarck nicht für sich in Anspruch, einen Nationalstaat geschaffen zu haben.
[42]) Der Föderalismus S. 243.
[43]) Der Föderalismus S. 253.
[44]) Der Föderalismus S. 236.

ist — so glaubt Frantz — das neue deutsche Reich ein „nach allem menschlichem Ermessen kurzlebiges Provisorium“ [45]).

Außerdem wirkt „das neudeutsche Reich ... durch sein bloßes Dasein zersetzend auf Oesterreich“ [46]). Denn der Nationalstaat Deutschland wird die Nationalstaatstendenzen in den außerdeutschen Gebieten Oesterreichs noch mehr verschärfen. In den hieraus entstehenden Kämpfen kann Oesterreich möglicherweise einen politischen, nicht aber einen geistigen inneren Rückhalt in Deutschland finden, sodaß es schließlich an dem Nationalitätenproblem zugrunde gehen wird.

Zwar gelangte Frantz später zu einer gerechteren Beurteilung des Bismarckschen Werkes. Er erkannte als Verdienst Bismarcks an, daß er die deutsche Frage, deren Lösung durch den Bund eher gehindert als gefördert wurde, und an den vielen einander widerstrebenden Interessen immer wieder scheiterte, „in Fluß gebracht und damit die Bahn zu neuen tatsächlichen Verbindungen eröffnet hat“ [47]). Erst durch die Ueberwindung des Partikularismus sei einer lebendigen deutschen Föderation die Bahn gebrochen worden. Doch bleibt diese Anerkennung wesentlich theoretisch und beeinflußt nicht seine Forderungen. Frantz' Gedanken über die deutsche Frage, die er sich in zwanzigjähriger Auseinandersetzung mit den Problemen erworben hatte, waren zu tief begründet, als daß er sie der veränderten Situation einfach hätte anpassen können. So wiederholte er immer und immer wieder seine theoretischen Gedanken zur deutschen Frage, die gewiß nicht gegenstandslos geworden waren, wiederholt auch seine praktischen Forderungen von 1865, die Forderungen des Engeren und Weiteren Bundes. In zwei Punkten stellt er auch politische Forderungen zum Umbau des Reiches auf. Er beklagt vor allem, daß die Fürsten im neuen Reich nahezu kaltgestellt und nur auf ihre Fürstentümer beschränkt seien. Er fordert daher den Umbau des Reichsrats in eine Versammlung der Fürsten; er glaubt, daß durch die aktive Beteiligung der Fürsten an den politischen Problemen des Reiches seine föderative Auflockerung möglich sei. Von einer Aktivierung und von einem Zusammentritt des Fürstentums hatte sich Frantz schon vor 1866 sehr viel für die deutsche Einigung versprochen. Damals sollte ihre Verbindung den Partikularismus überwinden; heute, nach der Reichsgründung, den Zentralismus. Es liegt hierin kein Widerspruch, sondern es spricht sich echte föderative Auffassung darin aus. Die Fürsten sind ihm Vermittler zwischen den Gliedern und dem Ganzen, zwischen Partikularismus und Zentralismus. Es ist ihre Aufgabe, je nach den gegebenen Verhältnissen den Ausgleich, das Mittlere zu finden zwischen Partikularismus und Zentralisation.

---

[45]) Föderalismus S. 243.
[46]) Deutschland und der Föderalismus S. 139.
[47]) Weltpolitik Bd. II, S. 41.

Ausführlich behandelt Frantz auch die elsaß-lothringische Frage, die für ihn am deutlichsten die Tendenz des Reiches zu Militarismus und Zentralisation zeigte. Die Lösung, die er hier aufzeigt, enthält Andeutungen einer Aufgliederung des Reiches [48]). Er begrüßt die Annexion Elsaß-Lothringens vor allem aus volkspolitischen, aber auch aus militärischen Gründen; er erkennt an, daß sie militärisch notwendig gewesen sei. Aber es sei falsch, wenn Elsaß und Lothringen jetzt nur als militärisch wertvolle Gebiete behandelt werden und wenn sie zentralistisch und militaristisch regiert werden. Dadurch sei weder die Bevölkerung für Deutschland zu gewinnen, noch ein wirksamer Schutz gegen die Revanchegelüste Frankreichs zu erreichen. Dieses rein militärische Interesse habe dazu geführt, daß man die Unterschiede der elsässischen und der lothringischen Bevölkerung nicht erkannt habe. Wenn Elsaß und Lothringen für Deutschland gewonnen werden sollen, so müssen beide nach ihrer Eigenart verschieden behandelt und getrennt dem Reiche angegliedert werden. Elsaß soll mit Baden zu einem Königreich Allemannien verbunden werden. Hierdurch erhalte Baden seine Aufgabe als Westmark des Reiches. Lothringen soll als „Großherzogtum Metz" einem Fürsten aus dem Hause Nassau unterstellt werden. Hierdurch bestehe die Möglichkeit, daß auch Luxemburg wieder ans Reich angegliedert werde. Eine solche Lösung der elsaß-lothringischen Frage werde dazu beitragen, „das föderative Element des Reiches zu stärken und die unitarischen Tendenzen zu hemmen" [49]).

Aber gegenüber den innerdeutschen Forderungen treten bei Frantz jetzt vor allem seine mitteleuropäischen Gedanken in den Vordergrund.

Frantz hat zweifellos den Tatsachen zu wenig Rechnung getragen, d. h. die Bedeutung der Reichsgründung unterschätzt. Denn er war nie eigentlich Politiker. Auch seine konkret-politischen Forderungen zur deutschen Frage zeigen deutlich, daß er die realen, im Augenblick gegebenen Kräfteverhältnisse oft sehr verkehrt einschätzt. Dieser Unterschied wird zwischen dem Publizisten und dem Politiker immer bestehen; zwischen dem Politiker, der, wie Bismarck, mit sicherem Blick die gegebenen politischen Verhältnisse erkennt und in seine Rechnung einbezieht, der mit starker Hand den „möglichen" Teil des Ziels, des Ideals verwirklicht; und zwischen dem Publizisten, der wirbt um ein ganzes Ziel, um die Verwirklichung eines ganzen Ideals. Bismarck hat — wir erkennen dies gerade von unserer heutigen Situation aus — nur einen Teil deutscher Wirklichkeitsgestaltung geschaffen; den möglichen, aber zugleich auch den notwendigen Teil: das Reich als Form deutscher Wirklichkeit. Frantz dagegen strebte nach dem ganzen Deutschland in räumlicher und geistiger Hinsicht. Er sah nicht, daß das Deutsche zu widerspruchsvoll und gegensätzlich, zu vielfältig ist,

[48]) Weltpolitik Bd. II, S. 47 ff.
[49]) Weltpolitik Bd. II, S. 49.

als daß es mit einem Male als Ganzes gestaltet werden könne. Jede politische deutsche Neuordnung wird zunächst wesentlich Deutsches nicht mit einbeziehen können, wird zunächst einseitig sein müssen: sie wird eben nur das augenblicklich Mögliche schaffen können.

Daß Frantz das damals Mögliche nicht genügend erkannt hat, ist seine Kraft und Schwäche zugleich. Seine Schwäche: er verlor sich vor der Reichsgründung oft in Ideologien und Utopien und nachher in Ressentiments. Seine Kraft: die wechselnden Ereignisse der Tagespolitik verdeckten ihm nicht den Blick auf die tiefere, geschichtliche, in stetigem Fluß befindliche Wirklichkeit. Weil Frantz dieser tieferen Wirklichkeit verbunden war, darum war er auch der Zukunft verbunden. Erst heute, in rückschauender Betrachtung, können wir den zukunftweisenden Wirklichkeitsgehalt seiner Kritik und seiner Forderungen ermessen. Wir erkennen, daß viele seiner Warnungen und Mahnungen berechtigt waren. Fast alle Gefahren, die er für Deutschland und Europa voraussah, sind eingetroffen, Nationalstaatsgedanke und Imperialismus und vor allem der Zerfall der Donaumonarchie infolge der Nationalstaatstendenzen führten den Weltkrieg herauf, durch den Oesterreich-Ungarn völlig vernichtet wurde. Im Gefolge des Weltkrieges suchten die Vereinigten Staaten das zerrüttete Europa durch ihre Anleihepolitik wirtschaftlich zu unterjochen. Rußland versuchte Europa ideologisch zu unterminieren, mit dem Ziel, es zu asiatisieren; Frankreich versucht seit 1919 Europa an sich zu ketten, es sich politisch hörig zu machen.

Ebenso hat Frantz auch die Idee der deutschen Frage, die uns heute noch und ewig aufgegeben ist: die Einheit in der Vielfalt, die deutsche Synthese, oder wie man sie auch immer nennen mag, richtig erkannt. So ist er, wenn auch nicht im landläufigen, so doch in tieferem Sinne, Realpolitiker, in einem Sinne, der den Begriff des Ideenpolitikers nicht ausschließt. Seine Ziele sind nicht nur auf philosophische Ideale, sondern ebenso auch auf geschichtliche Erkenntnisse gegründet. Die Verbindung dieses Idealen und Realen kann nur in der Zukunft geschehen. Sind daher auch die politischen Forderungen, die Frantz für seine Gegenwart stellt, von geringerer Bedeutung, so können doch seine Ideen und Zukunftsplanungen heute noch für uns wegweisend sein.

Verzeichnis der benutzten Quellen.

1. Als Quellen wurden hauptsächlich folgende Werke von Frantz benutzt:

Polen, Preußen und Deutschland (anonym), Halberstadt 1848.

Preußen, Oesterreich und Deutschland, Berlin 1848.

Ueber die gegenwärtige Lage des Staates, Berlin 1848.

Von der deutschen Föderation (anonym), Berlin 1851.

Vorschule zur Physiologie der Staaten (zitiert als „Vorschule"), Berlin 1857.

Quid faciamus nos? (anonym), Berlin 1858.

Untersuchungen über das europäische Gleichgewicht (zitiert als „Untersuchungen") (anonym), Berlin 1859.

Drei und dreißig Sätze vom Deutschen Bunde, Berlin 1861.

Kritik aller Parteien, Berlin 1862.

Die Wiederherstellung Deutschlands („Wiederherstellung"), Berlin 1865.

Die Theorie der deutschen Frage. in: Deutsche Vierteljahrsschrift, Jahrgang 1866, Heft II, S. 1—66, Heft III, S. 179—285.

Die Naturlehre des Staates. in: Deutsche Vierteljahrsschrift, Jahrgang 1868, Heft III und IV, Jahrgang 1869, Heft I und II (zitiert als „Naturlehre in: D.V....").

Die Naturlehre des Staates, Leipzig-Heidelberg 1870 („Naturlehre 1870").

Das neue Deutschland. Leipzig 1871.

Die Religion des Nationalliberalismus, Leipzig 1872.

Aufruf zur Begründung einer föderativen Partei („Aufruf"), Blätter für deutsche Politik und deutsches Recht. München 1875.

Der Untergang der alten Parteien und die Parteien der Zukunft („Untergang"), Berlin 1878.

Schellings positive Philosophie, 3 Teile. Cöthen 1879/80.

Der Föderalismus als leitendes Prinzip für die soziale, staatliche und internationale Organisation, unter besonderer Bezugnahme auf Deutschland, kritisch nachgewiesen und konstruktiv dargestellt. („Föderalismus"). Mainz 1879).

Deutschland und der Föderalismus. Gekürzte Neuausgabe des „Föderalismus". in: Summa-Schriften, Bd. I, herausgegeben von Franz Blei, Hellerau 1917.

Die soziale Steuerreform als conditiosine qua non, Mainz 1881.

Die Weltpolitik unter besonderer Bezugnahme auf Deutschland („Weltpolitik"), 3. Abteilungen Chemnitz 1882/83.

Großmacht und Weltmacht, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Jahrg. 1888, S. 675—722.

Ein Verzeichnis der Frantzschen Schriften hat Karl Heldmann zusammengestellt in: Thüringisch-Sächsische Zeitschrift für Geschichte und Kunst, Jahrg. 1917, S. 175—178.

2. Ueber Frantz liegen folgende Schriften vor:

Martin, Leni: Konstantin Frantz als Staatsphilosoph und Verfassungspolitiker. Diss. Köln 1925.

Schuchardt, Ottomar: Konstantin Frantz. Ein Gedenkblatt zu seinem hundertsten Geburtstag. in: Thüringisch-Sächsische Zeitschrift für Geschichte und Kunst, Jahrg. 1917, S. 153—175.

Stamm Eugen: Konstantin Frantz' Schriften und Werke 1817—1856 (zitiert als „Stamm I.") Heidelberg 1907.

— Konstantin Frantz 1857—1866 („Stamm II.") Stuttgart 1930.

3. Für gelegentlich benutzte Schriften verweise ich auf die Anmerkungen.

Lebenslauf.

Geboren bin ich, Ernst Richter, am 19. April 1910 zu Frankfurt a. M. als Sohn des Oberstudienrats Professor Dr. Julius Richter und seiner Gemahlin Caecilie, geb. Hoefler. Ich bin evangelischen Glaubens und arischer Abstammung. Von Ostern 1916 bis 1919 besuchte ich die Bürgerschule zu Frankfurt a. M.-Eschersheim, dann das Lessing-Gymnasium zu Frankfurt a. M., das ich Ostern 1928 mit dem Zeugnis der Reife verließ. Ich studierte dann an der Johann-Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt a. M. vornehmlich Geschichte, Philosophie und Germanistik, später auch Volkswirtschaftslehre. Vor allem besuchte ich die Vorlesungen und Uebungen der Herren Professoren und Dozenten: Arndt, Burckhardt, Gelzer, Gerloff, Hasse, Küntzel, Naumann, Noack, Platzhoff, Schneider, Schultz und Schwietering. Besonderen Dank möchte ich auch an dieser Stelle Seiner Magnifizenz dem Herrn Rektor der Universität Frankfurt a. M., Herrn Professor Dr. Platzhoff sagen für seine allzeit gewährte Förderung meines Studiums und vor allem der vorliegenden Arbeit.